



**Bernd Gehrke/Renate Hürtgen/
Thomas Klein (Hrsg.)**

«... FEINDLICH-NEGATIVE ELEMENTE...»

**REPRESSION GEGEN LINKE UND
EMANZIPATORISCHE BEWEGUNGEN
IN DER DDR**

INHALT

Vorwort	3
Thomas Klein Zur Lage der linken antistalinistischen Opposition in der DDR Ein repressionsgeschichtlicher Abriss	7
Konstantin Behrends Der Tod Wilhelm Jelineks und die Zerschlagung der anarchistischen Bewegung in der Sowjetischen Besatzungszone	14
Bernd Gehrke Trotz Tauwetter, nie Frühling Unterdrückung linker Opposition zwischen 1956 und 1979 in der DDR	20
Markus Mohr Konspirative Neue Linke: die Gruppe der «Kreis» und sein Umfeld	28
Anne Seeck «Was hat das mit unserer sauberen Gesellschaft zu tun?» Über staatliche Repressionen gegen Punk und andere Subkulturen in der DDR	34
Renate Hürtgen Der Anteil staatlicher Repression am Niedergang einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR	40
Thomas Klein Über die Rationalität des Terrors und zur Soziologie des Verrats am Beispiel der SED-Parteikontrolle	47
Interview mit Christoph Jünke Identitätspolitik und Kraft der Negation zugleich Über den Stalinismus als historisches und politisches Problem	54
Abkürzungsverzeichnis	61
Die Autor*innen	62

VORWORT

Vor 30 Jahren, im Herbst 1989, fand in der DDR eine demokratische Revolution statt, die in nur wenigen Wochen die politische und ökonomische Herrschaft der Staatspartei beendete. «SED gib acht – das Volk ist die Macht!», riefen im Oktober Demonstrant*innen auf dem Leipziger Ring. Und als sich ein Nachfolger von Erich Honecker dem empörten Volk präsentierte, wurde sich auf zahlreichen Transparenten über ihn lustig gemacht. Eine überwältigende Mehrheit der DDR-Bevölkerung wollte keine Vormundschaft mehr durch die SED, nirgends, auch nicht in der Wirtschaft. «SED raus aus den Betrieben!», war wenig später die Losung.

Als angesichts der Massenflucht junger Menschen aus der DDR im Sommer 1989 das SED-Regime in eine Schweigegarre verfiel, sodann die Flüchtlinge verhöhnte, gelang es kleinen, zuvor an den gesellschaftlichen Rand oder in den Untergrund gedrängten oppositionellen Gruppierungen, mit dem Ruf «Wir bleiben hier!», zum Motor jener breiten demokratischen Massenbewegung zu werden, die die SED-Diktatur stürzte. Diese Gruppen waren in den 1980er Jahren entstanden und hatten ihre Arbeit zumeist in alternativen Netzwerken im Umfeld der evangelischen Kirche verstetigt. Nun, im Herbst 1989, schafften sie es erstmals, ihre durch den SED-Machtapparat betriebene Isolierung von der Mehrheitsbevölkerung zu durchbrechen und sich an die Spitze der Massenproteste der Bevölkerung zu stellen. Sie traten mehrheitlich für einen «dritten Weg» des «demokratischen Sozialismus» in der DDR ein. Doch als am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR stattfanden, erlitten die oppositionellen Gruppen, die im Herbst an der Spitze der Demokratiebewegung gestanden hatten, sowie die gesamte gesellschaftliche Linke der DDR, eine dramatische politische Niederlage.

Die Ereignisse von 1989 und 1990 sind nicht Gegenstand dieser Broschüre. Um jedoch zu verstehen, welchen Charakter die DDR-Opposition als wichtiger Akteur in diesem Umbruch hatte, wodurch ihr Handeln bestimmt war, welches ihre Stärken und Schwächen in der demokratischen Revolution waren, auch, um zu begreifen, weshalb eine linke Opposition für einen «dritten Weg» eintrat und warum der marxistische Flügel der Opposition 1989 sehr schwach gewesen ist, muss die von Repression, Flucht und Ausreise oder Ausweisung geprägte Geschichte emanzipatorischen und oppositionellen Denkens und Handelns in der DDR analysiert werden.

An dieser Unterdrückung linker Opposition und emanzipatorischer Bewegungen war ein Teil des Machtapparats in besonderer Weise beteiligt. So war es dem Sicherheitsapparat der SED und der Staatssicherheit am Ende der 1970er Jahre gelungen, die linke Kulturopposition und konspirativ arbeitende marxistische Oppositionsgruppen zu zerschlagen. Von nun an boten Pfarrer*innen den Friedens- und Menschenrechtsgruppen, Wehrdienstverweigerern, jugendlichen Punks oder oppositionellen Kulturschaffenden einen «halböffentlichen Raum», der allerdings immer prekär blieb. Spätestens im Herbst 1989 sollte sich zeigen, wie folgenreich eine solche mittels Repression erfolgte Zurückdrängung einer am Marxismus orientierten Opposition und der gleichzeitige Aufstieg einer kirchennahen Opposition waren.

Nicht zuletzt wegen der Überwachung und Unterdrückung aller eigenständigen, staats- und parteiunabhängigen Aktivitäten war für viele Menschen der Sturz der SED-Diktatur erst vollendet, als am 15. Januar 1990 die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit besetzt wurde. Dabei spielte es keine Rolle, ob sie jemals selbst Repressionen durch die Ge-

heimpolizei der DDR erfahren hatten, denn jede*r wusste, dass diese als Teil der Mächtigen stets mit «am Tisch gegessen» hatte, betraut mit «spezifischen Aufgaben» der Vernichtung «feindlich-negativer Kräfte». In dem differenzierten Herrschaftssystem des diktatorischen Parteistaats der SED fiel der Staatssicherheit – nicht nur, aber bevorzugt – die Aufgabe zu, alle von der Partei- und Staatsführung abweichenden Meinungen und eigenständigen politischen Bestrebungen zu unterdrücken. Als «Schild und Schwert der Partei» richteten sich ihre Repressionen zugleich auch gegen die SED selbst, um auch dort die Artikulation abweichender Meinungen und das Entstehen oppositioneller Strömungen zu verhindern. Dennoch war die Staatssicherheit kein «Staat im Staat», sondern folgte den Richtlinien und Anweisungen der Partei- und Staatsführung, wo selbst über Einzelfälle entschieden wurde. Die Folgen der Unterdrückung aller von der Partei- und Staatsführung abweichenden Meinungen außerhalb und innerhalb der Partei, namentlich linker und emanzipatorischer Bestrebungen, waren für die DDR-Gesellschaft unermesslich. Die DDR wurde zu einem Land, aus dem das kreative und innovative Potenzial in Nischen gedrängt oder vertrieben wurde, weil eigenständige Bestrebungen dem Obrigkeitsstaat widersprachen. Eine linke Opposition konnte auf diese Weise lange Zeit keinen Ort der Gegenöffentlichkeit finden und keinen oppositionellen Diskurs verstetigen.

Angesichts solcher Befunde ist es schon erstaunlich, dass 30 Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft in vielen Teilen der Linken immer noch Vorbehalte bestehen, ihren repressiven Charakter zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn, sich an seiner Aufarbeitung maßgeblich zu beteiligen. Die meisten linken Historiker*innen beschäftigen sich in Deutschland kaum mit der Unterdrückung und Ausschaltung von linker Opposition oder der Verfolgung von alternativen und emanzipatorischen Bewegungen in der

DDR und anderen Ländern des sowjetischen Blocks. Die Rekonstruktion der Geschichte dieser Verfolgung und Unterdrückung, der inneren Logik der Repressionen sowie ihrer Techniken werden von ihnen weitgehend ausgeblendet und in der politischen Debatte zum Teil relativiert oder als unvermeidlich behauptet. Nicht selten wird deren Darstellung gar als rechte Ideologie denunziert. Hinzu kommt, dass relevante Kreise unter linken Historiker*innen eine Vielzahl seit Langem bekannter sowie jüngerer Forschungsergebnisse, die auf der Auswertung von SED- und Stasiunterlagen oder von Akten aus sowjetischen Archiven beruhen, systematisch ignorieren oder sogar leugnen. Dass sich die Linke damit aber nicht nützt, sondern schadet, weil eine schonungslose kritische Aufarbeitung ihre Positionen eher stärken würde, war für die Herausgeber*innen ein entscheidendes Motiv für die Erstellung dieser Broschüre. Wir gehen davon aus, dass, wer dieser historischen Analyse ausweicht oder eine solche Aufarbeitung behindert, nicht imstande sein wird, den Zusammenhang zwischen der Unterdrückung linker Opposition und emanzipatorischer Bewegungen auf der einen Seite und dem Untergang der DDR und des sowjetischen Blocks auf der anderen Seite zu verstehen.

Bekanntlich gehört dagegen gerade die Darstellung terroristischer Exzesse der Regime des Sowjetblocks während ihrer hochstalinistischen Phase zu den bevorzugten Themen antisozialistischer Historiker*innen, die damit zugleich den gesellschaftlichen Status quo von heute verteidigen. Umso wichtiger ist es, ihnen die Geschichte des Stalinismus und der Unterdrückung linker antistalinistischer Opposition nicht zu überlassen; denn solange Linke den repressiven Charakter der DDR ignorieren, werden sie den antikommunistischen Geschichtsdeutungen und den affirmativen geschichtspolitischen Botschaften einer Rechtfertigung des real existierenden Kapitalismus eine offene Flanke bieten und ih-

nen nur mit beschränkter Wirkung begegnen können.

Eine unkritische Identifizierung mit der DDR, namentlich eine Verharmlosung ihres diktatorisch-repressiven Charakters, wird bei vielen Linken noch dadurch begünstigt, dass der zeitgenössische Antikommunismus seine Kritik an der DDR, am Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und an der SED in den Dienst der Rechtfertigung heutiger Zustände des real existierenden Kapitalismus stellt. Dies erzeugt Abscheu und nicht selten die Flucht in eine Glorifizierung der DDR, einschließlich der Verharmlosung ihres repressiven Charakters. Auf solche unkritische Identifizierung setzen die neuen Philostalinist*innen, welche eben diesen Charakter der Systeme des sogenannten realen Sozialismus leugnen.

Eine aufklärerische und emanzipatorische Historiografie hat sich also nicht nur mit den verschiedenen Spielarten des «modernen» bürgerlichen Antikommunismus auseinandersetzen, sie sieht sich aktuell auch mit einer Wiederauflage bekannter stalinistischer Geschichtsverfälschungen sowie neuer philostalinistischer Deutungsvarianten konfrontiert. Der offene Versuch einer Rehabilitierung Stalins und des Stalinismus, wie er im letzten Jahrzehnt durch italienische Intellektuelle unternommen wurde, schließt immer auch eine Rechtfertigung oder Verharmlosung des Massenterrors der Stalin-Zeit, der repressiven Niederhaltung jeder autonomen Linken, jeder eigenständigen Bewegung der Arbeiter*innen wie anderer emanzipatorischer Bewegung ein. Der Beifall, den solche Rehabilitierungen in Teilen linker Medien bekommen haben, verweist auf die fortbestehende Notwendigkeit, dem etwas entgegenzusetzen. Und die rüden Attacken, der sich Redaktion und Autor*innen der Rote-Hilfe-Zeitung ausgesetzt sahen, als sie in der Ausgabe 1/2019 den vorsichtigen Versuch unternahmen, sich der Aufarbeitung der Repression gegen Linke in der DDR zu stellen, zeigen nur, dass diese Auseinander-

setzung auch heute noch eine politische Brisanz besitzt. Es geht dabei nicht nur um die Frage nach den Mitteln, Wegen und Methoden linker Politik; es geht ebenso um das Ziel linker Politik. Es geht darum, dass eine sozialistische Zukunft eine wirkliche Alternative sowohl zu diesem untergegangenen System des «real existierenden Sozialismus» als auch zum heutigen Kapitalismus ist.

Wir verstehen die Textsammlung im 30. Jahr des revolutionär-demokratischen Aufbruchs in der DDR auch als Beitrag zu einer Diskussion über den Charakter der DDR und ihrer Entwicklung seit 1949. Oppositions- wie Repressionsgeschichte sind für uns letztlich nur als Teil einer Geschichte der DDR-Gesellschaft begreifbar. Herrschaftsformen und Herrschaftsmechanismen unterschieden sich, trotz aller vorhandener Kontinuität, in den 1980er Jahren von den 1940er und 1950er Jahren, ebenso wie sich die Opposition veränderte. Die Gesellschaft der DDR von 1989 war eben nicht die von 1949. Die Beiträge der Broschüre versuchen exemplarisch, den unterschiedlichen Phasen von Unterdrückung linker und emanzipatorischer Akteure in der DDR nachzugehen; andere geben einen Überblick über den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR oder beschreiben die Logik der von Staat und Partei ausgehenden Repression. Die Broschüre kann keine Gesamtdarstellung von Repression gegen Linke und emanzipatorische Bewegungen in 40 Jahren DDR liefern, sie präsentiert verschiedene Perspektiven und methodische Ansätze, wie sich dieser Aufarbeitung aus linker Perspektive genähert werden kann.

Im ersten Beitrag gibt *Thomas Klein* einen repressionsgeschichtlichen Abriss der Lage der linken antistalinistischen Opposition, der sich auf die SBZ und frühe DDR konzentriert und einen Ausblick auf die sich verändernden Randbedingungen parteibürokratischer Disziplinierungsstrategien der Folgedekaden gibt. *Konstantin Behrends* beschreibt am Beispiel des Schicksals des Zwickauer Betriebs-

rats Wilhelm Jelinek die Unterdrückung der anarchosyndikalistischen Reorganisation im Nachkriegsostdeutschland. *Bernd Gehrke* gibt in seinem Beitrag einen Überblick über kommunistische Dissidenz und ihre Unterdrückung zwischen 1956 und 1979; er befasst sich mit der 1956er Parteiopposition in der SED, einer neuen Opposition nach dem Mauerbau 1961 und mit der linken Opposition in den 1970er Jahren. Die Herausbildung und Zerschlagung der marxistischen und von der Neuen Linken inspirierten Opposition in den 1970er Jahren beschreibt *Markus Mohr* anhand einer illegalen kommunistischen Gruppe aus Ostberlin, die Teil eines Netzwerks mehrerer Oppositionszirkel war. Mit der Entstehung alternativer Lebensweisen und subkultureller Milieus in den 1980er Jahren sowie mit ihrer staatlichen Kontrolle und Unterdrückung mittels neuer Strategi-

en der Prävention und «Zersetzung» beschäftigt sich der Beitrag von *Anne Seeck*. *Renate Hürtgen* geht der Frage nach, welchen Anteil die Repression am Niedergang einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR hatte. *Thomas Klein* fragt in seinem zweiten Beitrag nach der Rationalität des Terrors und seiner inneren Logik sowie der tatsächlichen Funktion von Parteisäuberungen, die in der Geschichte der SED und namentlich bei der Zurichtung ihres Apparats zu einem diktatorischen Herrschaftsinstrument der Politbürokratie eine wichtige Rolle spielten. Den Abschluss bildet ein Interview der Herausgeber*innen mit *Christoph Jünke* zu den «langen Schatten des Stalinismus».

**Bernd Gehrke, Renate Hürtgen und
Thomas Klein**

Berlin, September 2019

Thomas Klein

ZUR LAGE DER LINKEN ANTISTALINISTISCHEN OPPOSITION IN DER DDR

EIN REPRESSIONSGESCHICHTLICHER ABRISS

Die linke antistalinistische Opposition in der DDR war während der gesamten Zeit der Herrschaft einer bürokratischen SED-Nomenklatura permanenter Verfolgung unterschiedlichen Ausmaßes ausgesetzt. Obwohl ihr die aus der Sowjetunion bekannte physische Massenvernichtung vermeintlicher oder tatsächlicher «Staatsfeinde» erspart blieb, organisierten die Sicherheits- und Parteikontrollorgane zu Zeiten des Hochstalinismus eine umfassende politische Vernichtungsauslese: Rätekommunistische, linkssozialistische, trotzkistische, sozialdemokratische oder anarchistische Strömungen wurden gewaltsam und nachhaltig zerschlagen, die Massenpartei SED wurde periodisch von solchen Tendenzen «gesäubert» und die Parteimitglieder wurden wirksam eingeschüchtert. Wer im Namen eines demokratischen Sozialismus das politbürokratische Herrschaftssystem herausforderte, sah sich auch während seiner poststalinistischen Periode von zum Teil langjährigen Haftstrafen, betonharten Berufsverboten, sozialer Diskriminierung und einem permanenten Ausreisedruck bedroht. Die Anhänger*innen jedweder sozialistisch-kommunistischen Alternative zum in der DDR herrschenden Politbürokratismus wurden als «Antikommunisten» und «Agenten des Klassenfeindes» diffamiert. In der postterroristischen Periode einer modernisierten bürokratischen Diktatur sorgte der sich aufblähende Geheimdienst mit neuen ausgeklügelten Herrschaftstechniken (Vorfeldprävention und «Zersetzung») dafür, dass linker antibürokratischer Widerstand weiterhin nur konspirativ arbeiten konnte. Die Furcht der Herrschenden in der DDR vor demokratisch-sozialistischen Kritiker*innen

im eigenen Land war allemal größer als vor dem westlichen Systemkonkurrenten, mit dem stets, wenn es eng zu werden drohte, der Ausgleich gesucht und gefunden wurde: Mit Schmidt, Strauß und Kohl wurde dealt; mit der Opposition befasste sich das Ministerium für Staatssicherheit. Die Herrschaft der SED-Bürokrat*innen war antiemanzipatorisch, paternalistisch, in einem erstaunlichen Ausmaß bürgerlich – kurz: antisozialistisch. Während ihrer 40-jährigen Herrschaft ist ihnen das gelungen, was die ideologischen Feldzüge des antikommunistischen westlichen Systemkonkurrenten nie zu erreichen vermochten: Mit dem gefälschten Etikett des «Realsozialismus» die Perspektive eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus in der DDR-Bevölkerung (und nicht nur in ihr) nachhaltig zu diskreditieren.

Linke Opposition und linker Widerstand

Was war nun die besondere Gestalt von linker Opposition und Widerstand in der DDR? Und wie wurde ihr seitens der Herrschenden in der DDR begegnet? Diese Opposition war (bis auf wenige Ausnahmen) antistalinistisch und libertär. Nach 1945 hatte die Widerstandsarbeit von Überlebenden der antibolschewistischen kommunistischen Organisationen der Weimarer Zeit sowie von Mitgliedern der trotzkistischen Opposition und der kommunistischen Parteiopposition einen beträchtlichen Anteil am Gesamtspektrum des Widerstands in der SBZ und der frühen DDR. Die hohe Intensität ihrer gegen die Durchsetzung der SED-Diktatur gerichteten illegalen Arbeit verweist auch auf politische Kontinuitäten und Erfahrungs-

hintergründe, die sie in vielerlei Hinsicht von anderen (antikommunistischen) Gegner*innen des SED-Regimes unterschieden. Keineswegs aber unterschieden sie sich hinsichtlich der «Fundamentalität» ihres Widerstandes und der Radikalität ihrer Ablehnung des Systems stalinistischer Gesellschaftsformierung. Zu den Besonderheiten gehörte, dass der Anteil der sogenannten Zwischengruppen der deutschen Arbeiterbewegung an der Widerstandsarbeit, also jener Gruppen, die sich in der Weimarer Republik unabhängig von SPD und KPD organisiert hatten, bereits im Kampf gegen das Hitler-Regime (gemessen an ihrer zahlenmäßigen Stärke) höher war als der der großen Arbeiterparteien. Nach 1945 begannen über die Zonengrenzen der

Nach 1945 begannen [...] viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien, untereinander Verbindung aufzunehmen und [...] konspirative Gruppenaktivitäten zu entfalten.

Besatzungsmächte hinweg auch in der SBZ viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien – KPD-Opposition (KPO), Leninbund, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), Allgemeine Arbeiter-Union (AAU), Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) – untereinander Verbindung aufzunehmen und (innerhalb der SED und darüber hinaus) konspirative Gruppenaktivitäten zu entfalten.¹ Zu den Kontinuitäten gehörte, dass Überlebende dieser von den Großparteien geächteten Organisationen auch nach dem Ende der Nazidiktatur in Ost- und Westdeutschland dort, wo sie sich reorganisierten, aufgrund des Repressionsdrucks der Besatzungsmächte weiter in der Illegalität arbeiten mussten. Der spätere Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, Hermann Matern, warnte als Berliner SED-Vorsitzender schon 1946 vor den «Ultralinken», die bereits in den meisten Berliner Bezirken Gruppen gebildet hätten und die Sowjetunion als

imperialistische Macht denunzierten: Sie seien gefährlicher als die «Schuhmacher-Leute», also die Anhänger*innen einer selbstständig bleibenden SPD.²

Über die Grenzen der einzelnen Strömungen hinaus wurde bereits seit 1946 der Versuch zur Bildung einer vereinigten antistalinistischen Opposition unternommen. Daran waren vornehmlich Rätekommunist*innen und Trotzki*innen der Gruppen Neues Beginnen/Gruppe Internationaler Sozialisten (GIS) bzw. der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) beteiligt. Die GIS war seit 1949 mit insgesamt rund 150 bis 500 Mitgliedern im Ostsektor Groß-Berlins durch Gruppen in Mitte, Friedrichshain,

Lichtenberg, Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee, Grünau und Köpenick vertreten. In der SBZ war die GIS vor allem in Sachsen-Anhalt und Sachsen stark. Das Landgericht Greifswald verurteilte 1952 zehn Mitglieder der als «verbrecherische Organisation» bezeichneten GIS zu Zuchthausstrafen zwischen zwei und fünfzehn Jahren.

Die trotzkistische Gruppe IKD wirkte außer in Berlin vor allem in der Region Weißenfels, Merseburg, Leuna und im Mansfelder Land.³ Ihr Kopf, Oskar Hippe, wurde 1948 in Halle verhaftet und wegen antisowjetischer Propaganda und illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren Haft verurteilt. Aktivist*innen der ehemaligen KPO bauten vor allem in Thüringen ein Netzwerk illegaler Fünfergruppen auf.⁴ Ihr führender Kopf, Alfred Schmidt, SED-Mitglied und Vorsitzender der Nahrungsmittelgewerkschaft des FDGB in Thüringen, wurde 1948 nach einem Todesurteil des Sowjetischen Militärtribunals wegen antisowjetischer Propaganda zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt.

Maßgeblich geprägt von Wilhelm Jelinek, ehemaliger Rätekommunist und vermutlich Mitglied des FDGB sowie Betriebsrat in Zwickau, entwickelte sich unmittelbar nach 1945 zunächst Sachsen und namentlich Zwickau zum zentralen Anlaufpunkt des deutschen Anarchismus. Willi Jelinek und andere wurden verhaftet und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Jelinek selbst kam 1952 im Zuchthaus Bautzen um.⁵ Die anarchosyndikalistische FAUD versuchte sich nach 1945 auch im Raum Dresden zu reorganisieren. Die FAUD hatte in Sachsen fünf bis sechs Gruppen, die vermutlich letzte Gruppe flog 1954 in Dresden auf.⁶ Die Nachfolgegruppen dieser linksradikalen, parteioppositionellen, trotzkistischen, antibolschewistischen, syndikalistischen oder anarchistischen Teile der alten Arbeiterbewegung, die explizit an den antifaschistischen und antistalinistischen Widerstand anknüpften, sowie der aktivistische sozialdemokratische Widerstandsflügel wurden durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Sicherheitsapparate der SED unerbittlich verfolgt und bis Anfang der 1950er Jahre «liquidiert» bzw. ihre Mitglieder in den Westen vertrieben.⁷

Linke Dissidenz und Opposition nach der «Entstalinisierung»

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre verschob sich der Bezugspunkt der politischen Arbeit im parteinahen und innerparteilichen dissidenten Spektrum der SED. Das galt sowohl für die noch verbliebenen «Alten», die in den Kämpfen der Arbeiterbewegung in der Vorkriegszeit politisch sozialisiert worden waren, als auch für kritische Kulturschaffende und Teile der Parteintelligenz, die der alten, zum Teil schon der neuen Generation angehörten. Waren zuvor die Paradigmen des antistalinistischen Kampfes in politischen Formungen der traditionellen Arbeiterbewegung bestimmend, standen nun die Entstalinisierungsimpulse, die vom XX. und XXII. Par-

teitag der KPdSU 1956 und 1961 ausgingen, im Vordergrund. Nicht mehr der Weg in ganz Deutschland, sondern die Zukunft der DDR war das Kampffeld. Dabei richtete sich die Kritik nicht «nur» gegen die (inzwischen vollendete) Stalinisierung der SED, sondern gegen eine sich modernisierende poststalinistische Politbürokratie, die ihre Diktatur über die «verstaatlichte» Gesellschaft mit einem effektiveren tayloristischen Despotismus im Betrieb festigen wollte. Statt Opposition und Widerstand dominierte nun innerparteilicher Widerspruch, allerdings erheblichen Ausmaßes, namentlich aus der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz, wogegen trotzdem und weiterhin rigide vorgegangen wurde.⁸ Auf die Niederlage der Aufständischen vom 17. Juni 1953 folgte in der DDR (anders als zum Beispiel in Polen und Rumänien) eine nachhaltige Lähmung, insbesondere des klassischen Arbeiterwiderstands mit seinen typischen Kampfformen.⁹ Verstärkt wurde diese Lähmung durch drakonische Gerichtsurteile. Die ausgelöste Resignation steigerte sich noch durch die Erfahrung der Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956 und des Mauerbaus 1961.

Eine Folge dieser gewaltsamen «Befriedung» war der Niedergang des betriebsöffentlichen kollektiven Kampfes für die Interessen der Arbeiter*innen und erst recht seiner Politisierung im gesellschaftlichen Raum zugunsten individualisierter Interventionen bei der Nomenklatura (sogenannte Eingaben).¹⁰ Im Gegenzug wuchs in den 1960er Jahren in Teilen der jungen Generation, vor allem der Arbeiterjugend, das Bedürfnis, die eigene Kultur und Lebensweise selbstbestimmt zu gestalten. Daraus entstand ein soziokulturelles Spektrum («Beatgeneration»), das sich in der Konfrontation mit der Staatsmacht politisierte und das in seinen Aktionsformen in Teilen auch oppositionelle und widerständige Züge annahm.¹¹ Es war nur peripher mit der dissidenten parteinahen künstlerischen Intelligenz verbunden,

obwohl 1965 auf dem berüchtigten 11. «Kultur-Plenum» des Zentralkomitees der SED mit beiden Strömungen abgerechnet wurde. Hier gestaltete eine neue Generation unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen einen Konflikt, der Ausdruck eines kollektiven Missbehagens, des Bedürfnisses nach Gegenwehr und Selbstbehauptung in einer fremdbestimmten Lebenswirklichkeit war. Ihre Identität bildete sich abgetrennt von den politischen Identitäten der vernichteten bürgerlichen und linken «alten» Opposition und war kaum verbunden mit dem Selbstverständnis der 1953 geschlagenen rebellierenden Arbeiter*innen. Die junge kritisch-marxistische Intelligenz, die von den Impulsen der Neuen Linken im Westen beeinflusste antidogmatische Linke in der DDR und die mit dem unterdrückten demokratischen Sozialismus in der ČSSR solidarischen «DDR-68er», allesamt vom jugendkulturellen Aufbruch der 1960er Jahre geprägt, waren eine intellektuelle Minderheit, die in den 1970er Jahren eine vor allem kulturoppositionelle Aktivität entfaltete und teilweise in konspirativen Gruppen auch Widerstand leistete. Anstatt auf einen «sowjetischen Dubček» als Voraussetzung für die Möglichkeiten eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus auch in der DDR zu warten oder das Ende der oppositionellen Arbeit zu konstatieren, sah sich diese Strömung herausgefordert, einen eigenen Versuch zur Beförderung dieser Alternative zum staatsmonopolistischen Politbürokratismus zu wagen. Dabei setzten die entstehenden und in den 1970er Jahren sich entfaltenden linken marxistischen Zirkel jedoch weiterhin auf die Arbeiter*innen als Akteure einer antibürokratischen sozialistischen Revolution. Sie wurden durch die Staatssicherheitsorgane vor allem mit strafrechtlichen Sanktionen nachdrücklich bekämpft. Der in den 1960er Jahren begonnene Aufbruch einer neuen Generation linker antidogmatischer und reformkommunistischer Minderheiten setzte sich also in den 1970er

Jahren fort.¹² Obwohl die Schlüsselereignisse und Höhepunkte dissidenter, oppositioneller und widerständiger Aktivitäten des Jahrzehnts diesem Spektrum zuzuordnen sind, kam es jedoch nicht zu einer Verwurzelung ihrer Alternativen in der Gesellschaft. Der hochpolitische oppositionelle oder widerständige Enthusiasmus dieser Minderheiten disharmonierte mit dem Prozess politbürokratisch gelenkter Entpolitisierung der Massen. Aus jeder Öffentlichkeit in die Konspiration gedrängt, konnte es ohnehin zu keiner «Begegnung» mit der hochgeschätzten Arbeiterklasse kommen. Das linke dissidente Spektrum war im Strom der neuen Jugendbewegung überwiegend subkulturell sozialisiert und damit der Lebenswelt und traditionellen Kultur der industriegesellschaftlich geprägten Arbeiterklasse in der DDR entfremdet. Gleichzeitig setzte die linke Opposition mehrheitlich aber auf genau diese Arbeiterschaft als Motor einer antibürokratischen Revolution. Am Ende des Jahrzehnts waren die meisten konspirativen Gruppen dieses Spektrums zerschlagen und viele Teilnehmer*innen an oppositionellen und widerständigen Initiativen in den Westen vertrieben worden.¹³

Das letzte Jahrzehnt der DDR

Zu Beginn der 1980er Jahre waren institutionelle öffentliche Räume durch die herrschende SED-Bürokratie für jede Opposition wirksam versperrt. Nun erfolgte der erzwungene Wechsel von Oppositionellen aus der für sie verriegelten Öffentlichkeit in die partiell geschützte «Halböffentlichkeit» kirchlicher Gemeindekreise als einer weitgehend isolierten gesellschaftlichen Enklave – eine Parzellierung, die staatlicherseits als «kleineres Übel» gegenüber der bisher praktizierten extensiven strafrechtlichen Verfolgung bewertet wurde. An diesem neuen Ort selbstbestimmter Gruppenkommunikation trafen in den 1980er Jahren Akteur*innen der Kulturopposition und

Aktivist*innen der zerschlagenen konspirativen linken Zirkel der 1970er Jahre auf Teile des jugendkulturellen Protests, die seit Ende der 1960er Jahre in der kirchlichen «Offenen Arbeit» agierten, und auf pazifistische Strukturen der Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer, die seit 1966 im Bereich der evangelischen Kirche entstanden waren. Ausgangs

Dämpfung der terroristischen und polizeistatlichen Attribute dieser Diktatur über das Volk musste jeder herrschaftsgeleitete Modernisierungsversuch wegen des dominanten Effekts der bürokratischen Systeminvarianten scheitern. Stagnation und Agonie als gesellschaftliche Entwicklungsperspektive waren somit systemimmanent. Ein Ende dieser

In dieser nominalsozialistischen Despotie wurden die Verfechter*innen der politischen Alternative eines Sozialismus der Freiheit und Demokratie folgerichtig als Staatsfeinde betrachtet und auch so behandelt.

der «Stagnationsperiode» hinein in die Existenzkrise des Nominalsozialismus der 1980er Jahre war der marxistische Flügel im Minderheitenspektrum politischer Gegnerschaft selbst eine Minderheit geworden. Auf diese Minderheit jedoch – und nicht nur auf sie – übte die Entwicklung der Arbeiteropposition in Polen während der 1970er Jahre und die Gründung der illegalen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* einen gravierenden Einfluss aus.¹⁴

Die linke Opposition in der DDR war in ihrer zweiten Generation geprägt von der Erfahrung des «Prager Frühlings», dessen militärischer Liquidierung und ihrem Kampf für die Perspektive eines demokratischen Sozialismus. Wer als Linke*r in der DDR in diesem Sinne politisch eingreifend tätig werden wollte, musste sich zunächst radikal von den Selbstbildern des Regimes emanzipieren. Wer sich etwa als Marxist*in mit der tatsächlichen Natur des in der DDR installierten politischen und ökonomischen Systems befasste, erkannte es als antiemanzipatorisch, dirigistisch, antilibertär, ausbeuterisch und repressiv. Die Entwicklungstendenz dieser sich selbst als «real existierender Sozialismus» etikettierenden stalinistischen und poststalinistischen Diktatur war, gemessen am Marx'schen Kommunismusbegriff, antikommunistisch. Trotz der

Entwicklung konnte daher nicht das Ergebnis eines Reformprozesses, sondern nur das Resultat des Sturzes dieser Politbürokratie sein. Linke Opposition in der DDR war in diesem Sinne eine unmissverständliche Kampfansage an jede stalinistische und poststalinistische Diktatur.

In dieser nominalsozialistischen Despotie wurden die Verfechter*innen der politischen Alternative eines Sozialismus der Freiheit und Demokratie folgerichtig als Staatsfeinde betrachtet und auch so behandelt. Die in der DDR angewandten Mittel bei der Verfolgung von Staatsfeinden und der Wandel dieser Praktiken in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz sind bekannt: In der frühen DDR vor allem mit Mitteln einer Terrorjustiz verfolgt, später vermehrt Ziel der Anwendung von Zersetzungsmaßnahmen sowie beruflicher und sozialer Diskriminierung, waren Oppositionelle permanenter politischer Repression ausgesetzt. Wer diese Despotie verteidigte, konnte nicht als «links» gelten. Insofern war die kleine Minderheit einer Linken in der DDR per se Opposition und konnte, sofern sie ernsthaft sein wollte, die Natur der Verhältnisse, gegen die sie anging, kaum ignorieren. Versuche, Opposition unmittelbar durch die gegen sie ausgeübte Repression zu bestimmen, greifen deutlich zu kurz. Die Schran-

ken solcher Ansätze sind inzwischen weitgehend anerkannt, aber in ihren Konsequenzen noch nicht überwunden. Erst die Zusammenschau von «interner» Politisierung und «externer» staatlicher Abwehr von zur Opposition werdenden Strömungen ermöglicht ein Gesamtbild. Die systematische Erforschung der Spezifik und der Entwicklungslogik der Repressionsstrategien, die sich gegen oppositionelle Gruppen richteten, steht trotz vieler Einzeluntersuchungen erst am Anfang. Entsprechendes gilt für die Untersuchung der politischen und sozialen Folgen dieses Herrschaftshandelns für die oppositionelle Profilierung der Gruppen. Die Analyse des Strategiewandels im MfS bei der Bearbeitung «politischer Untergrundtätigkeit» (PUT) und «politisch-ideologischer Diversion» (PID) verspricht vor allem für den Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren Aufhellung. Unter «Strategiewandel» wird jener widersprüchliche Übergang verstanden, der mit dem Beitritt der DDR zur Helsinki-Schlussakte begann und Ende der 1970er Jahre vollzogen war und in dessen Zuge an die Stelle der

fung des politischen Strafrechts in Gestalt des dritten Strafrechtsänderungsgesetzes von 1979, ohne dass diese Verschärfung dann in den 1980er Jahren eine adäquate Umsetzung erfuhr. Mit fortschreitender Vernetzung der politisch alternativen Gruppen in den 1980er Jahren verzichteten die juristischen Handlanger*innen des Regimes auf Anweisung der Politbürokrat*innen aus politischen Opportunitätsgründen zuweilen sogar auf die strafrechtlich eigentlich gebotene juristische Ahndung von politischen «Straftaten». Vielmehr empfahl das MfS nun die extensive Anwendung des Ordnungsstrafrechts, um insbesondere die Veranstaltungs- und Publikationspraxis der politisch alternativen Gruppen in den 1980er Jahre zu unterminieren.¹⁵ Und doch schritten die Sicherheitsorgane auch in dieser Dekade punktuell zum Mittel der juristischen Verfolgung, wenn mit der Inhaftierung der Erfolg in Gestalt der «Liquidierung» oppositioneller Strukturen winkte oder die Ausreisebereitschaft der Inhaftierten erzwungen werden konnte. Dies zeigt das Vorgehen der Sicherheitsorgane etwa beim (gescheiterten) Über-

Im Herbst 1989 zeigte sich, dass die Gewaltbereitschaft der Sicherheitsorgane gerade im Falle manifester Opposition im öffentlichen Raum ungebrochen war und nur durch das Ausmaß der Massenproteste ausgehebelt werden konnte.

vorrangig mit strafrechtlichen Methoden betriebenen politischen Verfolgung (im Dienste der Abschreckung vor oppositioneller Betätigung) das Primat der Prävention (Schwerpunktverlagerung zugunsten operativer Vorfeldarbeit zwecks Verhinderung sich anbahnender «feindlich-negativer» Aktivitäten) trat. Die Bedeutungsaufwertung von Zersetzungsverfahren gegenüber strafrechtlichen Sanktionen bedeutete jedoch nicht, dass auf die Drohkulisse des Strafrechts verzichtet wurde, um sich seiner bei Bedarf trotzdem bedienen zu können. Dies zeigt die Verschär-

fall auf die Berliner Umweltbibliothek im November 1987 und bei den Inhaftierungen am Rande der Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen im Januar 1988.

Wenn auch die Ausübung physischer Gewalt anders als in den 1940er und 1950er Jahren mehr und mehr von anderen Formen der Herrschaftssicherung und sozialen Kontrolle abgelöst worden war, bekamen besonders jugendkulturelle Verweigerer*innen und viele Ausreisewillige häufig die Polizei- und justizielle Gewalt sehr deutlich zu spüren. Im Herbst 1989 zeigte sich, dass die Gewaltbe-

reitschaft der Sicherheitsorgane gerade im Falle manifester Opposition im öffentlichen Raum ungebrochen war und nur durch das Ausmaß der Massenproteste ausgehebelt werden konnte.

1 Klein, Thomas: «Für die Einheit und Reinheit der Partei». Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln/Weimar 2002, S. 48 ff. **2** Ebd., S. 26 f. **3** Vgl. ebd., S. 56 f. Zur IKD siehe auch Hippe, Oskar: ... und unsere Fahne ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979. **4** Zur «KPO in der SED» insbesondere in Thüringen und ihrer in Erfurt aufgezogenen illegalen Fünfergruppenarbeit siehe Klein: «Für die Einheit und Reinheit der Partei», S. 52 ff. und 124 ff. **5** Siehe hierzu den Beitrag von Konstantin Behrends in dieser Broschüre. **6** Klein: «Für die Einheit und Reinheit der Partei», S. 51 f. **7** Ausführlich: ebd., Kapitel 1 und 2. **8** Siehe hierzu den Beitrag von Bernd Gehrke in dieser Broschüre. **9** Siehe hierzu den Beitrag von Renate Hürtgen in dieser Broschüre. **10** Klein: «Für die Einheit und Reinheit der Par-

tei», S. 51 f. **11** Gehrke, Bernd: Weichenstellungen zum Disparaten. Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft, in: Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Staatssozialismus, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 405–424; Gehrke, Bernd: Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er und 1970er Jahre, in: Ansorg, Leonore/Gehrke, Bernd/Klein, Thomas/Kneip, Danuta (Hrsg.): «Das Land ist still – noch!». Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989), Köln/Weimar/Wien 2009, S. 203–225. **12** Siehe hierzu den Beitrag von Markus Mohr in dieser Broschüre. **13** Vgl. dazu: Klein, Thomas: «Frieden und Gerechtigkeit». Die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln/Weimar 2007. **14** Vgl. dazu ausführlich: Klein: «Frieden und Gerechtigkeit». **15** Zur rechtspolitischen Neujustierung des Verhältnisses von Strafrecht und Ordnungsrecht in Anwendung zur Bekämpfung der Opposition in den 1980er Jahren vgl. Klein: «Frieden und Gerechtigkeit», S. 490–499. Siehe auch: Karlstedt, Uwe: Möglichkeiten und Voraussetzungen der Nutzung des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten bei der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR, Hauptabteilung IX/2, Diplomarbeit Mai 1988, MfS, JHS, Reg.-Nr. 21293.

Konstantin Behrends

DER TOD WILHELM JELINEKS UND DIE ZERSCHLAGUNG DER ANARCHISTISCHEN BEWEGUNG IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begannen die Überlebenden der antiautoritären Gruppen der Vorkriegszeit, sich auch in der SBZ zu reorganisieren – und das bewusst außerhalb der SED. Sie bauten ein zonenübergreifendes Netzwerk auf und planten den Aufbau einer eigenen Organisation. Mit einer Verhaftungswelle im Herbst 1948 wurde dieses Netzwerk zerschlagen. Anhand der Biografie eines der Aktiven, Wilhelm Jelinek aus Zwickau, soll diese Geschichte nachvollzogen werden.

Die Vorgeschichte: der Proletarische Zeitgeist

Wilhelm Rudolf Jelinek, genannt Willi, wurde am 25. Dezember 1889 im oberschlesischen Ludwigsdorf als Sohn eines Schmiedemeisters geboren und arbeitete später ebenfalls als Fabriksschmied. Im September 1914 wurde er als Ersatzreservist zur Feldartillerie in die Reichswehr eingezogen und in einer Kaserne in Dresden stationiert. Kurz darauf, im Dezember 1914, heiratete er in Zwickau Frieda Carolina Meta, geborene Strauß, Tochter eines Farmers, die, aus Breslau stammend, zu dieser Zeit bereits in Zwickau wohnte.¹

Soweit dokumentiert, trat Jelinek in der rätekommunistischen Bewegung erstmals nach dem Krieg in Erscheinung. Er war Mitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die 1920 als linker Flügel aus der KPD ausgeschlossen wurde und der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU) nahestand, einem Zusammenschluss revolutionärer Betriebsorganisationen. 1921 war Jelinek beim Außerordentlichen Kongress der KAPD

in Gotha Delegierter des Wirtschaftsbezirks West-Sachsen. Als solcher vertrat er den antiautoritären Minderheitenstandpunkt innerhalb der KAPD, das heißt, er befürwortete das Aufgehen der Partei in der Union und die Unabhängigkeit von der Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Internationale. Im Oktober 1921 gründete dieser Flügel die Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation (AAUE).² Das Zeitungsprojekt *Proletarischer Zeitgeist*, kurz: *P.Z.*, an dem Jelinek mitwirkte, entstand 1922, als eine Gruppe von Unionist*innen um die Zwickauer Zeitung *Weltkampf* aufgrund ihrer Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsratswahlen aus der AAUE ausgeschlossen wurde. So musste eine neue Zeitung für die AAUE in Zwickau geschaffen werden – der *Proletarische Zeitgeist*. Der *P.Z.* war antiautoritär, lehnte also staatliche Vermittlung durch Parlamente und Betriebsräte ab. Er vertrat zudem einen proletarischen Antiintellektualismus: Er nannte sich selbst «eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung» und kritisierte die Rolle der Intellektuellen in der Bewegung. Außerdem waren die Seiten des *P.Z.* für alle offen, die sich selbst als antiautoritär verstanden; Gruppen aus dem ganzen Reich sammelten sich so um den *P.Z.* Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich Jelinek über die Jahre auch vom marxistischen Bezugsrahmen der Rätekommunist*innen weg und näherte sich der anarchistischen Bewegung an. Nicht umsonst wurde die *P.Z.*-Bewegung schon 1924 aus der AAUE ausgeschlossen.³ Mit der Machtübernahme der NSDAP konnte die Zeitung nicht mehr erscheinen; Jelinek und andere kamen kurzzeitig in «Schutzhaft».⁴

Die Sammlungsbewegung der Antiautoritären nach dem Krieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fanden sich die überlebenden Linken aller Strömungen aus der Weimarer Republik wieder zusammen, auch die Antiautoritären. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Zwickauer Gruppe um Jelinek, die sich aus P.Z-ler*innen und Anarchist*innen zusammensetzte. Jelinek hatte die Abonnentenliste des P.Z. retten können und schrieb an alle Adressen Postkarten oder Briefe. So konnten die Zwickauer*innen relativ schnell ein zonenübergreifendes Netzwerk aufbauen. Um die Kommunikation zu erleichtern, brachte die Gruppe um Jelinek als deutschlandweite Informationsstelle ab Juni 1946 ein Rundschreiben heraus, mit dem sie die Beiträge aus den verschiedenen Städten gesammelt an alle Abonnent*innen verschickte. Dies geschah unter äußerst widrigen Bedingungen. Da die Gruppe über keinen Vervielfältigungsapparat verfügte, mussten alle Rundschreiben mit mehreren Durchschlägen per Hand abgetippt werden. So heißt es in Rundschreiben Nr. IV: «Daran [am Rundschreiben] tippt der Gen[osse] heute am Sonntag (28.7.[1946]) mit kurzen Unterbrechungen seit 9 Uhr bis 20 Uhr und hat dabei erst einmal 6 Rundschreiben fertig. Etwa 30 werden aber jetzt benötigt.»⁵

In den Rundschreiben diskutierten die Antiautoritären ihre Haltung zum neuen Regime. Anders als einige, so Jelinek, «mutlos gewordene Genossen»,⁶ die sich der KPD, SPD oder der 1946 gegründeten SED angeschlossen hatten,⁷ lehnten sie die Mitgliedschaft in den Parteien mehrheitlich ab. Im Rundbrief Nr. V heißt es: «Innerhalb der Parteien selbst haben wir nichts zu suchen. [...] Deshalb kann unsere Aufgabe auch hier nur sein, die Selbstbewußtseinsentwicklung mit allem Nachdruck zu fördern und die Parteien mit Wort und Schrift von außen zu unterminieren.»⁸ Die Kritik an der SED konnte dabei sehr deutlich werden: «Ei-

nen Kompromiß mit den rosaroten Renegaten gehe ich nicht ein, lieber arbeite ich illegal. Ich bin noch der antiautoritäre, antinationale, antireformistische Sozialrevolutionär und hoffe dasselbe von Euch. Unser Kampf gilt in erster Linie der SED, diesen «guten Nationalisten», «wahren Deutschen» und «kämpferischen» Demokraten mit ihrem marxistischen Leninismus. Dieses ekelhafte Futterkrippensetzergesindel fühlt sich so wichtig in seinen bürgerlichen Funktionen, als täte es revolutionäre Arbeit.»⁹

«Einen Kompromiß mit den rosaroten Renegaten gehe ich nicht ein, lieber arbeite ich illegal.»

Der Antibolschewismus der Nachkriegsantiautoritären schreckte auch nicht vor Vergleichen mit den Nazis zurück. So schrieb Jelinek selbst im Juni 1946: «Hier: Die Partei ist der Staat, daher sind Parteifeinde immer Staatsfeinde! – Dort: Genau dasselbe! – Hier: Ein Führer mit konzentrierter und unkontrollierbarer Machtvollkommenheit! Dort: «Unser geliebter Stalin» dito! – Hier: Sämtliche Publikationen haben eine Quelle! – Dort: Es gibt nur eine Parteipresse! Bis zum Kotzen könnte man solche Beispiele aneinanderreihen. Hier wie dort das gleiche Ergebnis gleicher Methoden; Vernichtung von Millionen Andersdenkender und damit jeder freiheitlichen Regierung, mit dem Ergebnis: Zuchthausordnung und Friedhofsruine!»¹⁰ Diese Perspektiven sind allerdings nicht mit dem rechten Antikommunismus gleichzusetzen. Vielmehr speisten sie sich aus der direkten Unterdrückungserfahrung der Antiautoritären im Staatssozialismus und richteten sich, gewissermaßen revolutionär-antitotalitär, zur gleichen Zeit auch gegen den Faschismus und die parlamentarischen Demokratien: «Parlamentarismus und Diktatur des Proletariats – beides sind Herr-

schaftsinstrumente und Mittel zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung! Nutznießer sind im ersten Falle die Privatkapitalisten, im zweiten die Staatsbürokratie. Die Ausbeutung derer, die die Werte schaffen, bleibt», so Jelinek in einem späteren Artikelentwurf.¹¹

In dem Netzwerk und über die Rundschreiben kamen Antiautoritäre, die in der Weimarer Republik noch verschiedenen Strömungen angehört hatten, zusammen. Schon im zweiten Rundbrief heißt es: «Weiterhin halte ich es für notwendig, die Zersplitterung im antiautoritären Lager zu vermeiden. Wir sind alle Antiautoritäre und keine P.Z.-ler, Syndikalisten, An-

lehnten, plädierten die Zwickauer*innen für eine flexiblere Haltung: «Mindestens aber sind wir uns bewußt, mit der Beteiligung am Volksentscheid das kleinere Übel gewählt zu haben. Eine Nichtbeteiligung wäre einer Entscheidung für das größere Übel (die Nazis) gleichzusetzen gewesen.»¹⁵

1947 wurde die Strategiediskussion durch einen Beitrag des in den USA exilierten Anarchosyndikalisten Rudolf Rocker angeheizt. In seiner Schrift «Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung» konstatierte Rocker, dass die FAUD, die anarchosyndikalistische Organisation der Weimarer Zeit, unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr wiederzubeleben sei. Die Anarchist*innen und Syndikalist*innen in Deutschland sollten sich stattdessen auf lokaler Ebene in

«In öffentlichen Versammlungen ist freie Meinungsäußerung nicht möglich, da sie von der Besatzung überwacht werden und meist nur Kundgebungen ohne Diskussion stattfinden.»

archisten usw. Seien wir alle in Zukunft eine «antiautoritäre Bewegung» [...]»¹² Es bestanden darüber hinaus Kontakte zur mehrheitlich rätekommunistischen «Gruppe Internationaler Sozialisten» um Alfred Weiland,¹³ die wiederum selbst über eigene Kontakte in die SBZ verfügte und im Mai 1948 in Berlin sogar eine eigene Ostzonenkonferenz abhielt.¹⁴

Auf der Suche nach einer eigenen Strategie

In den Rundschreiben nahmen die Planungen für eine eigene Zeitung und eine eigene Organisation großen Raum ein. Beides konnte aufgrund praktischer Widrigkeiten – keine Lizenz, kein Papier, keine Genehmigung – vorerst nicht realisiert werden.

Als wichtige strategische Frage stellte sich die nach der Beteiligung am Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung von Nationalsozialist*innen und Kriegsgewinnler*innen. Während ihn die einen als den «ersten in der neuen Demokratie aufgezogenen Bluff» ab-

Kommunalräten, Betriebsräten und Genossenschaften engagieren und dort für Gemein-desozialismus und Föderalismus eintreten. Parallel dazu wäre als Alternative zu den Parteien ein «Bund freiheitlicher Sozialisten» mit eigener Presse aufzubauen.¹⁶

Die Streitschrift Rockers stieß unter den deutschen Antiautoritären auf Kritik und sogar verbitterte Ablehnung.¹⁷ Aus Zwickau hieß es dazu wie folgt: «Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist noch lange kein Selbstmord, sondern nach unseren Erfahrungen die einzige Möglichkeit, den freiheitl. Sozialismus in die Massen zu tragen. [...] Wenn wir diese uns einzig mögliche Arbeit ablehnen, isolieren wir uns vollständig und führen ein Dasein im Verborgenen gleich einem Diskutierklub. [...] [H]ier [besteht] immerhin noch einige Redefreiheit in den Mitgliederversammlungen. In öffentlichen Versammlungen ist freie Meinungsäußerung nicht möglich, da sie von der Besatzung überwacht werden und meist nur Kundgebungen ohne Diskussion stattfinden.

Es ist nicht zu vergessen, dass wir illegal sind und von einer Zulassung durch die Besetzung keine Rede sein kann.»

Während die Gruppe um Jelinek also die Tätigkeit der Antiautoritären in den Gewerkschaftsbünden unterstützte – und angeblich sei Jelinek selbst als Lagerist bei Siemens-Schuckart auch Betriebsrat und Mitglied des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) gewesen¹⁸ –, lehnte sie eine pauschale Leitlinie für alle Besatzungszonen ab. Im selben Text heißt es deutlich: «Die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse lassen es nicht zu, dass jemand Richtlinien für die Tätigkeit der Gruppen und Einzelgenossen aufstellt und verlangt, dass diese eingehalten werden. Dazu sind in den einzelnen Zonen die Verhältnisse zu verschiedenartig.»¹⁹

Die weiteren Aktivitäten in Zwickau unter zunehmender Repression

Die Behörden in der SBZ machten es den Antiautoritären zunehmend schwerer, sich zu organisieren. Scheinbar befürchtete die Zwickauer Gruppe weitere Repressalien seitens der Behörden gegen die Informationsstelle. Jelinek schrieb im November 1946: «Wir möchten gern die I-stelle abgeben. Es ist hier dicke Luft.»²⁰ Ein geeigneter Ort war Mühlheim an der Ruhr, wo ein Vervielfältigungsapparat besorgt werden konnte.²¹ Im November 1946 schien die Verlegung der Informationsstelle nach Mühlheim/Ruhr beschlossene Sache zu sein. Fortan unterstützte die Zwickauer Gruppe die Informationsstelle finanziell durch Geldsendungen.²²

Sie brachte sich auch auf anderer Ebene ein. So sollen die Zwickauer*innen der in Bremen neugegründeten «Gilde freiheitlicher Bücherfreunde» günstig Bücher aus der SBZ beschafft haben. Sie wollten einen Aufsatz des ehemaligen AAUE-Genossen Karl Brenner aus Iserlohn drucken, konnten aber nicht das nö-

«Nach uns zugegangenen Berichten dehnt sich die [...] Verhaftungswelle gegen Linksrevolutionäre immer weiter aus.»

tige Papier auftreiben. Jelinek schrieb Artikel für Blätter in den westlichen Besatzungszonen und arbeitete ab Ende 1947 an einer Broschüre mit dem Arbeitstitel «Der Bolschewismus als Schreckgespenst der Gesellschaft», die jedoch ebenfalls nicht gedruckt werden konnte. Außerdem schrieb er die Rundschreiben der deutschsprachigen «Gruppe Bakunin» aus London ab und verbreitete sie in der SBZ.²³

Die Verhaftungswelle in der SBZ und der Tod Jelineks

Im Herbst 1948 begann eine Festnahmewelle gegen Antiautoritäre in der SBZ. Der Anlass war folgender: Antiautoritäre aus der SBZ hielten im Oktober/November 1948 in Gera oder Leipzig eine Konferenz zur Gründung eines anarchistischen «Spartakus-Bundes» ab. An der Konferenz sollen 32 Personen teilgenommen haben.²⁴ Zuvor sei ein gewisser Leo Friedrich, der sich später als Spitzel für die sowjetische Staatssicherheit entpuppte, beim Anarchisten Willy Huppertz in Mühlheim/Ruhr gewesen und habe zwecks Einberufung einer Konferenz in der SBZ nach der Adressliste der Antiautoritären in der SBZ gefragt. Huppertz habe ihm diese überreicht, da der Besucher auf ihn einen glaubwürdigen Eindruck gemacht habe.²⁵ Über das Ausmaß der Verhaftungswelle gibt es unterschiedliche Angaben. Bartsch spricht davon, dass 45 Anarchist*innen verhaftet worden seien; Weiland berichtete im Februar 1949 im *Neuen Beginnen*: «Nach uns zugegangenen Berichten dehnt sich die bereits in der vorangegangenen Ausgabe des NB erwähnte Verhaftungswelle gegen Linksrevolutionäre immer weiter aus. [...] Nach Berichten bereits wieder entlassener Genossen sollten im

NKWD-Gefängnis in Dresden mehr als 100 Verhaftete linksradikaler Gruppen sitzen.»²⁶ Am 10. November 1948 wurde auch Jelinek in seiner Wohnung von zwei Oberleutnants der Roten Armee in Begleitung eines Dolmetschers und eines Beamten der Zwickauer Kriminalpolizei verhaftet.²⁷ Während er in den «GPU-Keller» des sowjetischen Geheimdienstes nach Dresden verbracht wurde, kamen auch Frieda Jelinek und ihr Schwiegersohn in Haft. Frieda Jelinek wurde von sowjetischen Offizieren viermal vernommen und dabei nach Anarchist*innen aus den Westzonen befragt. Nach ihrer Entlassung fand sie ihre Wohnung leer vor; alle Gegenstände waren beschlagnahmt worden. Sie kam vorerst bei Verwandten unter.²⁸

Am 26. Februar 1949 wurde Wilhelm Jelinek vom Sowjetischen Militärtribunal Sachsen wegen «antisowjetischer Agitation» und «illegaler Gruppenbildung» zu 25 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Er habe seit 1946 «anarchistische Untergrundgruppen organisiert», mit «führenden Anarchisten der Westzonen» Kontakt gehabt und von ihnen «antisowjetische und antidemokratische Literatur» erhalten sowie selbst einen «antisowjetischen Rundbrief» verfasst und die Zeitschrift «Anarchist» hergestellt und verbreitet. Am selben Tag wurden vier weitere Personen als «Anarchisten» zu 25 Jahren Haft verurteilt.²⁹

Jelinek wurde anschließend ins sowjetische Speziallager, ab 1950 Haftanstalt, nach Bautzen verlegt. Es ist bis heute umstritten, ob Jelinek sich führend an den Protestaktionen der Häftlinge in Bautzen gegen die miserablen Haft- und Lebensbedingungen im März 1950 beteiligte und die Kassiber formulierte, die herausgeschmuggelt und anschließend durch die SPD in Westdeutschland bekannt gemacht werden konnten.³⁰ Auf alle Fälle schaff-

te er es, Kontakt zu einem anderen inhaftierten Anarchisten in der Haftanstalt Torgau herzustellen.³¹

Am 24. März 1952 verstarb Jelinek in Haft unter bis heute ungeklärten Umständen. In der Häftlingskartei heißt es: «Verstorben am 24.3.52 0.30 Uhr in der VA Bautzen Todesursache: Herz und Kreislaufversagen als Folge Tox Grippe Bronchitis, Trachitis, Standesamt Zwickau am 25.3.52 mit der Beurkundung beauftragt. am 26.3.52 nach Krematorium Görlitz überführt. Angehörige am 26.3.52 benachrichtigt.»³² Seine Genoss*innen schrieben in der westdeutschen anarchistischen Zeitschrift *Befreiung* im Mai 1952 unter der Überschrift «Willy Jelinek ist tot! Im Konzentrationslager Bautzen ermordet!»: «Wir erhielten die traurige Nachricht, daß Genosse Willy Jelinek aus Zwickau im K.Z. am 24.3.52 ‹verstorben› sei. Am 20.3.52. hatte er noch, wie in Zeitabständen möglich, kurzen Besuch von seiner Tochter Annemarie, wobei er noch gesund war.»³³

Aus der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung wurden Jelinek und andere Antiautoritäre über vier Jahrzehnte verbannt.

Die sowjetischen und kommunistischen Behörden in der SBZ hatten es bis 1949 erfolgreich geschafft, durch Überwachung, Einschüchterung, Festnahmen, Entführungen, Verhöre, Haftstrafen, politische Prozesse, langjährige Urteile, Lager- und Gefängnishaft, miserable Haftbedingungen und mindestens einen ungeklärten Todesfall, die antiautoritäre Bewegungstradition in Ostdeutschland zu unterbrechen. Aus der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung wurden Jelinek und andere Antiautoritäre über vier Jahrzehnte verbannt. In den westdeutschen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland

Die Unterbrechung der antiautoritären Tradition in Ostdeutschland

Die sowjetischen und kommunistischen Behörden in der SBZ hatten es bis 1949 erfolgreich geschafft, durch Überwachung, Einschüchterung, Festnahmen, Entführungen, Verhöre, Haftstrafen, politische Prozesse, langjährige Urteile, Lager- und Gefängnishaft, miserable Haftbedingungen und mindestens einen ungeklärten Todesfall, die antiautoritäre Bewegungstradition in Ostdeutschland zu unterbrechen. Aus der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung wurden Jelinek und andere Antiautoritäre über vier Jahrzehnte verbannt. In den westdeutschen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland

existierten einige, wenn auch wenig erfolgreiche antiautoritäre Gruppen und Blätter fort und stellten damit eine Art historische Brücke zur neuaufkommenden antiautoritären Bewegung ab Ende der 1960er Jahre her. Es wurde dort mehrfach an Jelinek erinnert.³⁴ In

der DDR dagegen formierten sich erst in den 1980er Jahren wieder explizit anarchistische Gruppen. Diese erfuhren zumeist erst 1989/90 von der Geschichte Jelineks, als die *Direkte Aktion* aus Westdeutschland über ihn berichtete.³⁵

1 Stadtarchiv Zwickau, Akte R2/2137, Bl. 71–75. 2 Klockner, Clemens: Einleitung, in: Klockner, Clemens (Hrsg.): Protokoll des außerordentlichen Parteitagess der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha, Darmstadt 1984, S. 17–18; Protokoll des Außerordentlichen Parteitagess der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha, in: Klockner, Clemens (Hrsg.): Protokoll des außerordentlichen Parteitagess der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha, Darmstadt 1984, S. 14–15 u. S. 219–221; Bock, Hans Manfred: Geschichte des «linken Radikalismus» in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 105–116. 3 Bergbauer, Knut: Die Zeitung «Proletarischer Zeitgeist», in: *espero* 9, Februar 1997, unter: <http://web.archive.org/web/20070928005202/http://www.kurasje.org/arkiv/4500t.htm>. 4 Ebd.; Bartsch, Günter: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1. 1945–1965, Hannover 1972, S. 200. 5 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 49 ff.; Bartsch, Günter: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3. 1965–1973, Hannover 1973, S. 247. 6 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 53. 7 Klein, Thomas: «Für die Einheit und Reinheit der Partei». Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Zeithistorische Studien, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 20, Köln 2002, S. 51 f. u. S. 133 f. 8 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3, S. 252 f. 9 Ebd., S. 239. 10 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 200. 11 Ebd., S. 190. 12 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3, S. 231. 13 Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das zeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978), Hamburg 2001, S. 258–269. 14 Ebd., S. 240 ff. 15 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3, S. 230 f. u. S. 261 f. 16 Rocker, Rudolf: Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung, New York/London/Stockholm 1947. 17 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 108–117. 18 Ebd., S. 51; Stadtarchiv Zwickau, Adressbuch Zwickau und Umgebung 1947/1948, III, 111; Graf, Andreas G./Bergbauer, Knut: Wilhelm Jelinek, in: Fricke, Karl Wilhelm/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002, S. 53; Graf, Andreas G./Bergbauer, Knut: «Genossen, den Weg

weisen müssen wir». Antiautoritäre Arbeiterbewegung in der SBZ: Wilhelm «Willy» Jelinek und der «Zwickauer Kreis», in: direkte aktion 257, Mai/Juni 2003, S. 12. 19 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 111. 20 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3, S. 279. 21 Ebd., S. 279 u. 263. 22 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 52 u. 54. 23 Ebd., S. 52–57 u. 188; Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3, S. 190 f. 24 Kubina: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, S. 267 f.; Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 194. 25 Ebd., S. 194; Kubina: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, S. 267; Schlichting, Jonnie: Willi Jelinek und der Anarchismus in der SBZ 1945–1948. Nachträge, in: direkte aktion 79, Januar/Februar 1990, S. 12. 26 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 194; Kubina: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, 2001, S. 268 f. 27 Schlichting: Willi Jelinek und der Anarchismus in der SBZ, S. 12. 28 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 194. 29 Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten in der SBZ/DDR 1945–1955, in: dies. (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 236 f. 30 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 196 f.; Schlichting, Jonnie: «Man muß in der gegenwärtigen Zeit versuchen, so anarchistisch wie möglich zu leben ...». Willi Jelinek und der Anarchismus in der SBZ 1945–1948, in: direkte aktion 78, November/Dezember 1989, S. 10 f.; Schlichting: Willi Jelinek und der Anarchismus in der SBZ, S. 12; Kubina: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, S. 269–273. 31 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 198. 32 Kubina: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, S. 271. 33 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, S. 200. 34 Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1–3; Bock: Geschichte des «linken Radikalismus» in Deutschland, S. 173 ff.; Barrue, Jean: L'anarchisme en Allemagne de l'Est, in: *Iztok* 2, Septembre 1980, S. 33–42, unter: www.la-presse-anarchiste.net/spip.php?article764&lang=fr; Anarchisten in der DDR, in: *Trafik* 12, April 1984; Jenrich, Holger: Anarchistische Presse in Deutschland 1945–1985, Grafenau-Döfingen 1988, S. 41 ff. 35 Schlichting: «Man muß in der gegenwärtigen Zeit versuchen, so anarchistisch wie möglich zu leben ...», S. 10 f.; Schlichting: Willi Jelinek und der Anarchismus in der SBZ, S. 12.

Bernd Gehrke

TROTZ TAUWETTER, NIE FRÜHLING

UNTERDRÜCKUNG LINKER OPPOSITION ZWISCHEN 1956 UND 1979 IN DER DDR

Bis Anfang der 1950er Jahre waren nicht nur alle organisierten antistalinistischen Widerstandsgruppen aus den revolutionären wie reformistischen Traditionen der Arbeiterbewegung vom Ulbricht-Regime unterdrückt worden. Durch langjährige Haftstrafen einerseits und Flucht in den Westen andererseits waren auch die politischen Milieus stark dezimiert, aus denen sich organisierter Widerstand hätte regenerieren können. Spätestens mit den Repressionen gegen Streikleitungen und betriebliche Aktivist*innen nach der Niederschlagung des Aufstands der Arbeiter*innen vom 17. Juni 1953, der Reinigung der SED und des FDGB von «unzuverlässigen Elementen» im Jahre 1954 sowie erneuter Flucht gab es diese Milieus nicht mehr.

Doch löste der niedergeworfene Arbeiteraufstand unter den aus der stalinistischen KPD wie ihrem Umfeld stammenden Intellektuellen erstmals eine demokratische Auflehnung gegen das stalinistische Regiment Walter Ulbrichts aus. Zwei Wochen nach dem 17. Juni forderten sie in der Akademie der Künste und im Präsidium des Kulturbundes die Freiheit von Kunst und Wissenschaft von staatlicher Bevormundung. Die Erklärung des Kulturbund-Präsidiums vom 4. Juli 1953 enthielt bereits die wichtigsten Forderungen von Intellektuellen, die in den nächsten zwei Jahrzehnten artikuliert wurden, bis hin zur Einhaltung der Gesetze auf der Grundlage der Verfassungsordnung.¹

Die Parteiopposition von 1956 und ihre Unterdrückung

Die auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 gehaltene Geheimrede des 1. Sekretärs des ZK der KPdSU, Nikita S. Chruschtsch

schow, über die an Kommunist*innen begangenen Verbrechen Stalins und über den Personenkult² – bald im Westen veröffentlicht – erschütterte die kommunistische Weltbewegung. Auch die SED geriet in eine Krise, als Walter Ulbricht, der Erste Sekretär des Zentralkomitees und bisher größter Einpeitscher der «Lehre des großen Stalin», vom sowjetischen Parteitag zurückkehrte und verkündete, Stalin sei kein Klassiker des Marxismus-Leninismus (ML) mehr, wie Marx, Engels, Lenin, ansonsten ändere sich nichts für die SED.

Während die Kritik in den Parteiorganisationen unter Kontrolle des Parteiapparats blieb, erreichten die Diskussionen der Intelligenzija seit dem Sommer 1956 die Öffentlichkeit. An den Universitäten, in den Verbänden der Künstler*innen, im Kulturbund und vor allem in der vom Kulturbund herausgegebenen Wochenzeitung *Sonntag* fanden die Debatten über eine Demokratisierung von Partei und Staat nun eine große Öffentlichkeit. Der *Sonntag* entwickelte sich zur publizistischen Plattform für jene Reform-Linke, für die die polnische Publizistin Edda Werfel den Namen und die Richtung mit Blick auf ganz Osteuropa formuliert hatte: Der «dritte Weg des Sozialismus» jenseits von Stalinismus und Kapitalismus.³ So plädierten Chefredakteur Heinz Zöger und sein Stellvertreter Gustav Just in verschiedenen Artikeln für mehr Freiheiten der Künstler*innen. Der Blochschüler Gerhard Zwerenz diskutierte mit Blochs Assistenten Günter Zehm darüber, dass DDR-Bürger*innen, die kritische Fragen an die Partei stellten, nicht als Staatsfeinde zu behandeln seien. Um den in Leipzig lehrenden Philosophen Ernst Bloch hatte sich ein Kreis seiner Schü-

ler gebildet, in dem eine radikale Abrechnung mit dem Stalinismus und dem Dogmatismus des ML diskutiert wurde. Der Professor für physikalische Chemie an der Humboldt-Universität Berlin, Robert Havemann, als antifaschistischer Widerstandskämpfer hochdekorierter Vorzeigewissenschaftler der SED, wandte sich scharf gegen den Dogmatismus in den Gesellschaftswissenschaften und gegen die Deutungshoheit der «marxistisch-leninistischen Philosophie».

Unter den Wirtschaftswissenschaftler*innen entwickelte sich eine radikale Kritik am bürokratisch-zentralistischen Wirtschaftsdirigismus. Fritz Behrens, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Professor an der Leipziger Universität sowie am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Akademie der Wissenschaften (AdW), und Arne Benary, Oberassistent am selben Institut, entwickelten eine Konzeption, die unter Aufnahme der jugoslawischen Erfahrungen den zentralen Dirigismus abschaffen und durch eine indirekte ökonomische Steuerung auf der Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe ersetzen sollte.⁴ Kurt Viehweg, Direktor des Instituts für Agrarökonomik an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften, kritisierte den Zwang gegenüber Einzelbauer*innen bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und wollte unrentable LPGs wieder auflösen. Künstler*innen, namentlich jüngere, traten nicht nur für künstlerische Schaffensfreiheit ein, sondern auch für öffentliche Galerien und Klubs.

An mehreren Universitäten, so in Berlin, Dresden, Halle und Jena, kam es zu tumultartigen Versammlungen in den Fakultäten, zu Solidarisierungsaktionen, wenn Studierende relegiert werden sollten. Zum Teil bildeten sich organisierte Widerstandsgruppen, die unabhängige Versammlungen vorbereiteten,

Flugblattaktionen oder öffentliche Proteste organisierten. Das Macht- und Deutungsmopol von SED und FDJ an den Universitäten wurde kritisiert, gefordert wurden ein eigener Verband der Studierenden außerhalb des Einheitszwangsverbands FDJ sowie demokratische Studierendenräte als Selbstverwaltungsorgan an den Universitäten. Auch sollten das für alle obligatorische und benotete ML-Studium sowie der ebenfalls obligatorische Russischunterricht abgeschafft und durch fakultative Angebote ersetzt werden.

Die politisch weitreichendsten Diskussionen gab es im Aufbau-Verlag, ermutigt durch den Kulturminister Johannes R. Becher. Der politische Kopf dieser Diskussionen war Wolfgang Harich, Philosophieprofessor an der Humboldt-Universität, stellvertretender Cheflektor beim Aufbau-Verlag und Chefredakteur

Unter den Wirtschaftswissenschaftler*innen entwickelte sich eine radikale Kritik am bürokratisch-zentralistischen Wirtschaftsdirigismus.

der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*. Er fasste die Vorstellungen des Kreises zu einem politischen Programm zusammen und übergab es, im Glauben an die Unterstützung aus Moskau, dem Chefredakteur des *Spiegel* und der SPD. Diese «Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus» knüpfte schon im Namen an die von der KPD nach dem Krieg durch das Politbüromitglied Anton Ackermann verkündete Formel einer Strategie für ganz Deutschland an, die nicht den sowjetischen Weg kopieren sollte. Es wurde vorgeschlagen, dass, beginnend mit der Demokratisierung der SED, eine «sozialistische Demokratisierung» der DDR durchgeführt und ein System der Arbeiterselbstverwaltung geschaffen werden müsse. Erst wenn die SED auf solche Weise die Unterstützung der Massen der DDR gewonnen hätte, könn-

te sie auch bei einer deutschen Vereinigung ernsthaft politische und soziale Bedingungen stellen. Ziel war es, durch eine im Osten hegemoniale SED mit einer sich nach links gewendeten SPD ein Bündnis zugunsten einer linkssozialistischen Mehrheit in Deutschland herzustellen.⁵

Die Abrechnung mit der antistalinistischen Opposition

Am Jahresende 1956 ging das Ulbricht-Lager zum Gegenangriff über. Der «Revisionismus» führe zur «Konterrevolution», sei also selbst «konterrevolutionär», hieß es in Kommentaren und Reden nach der Niederschlagung der Räterevolution in Ungarn durch die sowjetische Armee im November 1956. Seit 1957 gehörte dieser Slogan zur Standardagitation der SED gegen linke Kritik jeglicher Art.

Am Jahresende 1956 ging das Ulbricht-Lager zum Gegenangriff über.

Als am 31. Oktober 1956 an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität eine autonome Vollversammlung der Studierenden stattfinden sollte, wurden zwei Kampfgruppeneinheiten in Bereitschaft versetzt. Sie sollten eine mögliche Demonstration zusammenschlagen. Durch die Drohung mit den Kampfgruppen wurde die Versammlung verhindert. Am Jahresende wurden, trotz Protesten, studentische Aktivist*innen von den Universitäten relegiert. 1957 wurden 25 von ihnen in Berlin inhaftiert, 17 in Jena, elf in Leipzig, sieben in Halle-Wittenberg und fünf in Rostock.

Am 27. November 1956 wurde im Politbüro beschlossen, die Teilnehmer*innen des Diskussionskreises im Aufbau-Verlag zu verhaften. Die Tätigkeit des Kreises wurde als konterrevolutionärer «Staatsverrat» eingeschätzt. Wolfgang Harich, seine Freundin Irene

Giersch, Walter Janka, Altkommunist und Leiter des Aufbau-Verlags, der Wirtschaftshistoriker Bernhard Steinberger und der Redakteur der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* Manfred Hertwig wurden verhaftet. Etwas später folgten die Redakteure des *Sonntag* Heinz Zöger und Gustav Just sowie der Rundfunkredakteur Richard Wolf. Im März und Juni 1957 fanden zwei Prozesse statt. Harich wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, Janka zu fünf Jahren mit verschärfter Einzelhaft, Gustav Just zu vier und Heinz Zöger zu zwei Jahren. Die Prozesse hatten den Charakter von Terrorprozessen, die vor allem der Einschüchterung der Partei-Intelligenzija und ihres Umfelds dienten. Sie bildeten den Auftakt zu einer Serie von Parteiverfahren und Gerichtsprozessen. Blochs Assistent, Günter Zehm, wurde ebenfalls zu vier Jahren Haft verurteilt, während Gerhard Zwerez in den Westen fliehen

konnte. Ein Kreis von Literaturwissenschaftler*innen, die 1957 verhaftet, aus der SED ausgeschlossen und 1958 verurteilt wurden, er-

hielten ebenfalls hohe Haftstrafen. Der Slawist Ralf Schröder aus Leipzig wurde als «Rädelführer» einer «partei- und staatsfeindlichen Gruppe» wegen «Staatsverrat» zu zehn Jahren Haft verurteilt, der Schriftsteller Erich Loest zu siebeneinhalb Jahren. Ebenfalls lange Haftstrafen bekamen der Sprachwissenschaftler Harro Lucht und der Slawist Ronald Lötzsch. In einem zweiten Prozess wurden der Romanist Winfried Schroeder und die Übersetzerin Charlotte Kossuth zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Während Kurt Viehweg wegen seines Agrarprogramms der «Rückkehr in den Kapitalismus» beschuldigt und ebenfalls zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, leisteten Fritz Behrens und Robert Havemann unter solchen Drohungen 1958 Abbitte und bekannten ihre «Irrtümer». Sie kamen mit einer Partei- strafe davon, wobei Behrens sein Amt als

DDR-Statistik-Chef verlor. Arne Benary musste zur Strafe die AdW verlassen und arbeitete fortan als Betriebsökonom. Dass der Preis für sozialistische und kommunistische Opposition in der DDR hoch sein konnte, war den späteren Oppositionellen der 1960er und 1970er Jahre seither sehr wohl bewusst.

Neue Opposition nach dem Mauerbau

Der Mauerbau am 13. August 1961 war eine Zäsur, nun gab es keine Fluchtmöglichkeiten mehr. Nach einer kurzen, mit dem Mauerbau verbundenen erneuten Phase der Repression änderte sich die innenpolitische Landschaft 1963 wieder. Aus Moskau kam das Signal für Wirtschaftsreformen im Ostblock. Walter Ulbricht stellte sich nun an die Spitze einer Modernisierung von Wirtschaft, Herrschaft und Gesellschaft. Darin waren wichtige Elemente der Wirtschaftsreformer*innen von 1956 enthalten, freilich nicht die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe. Zudem begann das Zentralkomitee der SED 1964 einen Flirt mit der eben noch verdammt «unruhevollen Jugend»; jetzt erschienen sogar Beatles-Platten in der DDR und die «Beatlemania» breitete sich landesweit aus.

Unter diesen veränderten Bedingungen keimte bei etlichen sozialistisch-kommunistischen Intellektuellen und Künstler*innen die Hoffnung, endlich einen «sozialistischen Frühling» gestalten zu können. Schließlich hatte der XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 einen neuen Schub der Entstalinisierung beschlossen. Zudem versprach man sich von der geschlossenen Grenze die Möglichkeit, ohne westliche Einmischung frei diskutieren zu können.

Es meldete sich eine junge Generation von Künstler*innen zu Wort, die von einigen älteren unterstützt wurde. Der Dichter Stephan Hermlin förderte Wolf Biermann, Volker Braun, Sarah Kirsch und andere. Es entstanden eine Lyrikwelle in den 1960er Jahren und neue unkonventionelle Veranstaltungsreihen wie «Jazz-Lyrik-Prosa». Eine junge kreative Generation – Christa Wolf, Maxie Wander oder Heiner Müller seien erwähnt – betrat die Bühne der DDR-Geschichte. Diese Generation von Kulturschaffenden war loyal zu Partei und Staat, wandte sich aber kritisch den Widersprüchen der Gesellschaft zu. Robert Havemann hielt im Wintersemester 1963/64 eine Vorlesung über «Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme». Wie schon 1956 kritisierte er den Dogmatismus der marxistisch-leninistischen Philosophie und ihr Kommando über naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Über 1.000 Studierende aus der ganzen DDR besuchten die als «Geheimtipp» geltenden Vorlesungen.⁶

Anlässlich eines Interviews, das Havemann einer Westzeitung gab, wurde er im März 1964 aus der SED ausgeschlossen, anschließend entzog man ihm den Lehrauftrag. 1965 folgte unter Verletzung des Statuts sein Ausschluss aus der AdW. Robert Havemann avancierte zum bekanntesten Dissidenten in der DDR, der sich als Kommunist immer wieder kritisch mit der Politik der SED oder der KPdSU auseinandersetzte. Da er auch international bekannt war und gute Kontakte zur italienischen KP hatte, wurde er zwar rund um die Uhr überwacht und abgehört, aber nicht verhaftet. Zu ihm gesellte sich der wegen seiner frechen Kritik ebenfalls rasch von Auftritts- und Veröffentlichungsverbot betroffene Barde Wolf

Robert Havemann avancierte zum bekanntesten Dissidenten in der DDR, der sich als Kommunist immer wieder kritisch mit der Politik der SED oder der KPdSU auseinandersetzte.

Biermann. Als oppositionelle Kommunisten wurden sie faktisch zum Sprachrohr der kritischen Intelligenzija in der DDR, weit über das marxistische Spektrum hinaus. Denn auch bei der christlichen Jugend waren die Ideen des «Dritten Weges» populär.

Während unter den christlichen Bausoldaten⁷ der Pazifismus eines Martin Luther King beliebt war, diskutierten Angehörige der Evangelischen Studentengemeinden über die Entfremdungstheorie und den jungen Marx wie junge Marxist*innen. Linke Theologien einer

sam die Haare geschnitten und Beatgruppen verboten. Viele Jugendliche wurden von Schnellgerichten als «Rowdys» verurteilt und mussten für sechs Wochen Zwangsarbeit im Tagebau leisten. Im Dezember 1965 fand das 11. Plenum des ZK der SED als Tribunal gegen die kritische Intelligenzija und die Beatjugend statt. Der «Skeptizismus» der Intelligenzija und die «Sittenlosigkeit» der Jugend wurden aufs Korn genommen.⁹ Viele bekannte Schriftsteller*innen durften nicht mehr veröffentlichen, ein ganzer Jahrgang der von der DEFA

Als der Prager Frühling jene erhoffte sozialistische Demokratisierung auf den Weg brachte, entstand eine junge politische Generation, die gleichermaßen «zwischen Dutschke und Dubček» sozialisiert wurde.

Dorothe Sölle oder Jürgen Moltmanns «Theologie der Hoffnung» drangen über die Mauer zu den jungen Christ*innen im Osten. Über den «Ökumenischen Prozess» gelangte die lateinamerikanische Befreiungstheologie in die DDR und fand unter jungen Christ*innen viele Anhänger*innen.⁸ So entstand eine christliche Linke, die zu einer der Quellen für eine neu entstehende Opposition werden sollte.

Neben der staatsnah-kritischen Intelligenzija und der christlichen Jugend speiste sich die neue Opposition nach dem Mauerbau noch aus einer dritten Quelle: der vorwiegend arbeiterlich geprägten jugendlichen Subkultur der Beatgeneration, aus welcher die Hippie- und Blueserszenen hervorgingen, um später vom Punk abgelöst zu werden. Neben jugendlicher Renitenz stellte sich auch bei Teilen der DDR-Jugend eine Verweigerung gegenüber der fordistisch geprägten Lebensweise ein, die das Leitbild der Modernisierung der DDR seit den 1960er Jahren war.

Das Tauwetter, das 1963 begonnen hatte, war sehr kurz. Seit September 1965 setzte eine massive Kampagne gegen Beatgruppen und Langhaarige ein. Letzteren wurden gewalt-

produzierten Filme durfte nicht erscheinen. Robert Havemann und Wolf Biermann wurden zu Hauptfeinden erklärt. Viele Beatgruppen mussten sich auflösen oder deutsche Namen zulegen. Schüler oder Studierende, die zu lange Haare hatten, wurden relegiert. Es war wieder einmal Eiszeit und ein sozialistischer Frühling verhindert worden.

Die bisher legale Popkultur des Beats wurde durch das Verbot zur Subkultur und hierdurch erst richtig attraktiv für renitente Jugendliche. Mit der Politik des 11. Plenums, die sich sowohl gegen die kritische Intelligenzija als auch gegen subkulturelle Jugendliche richtete, entstand eine neue Allianz. Die Beatmusik, zuvor eher von der Arbeiterjugend geprägt, wurde nun zum Markenzeichen von kritischen jungen Leuten, die aus SED- und christlichen Elternhäusern kamen. Aber auch die Jugendlichen aus Arbeiter- und christlichen Familien, die der SED fern standen, hörten durch das 11. Plenum erstmals etwas von den oppositionell-kommunistischen Künstler*innen und begannen, sie zu verehren. Von Stund an waren Havemann und Biermann nicht nur die öffentlichen Sprecher der kritischen Intelligenzija,

sondern auch der oppositionell-politisch interessierten jungen Generation insgesamt.

Diese linke Politisierung als Folge der staatlichen Repression wurde noch gestärkt durch den zeitgleich stattfindenden politischen Aufbruch der jungen Generation im Westen, namentlich durch die Studentenbewegung und die APO. Und als der Prager Frühling jene erhoffte sozialistische Demokratisierung auf den Weg brachte, entstand eine junge politische Generation, die gleichermaßen «zwischen Dutschke und Dubček» sozialisiert wurde.

Als die Sowjetunion am 21. August 1968 zusammen mit anderen Ostblockländern die ČSSR okkupierte, löste das trotz einer allgegenwärtigen bewaffneten Staatsmacht in der DDR zahlreiche Proteste aus, die gleich am 21. August begannen.¹⁰ Anfang Oktober hatte das MfS 2.129 «Protestbekundungen» registriert, davon 1.360 «wesentliche Vorkommnisse». Zudem registrierte das MfS 1.690 «Hetzlosungen» – wie «Dubček» – und insgesamt 10.487 Flugblätter, die damals zumeist mit Kinderstempelkästen oder Schreibmaschinendurchschlägen hergestellt werden mussten. Es wurden aber auch 74 «organisierte Sympathieumgebungen» gezählt, also öffentliche Demonstrationen, von denen die bekannteste der Versuch von 150 subkulturellen «Angerluden» in Erfurt war, mit Passant*innen kritisch über die Militärintervention zu diskutieren. 36 Jugendliche wurden verhaftet. Den einzigen Streikversuch unternahm ein der SED angehörender Heizer im Berliner VEB Rewatex, der sofort verhaftet wurde. Das Gros der Protestaktionen kam nicht etwa von Intellektuellen, sondern zumeist von Jungarbeiter*innen und Lehrlingen. Die politischen Schwerpunkte der Proteste lagen nach Angaben des MfS bei der Unterstützung der Reformpolitik der KPČ, der Betonung, dass sie Vorbildcharakter für die DDR habe, und in der Bekundung von Solidarität mit ihren führenden Politiker*innen. Die Namen, die sich die Gruppen gaben, welche Flugblätter verbreitet hatten, atmeten den

«68er-Zeitgeist»: Sie nannten sich etwa «Aktionskomitee der Schüler und Studenten», «SDS-DDR» oder «Fortschrittlich-kommunistische Jugend».

Zwischen dem 21. August und dem 27. November 1968 wurden 506 Personen inhaftiert. Allerdings waren die Haftstrafen nicht so hoch wie 1956, und zum Jahresende wurden namentlich die Kinder von Prominenten wieder freigelassen; sie erhielten Studien- oder Berufsverbote.

Die neue Opposition in den 1970er Jahren

Als Erich Honecker 1971 Walter Ulbricht vom Thron des Ersten Sekretärs stieß, verkündete er ein neues Tauwetter. Verbotene Schriftsteller*innen durften wieder publiziert werden, junge Leute konnten längere Haare tragen. Und für die Masse der Bevölkerung gab es die Erlaubnis, Westsender hören und sehen zu dürfen, solange sie brav den Plan erfüllten.

Viele Kulturschaffende nutzten die Möglichkeiten der unter Honecker neu entstandenen Klubs und Galerien für eigene Projekte. Bettina Wegener und Klaus Schlesinger organisierten etwa im Berliner Haus der Jungen Talente eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel «Eintopp», in der missliebige Schriftsteller*innen auftreten und über gesellschaftliche Probleme diskutieren konnten. Als die Themen und diskutierten Probleme zu politisch wurden, kam das Aus für diese Reihe. Sie wurde unter dem Titel «Kramladen» in einem anderen Klub wiedereröffnet, musste dann aber auf Druck von oben ebenfalls abgesetzt werden. Zum wichtigsten Hebel der Repression gegen Künstler*innen wurde erneut das Auftrittsverbot in staatlichen Einrichtungen.

Konspirative Opposition

Von den kulturoppositionellen Aktivitäten der 1970er Jahre nicht zu trennen ist das Wirken konspirativ tätiger politischer Gruppen. Wie in der Jenenser Gruppe des OV «Revisionist»,

die einerseits als konspirative Gruppe tätig war, aber zugleich staatliche Halböffentlichkeiten nutzte, verbargen sich auch hinter anderen Aktivitäten im Rahmen der kulturellen Öffentlichkeit konspirativ tätige Gruppen, die die Möglichkeiten einer Teilöffentlichkeit nutzten, um die Diskussion zu grundlegenden und Systemfragen voranzutreiben. Dies hatte sich etwa eine Gruppe auf die Fahne geschrieben, die im Publikumsbeirat der Veranstaltungsreihen von «Eintopp» oder «Kramladen» wirkte und die vom MfS als OV «Monolith» geführt wurde. Der Kopf dieser Gruppe, Ruppert S., wurde wegen seines Protests gegen die staatliche Verunglimpfung des Selbstmords von Pfarrer Brüsewitz 1976 inhaftiert und in den Westen gepresst.

Solche konspirativen Gruppen hatten sich vermehrt seit 1973 in der ganzen DDR gebildet und mehr und mehr vernetzt.¹¹ In Leipzig gab es zum Beispiel im Umfeld der Evangelischen Studentengemeinde eine organisierte linke Gruppe, deren Kopf, Rainer A., eine mehrjährige Haftstrafe erhielt wegen der Weitergabe von Westbüchern, das heißt, wegen «staatsfeindlicher Hetze».

Die größte der im Untergrund entstandenen Gruppen war die DDR-Sektion der KPD/ML. Während sich die anderen Gruppen auf dem Niveau von Fünfergruppen organisierten, konnte die KPD/ML (DDR) auf etwa 40 Mitglieder und 60 Sympathisant*innen zurückgreifen. Ihre beiden Spitzenfunktionäre erhielten jeweils acht Jahre, andere vier Jahre Haft.

Die Biermann-Ausbürgerung und ihre Folgen¹²

Da 1976 bereits eine Verbindung von Gegenkultur (Biermann/Havemann), oppositioneller Populärkultur (Klaus Renft Combo) und kirchlicher Öffentlichkeit existierte, zog das Politbüro nach Wolf Biermanns Auftritt in der Prenzlauer Nikolaikirche im September 1976 mit seiner Ausbürgerung im November die Notbremse. Gegen diese Maßnahme veröffentlichten In-

Der harte Kern der Offenen Arbeit blieb jedoch wegen staatsfeindlicher Gruppenbildung in Haft, gegen sie wurde Anklage erhoben.

telektuelle erstmals eine kollektive Protestnote.¹³ Während die Erstunterzeichner*innen keine juristischen Sanktionen erfuhren, sah dies bei ihren Unterstützer*innen anders aus. Es gab 101 Festnahmen und 42 Verurteilungen, wieder hatten Linksoppositionelle einen hohen Preis zu zahlen. Als Aktivist*innen der Offenen Arbeit der Evangelischen Kirche (OA) in Jena, zu denen sowohl Christ*innen als auch Marxist*innen gehörten, nach der Biermann-Ausbürgerung planten, in der Stadt Unterschriften für die Erklärung der Intellektuellen zu sammeln, wurden 50 Personen verhaftet. Das Gros kam bald wieder frei, der harte Kern der Offenen Arbeit blieb jedoch wegen staatsfeindlicher Gruppenbildung in Haft, gegen sie wurde Anklage erhoben. Nach Solidaritätsaktionen des Westberliner «Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus» wurden die Betroffenen in den Westen abgeschoben.¹⁴ Solche Zahlen geben nur ein verharmlosendes Bild der staatlichen Repression nach der Biermann-Ausbürgerung wieder. Allenthalben wurden staatliche Kultureinrichtungen von «Biermannfreunden» gesäubert und Berufsverbote verhängt. Robert Havemann wurde unter Hausarrest gestellt. Die Unterzeichner*innen der Protesterklärung der Intellektuellen erhielten Auftritts- oder Publikationsverbote; nun begann jener Exodus der kritisch-linken Intelligenzija, der das Ende der DDR mit vorbereitete.

Als einige Monate nach der Biermann-Ausbürgerung Rudolf Bahro im Sommer 1977 sein Buch «Die Alternative»¹⁵ im Westen veröffentlichte, wurde er wegen «nachrichtendienstlicher Tätigkeit» zu acht Jahren Haft verurteilt. Die Mitglieder der Leipziger Gruppe um

Simone L. und Heinrich S., die sich trotzkistisch verstanden und mit Flugblättern gegen die Verhaftung Rudolf Bahros protestierten und die Veröffentlichung seines Buches in der DDR gefordert hatten, erhielten ebenfalls langjährige Haftstrafen.

Mit dem Ausschluss von neun renitenten Schriftsteller*innen aus dem Schriftstellerverband 1979 war faktisch das Ende der Kulturopposition besiegelt. Nach dem Exodus der kritischen Intelligenzija im Zuge der Biermann-Ausbürgerung wurden nur noch einzelne kritische Stimmen aus den Reihen der staatsnahen Intelligenzija laut. Das Gros der jüngeren Künstler*innen suchte seinen Weg nun außerhalb staatlicher Strukturen. Und auch die konspirativen Oppositionsgruppen waren am Ende des Jahrzehntes von der Staatssicherheit zerschlagen worden. Die marxistisch geprägte Opposition hatte in der einen wie der anderen Weise ihr Ende gefunden. Die oppositionellen Milieus der 1980er Jahre verlagerten ihre Aktivitäten in den besser geschützten, halböffentlichen Raum der Kirchen, auch deshalb, weil es dort inzwischen eine christliche 68er-Linke gab.

1 Vgl. für die Opposition der 1950er Jahre, Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964, hier: S. 53 f. Siehe auch: Malycha, Andreas: Reformdebatten in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17–18/2006, S. 25–38. **2** Vgl. Chruschtschow, N. S.: Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Gen. N. S. Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 30. Juni 1956, Berlin 1990. **3** Vgl. Werfel, Edda: An die Genossen aus den Bruderparteien, in: Just, Gustav: Zeuge in eigener Sache. Mit einem Vorwort von Christoph Hein, Frankfurt a. M. 1990, Anhang, S. 211. **4** Vgl. Behrens, Fritz: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin 1957, S. 105–140; Benary, Arne: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: ebd., S. 62–94. **5** Vgl. Harich, Wolfgang: Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Entwurf (November 1956), in: ders.: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993, S. 111–160. **6** Die Texte erschienen als Buch im Westen, das dann wieder in die DDR eingeschmuggelt wurde. Vgl. Havemann, Robert: Dialektik ohne Dogma, Reinbeck bei Hamburg 1964. **7** Bausoldaten waren seit 1962 Armeeangehörige, die keinen Waffendienst leisten mussten, sondern als Bautrupp eingesetzt wurden. **8** Ausführlich hierzu vgl. Gehrke, Bernd: «... Wir hatten ein besseres Land, eine bessere Welt im Kopf». Oder: Woher die Offene Arbeit in der Ev. Kirche der DDR kam und wohin sie ging, in: Buchgruppe Offene Arbeit (Hrsg.): Alles verändert sich, wenn wir es verändern, Heidelberg 2014, S. 11–64. **9** Vgl. Agde, Günter: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991. **10** Vgl. Gehrke, Bernd: Nix los im Staate DDR? Proteste der DDR-Bevölkerung im Jahre 1968, in: Seeck, Anne (Hrsg.): Das Begehren, anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster 2012, S. 44–58. **11** Zur Existenz konspirativer marxistischer Gruppen in Ostberlin vgl. den Beitrag von Markus Mohr in dieser Broschüre. **12** Vgl. Pleitgen, Fritz (Hrsg.): Die Ausbürgerung. Anfang vom Ende der DDR, Berlin 2001. **13** Vgl. Krug, Manfred: Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch, Berlin 2003. **14** Vgl. Neubert, Erhard: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997, S. 224–230. **15** Vgl. Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Hamburg 1977.

Markus Mohr

KONSPIRATIVE NEUE LINKE: DIE GRUPPE DER «KREIS» UND SEIN UMFELD

In der Zeit von Mai 1975 bis Oktober 1977 kam eine Gruppe von sechs ehemaligen Studenten der Humboldt-Universität zu Diskussionsrunden über politische Grundsatzfragen zusammen. Die sechs hatten am Fachbereich Philosophie studiert. Die Diskussionsrunden fanden konspirativ statt, weil eigenständige politische Diskussionen – zumal über solche Grundsatzfragen – außerhalb der offiziellen Strukturen als partei- und staatsfeindliche Gruppenbildung verfolgt wurden. Die Gruppe hatte sich selbst keinen Namen gegeben und wollte, so formulierte es Jahrzehnte später die Autorin Inga Wolfram, «das Konstruktionsprinzip der DDR untersuchen und verstehen, [...] um Ansätze zu finden, das scheinbar Unveränderliche zu verändern».¹ Ziel der Überlegungen und Analysen war die Erarbeitung eines politischen Aktionsprogramms. Anders formuliert: In der DDR sollte ein Rätssystem errichtet werden.

Die Aktivist*innen der Gruppe und in ihrem Umfeld waren Akademiker und SED-Mitglieder und begriffen sich als Marxist*innen. Zum Teil kamen sie aus alten kommunistischen Familien – kritische Geister, die die DDR selbst erzeugt hatte. Als sich die Gruppe im Mai 1975 erstmals zusammenfand, arbeiteten ihre Mitglieder am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), bei der *Berliner Zeitung*, in der Gewerkschaftsschule in Bernau oder als Forschungs- und Promotionsstudent*innen. Einer der Beteiligten, Klaus Wolfram, kritisierte seine Gruppe in der Rückschau einmal selbst als «Kinder der Bürokratie». Neben ihm gehörten zu dieser Gruppe Wolfgang Tempelin, Dieter Krause, Jan Lautenbach, Wolfgang Nitsche, Sebastian Kleinschmidt und Arnold Schölzel. Nach dem Untergang der DDR wur-

de im August des Jahres 1991 bekannt, dass Schölzel mit dem Decknamen «Andre Holzer» als IM für die Staatssicherheit gearbeitet hatte. Ihm gebührt das zweifelhafte Verdienst, die Tätigkeit dieser Gruppe, die von der Stasi unter dem operativen Vorgangsnamen «Kreis» (OV Kreis)² erfasst worden war, in Gestalt von 5.000 Seiten in den Akten der Staatssicherheit überliefert zu haben. Da er dies auch mit einem versteckten Tonbandgerät bewerkstelligte, zuweilen sogar auch mitgenommen auf Geburtstagspartys, bezeichnete Inga Wolfram ihn als ein «wandelndes Abhörgerät».³ Drei der Delinquenten aus dieser Gruppe waren schon einmal im Mai 1973 durch kritische Diskussionen auffällig geworden. Die Stasi vermerkte damals, dass es den Aktivist*innen in ihren Diskussionen um «Vorbehalte gegen den real existierenden Sozialismus – Missachtung der Arbeiterklasse – Unklarheiten über die führende Rolle der Partei» gehe. Die Diskussionstendenz laufe «auf eine Revision des Marxismus» hinaus, auf Positionen eines «ethischen Sozialismus» und bringe Standpunkte zum Ausdruck, wie sie von Robert Havemann vertreten werden würden.⁴ Später, im Dezember 1975, bescheinigt die Stasi einen «hohen Grad von Gesellschaftsgefährlichkeit», denn: Alle Verdächtigen zeigten eine durchweg «positive, kämpferische Haltung als Genossen», deren «fachliche Arbeit sehr hoch eingeschätzt» werde.⁵

Der Prager Frühling und eine Neue Linke in der DDR

Hier nahm sich die erste sozialistisch erzogene und marxistisch denkende DDR-Generation das Recht heraus, eigene Fragen an die gesellschaftliche Wirklichkeit der DDR zu stel-

len und den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis des Sozialismus zu reflektieren. Dabei war die Konstitution dieser Gruppe ein Wiederhall des Prager Frühlings 1968 und der Proteste in der DDR nach seiner gewaltsamen Niederschlagung. In der Zeit zwischen dem 21. August und dem 27. November 1968 wurden knapp über 500 Personen verhaftet, darunter auch Florian Havemann, der Sohn des oppositionellen DDR-Kommunisten Robert Havemann, die Sängerin Bettina Wegner und der Schriftsteller Thomas Brasch.⁶ Bei dem Gros der Verhafteten handelte sich jedoch vor allem um junge Arbeiter*innen und Lehrlinge. In den Berichten des MfS wurden ihnen «Aufwiegelung» gegen die Militärintervention, die Forderung nach Abzug der sowjetischen Trup-

pen ein «aufgeklärter Stalinismus» beschrieben wird.⁸ Die Phase des Hochstalinismus und seines offen terroristischen Charakters war vorbei, das Regime ging von einem «bekennenden Terror» zu einem Regime der «verdeckten Repression» über. So wurde nach dem Mauerbau 1961 und besonders nach 1971 die schrittweise Entstehung unabhängiger Kommunikations- und Interaktionsgemeinschaften möglich. Allerdings ließen sich Elemente einer organisierten Oppositionstätigkeit nur im «politischen Untergrund» realisieren, was im Ergebnis bedeutete, dass solche Gruppen lediglich auf kleinstem Niveau agierten. Klaus Wolfram fasste das nach dem Ende der DDR in die Worte: «Die rückhaltlose freie Aussprache, die bis zum Sturz der herrschenden Par-

«Wollte man den Dingen auf den Grund kommen, musste man sich erst gründlich entscheiden, dann aber auch gründlich isolieren. [...] Die Konspiration verhinderte die Tätigkeit nicht nur, sie war Bedingung dieser Opposition der 70er Jahre.»

pen aus der ČSSR und der DDR, die «Propagierung und Verherrlichung» der demokratisch-sozialistischen Veränderungen in der ČSSR «als Beispiel zu erstrebender Veränderungen in der DDR» vorgeworfen.⁷

Das Ende des Prager Frühlings bedeutete für diese Menschen nicht das Ende der sozialistischen Utopie. Durch die Ereignisse in der ČSSR wurde vielmehr sichtbar, dass sich im Osten überhaupt etwas verändern lässt. Hinzu kam die Gleichzeitigkeit des Aufbruchs einer jungen Generation in Ost und West, der sich quer durch die Dekade der 1970er Jahre zog. Die antikolonialen Entwicklungen, hier vor allem in der erfolgreichen Resistenz des Vietnam gegen den US-Imperialismus, strahlten ebenso aus wie die Auseinandersetzungen in Chile, Portugal, Griechenland und Spanien.

Dabei konnte sich die Neue Linke in der DDR in einem System bewegen, das von Gehrke als

teu und zu gemeinsamem Vorgehen der entwickelten osteuropäischen Länder gegen die degenerierende Sowjetunion vorstieß, war in einer gemütlichen Privat-Öffentlichkeit nicht zu verantworten. Wollte man den Dingen auf den Grund kommen, musste man sich erst gründlich entscheiden, dann aber auch gründlich isolieren. [...] Die Konspiration verhinderte die Tätigkeit nicht nur, sie war Bedingung dieser Opposition der 70er Jahre.»⁹

Allerdings konnte sich die Gruppe, die im OV «Kreis» vom MfS erfasst war, auf ihre Weise als Teil und als Fortsetzung der seit den 1960er Jahren existenten kritisch-marxistischen Intelligenz verstehen, die nach einer Verbindung von Freiheit und Sozialismus suchte. In der DDR galten insbesondere der hochdekorierte Widerstandskämpfer, Physikprofessor und SED-Volkskammerabgeordnete Robert Havemann, der antifaschistische Remigrant

Stefan Heym und der Liedermacher Wolf Biermann, der in Gedichten und Liedern derb über den Ulbricht-Stalinismus spottete, als wichtige Referenzpersonen für diese Haltung. Mit ihren im Geist eines «Dritten Weges» gegen marxistisch-leninistischen Dogmatismus und Stalinismus formulierten Positionen vertraten sie eine Art Reformkommunismus, der auf die Demokratisierung von Partei und Gesellschaft zielte. Dafür wurden sie offiziell geächtet, ihr Dissens mit der SED-Führung war aber öffentlich. Hier schritt die Gruppe «Kreis» mit ihrer von vornherein auf Konspiration angelegten Praxis vom Dissens zur Dissidenz, insofern kann das Agieren dieser Gruppe auch nicht mehr wie das der Vorgenannten als eine systemimmanente Opposition interpretiert werden.

Bereits auf ihrem ersten Treffen hatte die Gruppe verabredet, nach konspirativen Regeln zu arbeiten – und zu leben. Denn allen Beteiligten war klar, dass sie mit ihrer Idee, in der DDR etwas politisch Grundsätzliches infrage zu stellen, vor allem gegen die im DDR-Strafgesetzbuch existenten Paragraphen 106 und 107, «staatsfeindliche Hetze» und «staatsfeindliche Gruppenbildung», verstoßen würden – mit der Androhung von bis zu sechs Jahren Haft. Damit wurde in der DDR jede Art von selbstbestimmter Diskussion und erst recht autonomer Gruppenbildung verfolgt. In Kommunistischen Parteien galt seit Stalin die Gruppen- oder gar Fraktionsbildung als schlimmster Frevel, der unnachsichtig verfolgt wurde. Und eine «Gruppe» fing juristisch bei drei Personen an. Hinzu kam noch der Paragraph 100, «Staatsfeindliche Verbindungen», dem zufolge Kontakte zu linken Gruppen außerhalb der DDR mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden konnten. Da bestimmte Bücher in der DDR offiziell nicht oder nur extrem restriktiv für besondere Forschungskader zugänglich waren, kamen wissbegierige Ge-

noss*innen gar nicht darum herum, sich diese Literatur auch konspirativ zu beschaffen. Sowohl Beschaffung und Weitergabe gerade auch von linker Westliteratur sowie erst recht die systematische Erarbeitung und Verbreitung von Alternativen zum bestehenden Regime standen unter Strafe.

«Sozialismuskonzeption, die auf einem modernen Trotzismus beruht»

Der Historiker Henning Flaskamp hat die Diskussionen der Gruppe «Kreis» für seine Magisterarbeit ausgewertet und «Fragmente einer Plattform» rekonstruiert. Die Gruppe berief sich in ihren theoretischen Grundlagen auf das Studium der Klassiker Marx, Engels und Lenin, um danach Schriften zu rezipieren, die man offiziell in der DDR gar nicht haben durfte. Das Buch von Isaac Deutscher «Die unvollendete Revolution» wurde herangezogen, um die Frage «friedliche Koexistenz versus Revolution» zu erörtern. Später kamen Schriften von Ernest Mandel und Leo Trotzki hinzu. Letzterer übte auf die sozialistischen Dissident*innen einen besonderen Reiz aus, da der von Stalin Ermordete spätestens seit Ende der

1920er Jahre mit seiner Kritik an der Bürokratie als der bedeutendste kommunistische Ketzler galt. Die DDR und der Charakter ihrer Produktionsverhältnisse wur-

den dabei als eine «Übergangsgesellschaft» unter der Herrschaft der Bürokratie diskutiert. In der Perspektive sollte ihr mithilfe einer politischen Revolution die Praxis von Arbeiterselbstverwaltung und Rätedemokratie entgegengesetzt werden.¹⁰

Durch Schölzel gut unterrichtet, notiert die Verwaltung der Staatssicherheit Groß-Berlin Ende Oktober 1975: «Es geht diesen Personen um die Verunglimpfung und Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und perspektivisch um die Durchsetzung

Und eine «Gruppe» fing juristisch bei drei Personen an.

einer Sozialismuskonzeption, die auf einem modernen Trotzismus beruht.»¹¹

Natürlich wurden in der Gruppe immer auch aktuelle Ereignisse zum Gegenstand der Debatte. Und hier tauchte stets die Frage auf, wann der Zeitpunkt dafür reif sein könnte, auf politische Ereignisse auch öffentlich, zum Beispiel mit Flugblättern oder Plakatanschlägen, zu reagieren. Dabei wurden verschiedene Papiere mit der Idee entworfen, sie im Westen zu veröffentlichen. Inga Wolfram schreibt darüber: «Die Gruppe arbeitet weiter im Verborgenen und immer wieder ist es Dieter Krause, der auf Aktionen drängt. Er will Flugblätter mit Zitaten marxistischer Klassiker verteilen. Er will schneller Artikel im Westen veröffentlichen, damit man dort lesen kann, dass wir Marxisten sind. Eigentlich aber geht es um das Echo in der DDR – hier soll man wissen, dass es uns gibt, dass eine marxistische Opposition existiert.»¹² Andere Stimmen in der Gruppe warnten aber vor dem Schritt in die Öffentlichkeit. Und IM «Holzer» sitzt immer dabei.

«Der progressive, sozialistische Sinn der demokratischen Bedürfnisse»

Als ein außerordentlich bedeutendes Ereignis für die Geschichte dieser DDR-Oppositionsgruppe, sogar für die deutsch-deutschen Beziehungen zwischen Mauerbau (1961) und Mauerfall (1989) insgesamt, sollte sich die Entscheidung der ARD erweisen, das Konzert der IG Metall mit Wolf Biermann in Köln am 13. November 1976 republikweit und damit auch in die DDR hinein auszustrahlen. Dieses Konzert ließ die Staats- und Parteiführung der DDR zu dem widerlichen Mittel der Ausbürgerung greifen. In einem Kommentar im *Neuen Deutschland* wurde das von dem stellvertretenden Chefredakteur, Günter Kertzsch, mit der Bemerkung legitimiert: «Zur Staatsbürgerschaft gehört die Treuepflicht gegenüber dem Staat.» Und die sei von Biermann «bewusst und ständig grob verletzt» worden (Neues Deutschland

«Zur Staatsbürgerschaft gehört die Treuepflicht gegenüber dem Staat.»

vom 17.11.1976). Mit der Treuepflicht gegenüber dem Staat konnte sich Kertzsch gut aus, denn als SA- und NSDAP-Mitglied diente er bis zu seiner Kriegsgefangenschaft 1941 treu dem Dritten Reich, um sich irgendwann nach dem 8. Mai 1945 dazu zu entschließen, zur KPD zu konvertieren.¹³

Was auch immer man heute politisch Kritikwürdiges über Biermann sagen kann: Zeit seines Lebens ist er nie wieder der Idee des Kommunismus als Glücksverheißung der Menschheit so nahe gekommen wie in den Stunden seines fulminanten Bühnenauftritts im November 1976 in Köln.¹⁴ Inga Wolfram beschrieb ihr Erlebnis von «viereinhalb Stunden Biermann im Fernsehen» als «Weihnachten und Silvester zusammen», in Köln habe Biermann «uns auf die Bühne geholt, unsere Wut und unsere Hoffnungen. Etwas aufrührerisch, Irritierendes war in seinen Liedern, unerhört, schmerzhaft – und befreiend. Eine Liebeserklärung an unser Land.»¹⁵

Die Gruppe «Kreis» diskutierte die Frage hin und her, ob und wie sie auf die Biermann-Ausbürgerung reagieren sollte. Die Aktivisten standen vor einem großen Problem: Wie begibt man sich in die Öffentlichkeit? Allerorten brodelte es in der DDR, es kam zu Protestresolutionen und es gab auch Protestaktionen. Als Novum in der DDR-Kulturgeschichte unterzeichneten 106 zum Teil bekannte Schriftsteller*innen, Intellektuelle, Schauspieler*innen und Theaterleute eine Resolution unter dem Titel «Erklärung Berliner Künstler», die sich an die SED-Führung mit der Bitte richtete, die Ausbürgerung von Biermann zu überdenken.¹⁶ Während die Erstunterzeichner*innen, darunter Stephan Hermlin, Christa Wolf, Heiner Müller und Stefan Heym, von direkten Repressalien verschont blieben, wurden Jürgen

Fuchs, Gerulf Pannach und Christian Kunert, die Unterschriften sammeln wollten, verhaftet. Einem Aktivisten, der sein Auto mit dem Biermann-Slogan «So oder so, die Erde wird rot» schmückte, erging es genauso. Nach einer vom MfS am 15. Dezember 1976 erstellten Übersicht gingen nach der Biermann-Ausbürgerung 400 Protestschreiben an staatliche Stellen ein, im Land wurden etwa 1.100 «Hetzflugblätter» festgestellt, 180 «Hetzlosungen» entfernt, und es kam zu 101 Festnahmen, von denen 42 Leute inhaftiert wurden.¹⁷

Kurz danach, im Januar 1977, erschien im *Info* des Sozialistischen Osteuropakomitees aus West-Berlin ein «Brief oppositioneller SED-Mitglieder an W. Biermann».¹⁸ In ihrem Schreiben erklärten sie, dass die Ausbürgerung der «Sache des Kommunismus und den Interessen unseres sozialistischen Landes, der DDR, aufs Äußerste schadet». Sie sei lediglich dazu angetan, «die weitere sozialistische Entwicklung zu behindern und der reaktionären bürgerlichen Propaganda gegen den Sozialismus Schützenhilfe sowie Illusionen über die bürgerliche Demokratie Vorschub zu leisten.» Zugleich bewerteten sie die Repression als einen «wohlgezielten Schlag gegen die sich in den letzten Jahren wachsend äußernden demokratischen Aktivitäten bei Arbeitern, Angestellten der Intelligenz und besonders bei Jugendlichen». Der Schlag gelte aber auch den «in unserer Partei zunehmenden oppositionellen Tendenzen der Mitglieder gegen ihre Entmündigung durch den Parteiapparat».¹⁹

Ähnlich äußerte sich auch die Gruppe «Kreis» im Januar 1977 in einer Stellungnahme zur Bedeutung der Proteste gegen die

Biermann-Ausbürgerung.²⁰ Durchaus hoffnungsfroh sah sie hier einen «Ruck in der öffentlichen Meinung und politischen Beweglichkeit, die durch das ganze Land und alle gesellschaftlichen Schichten geht». Im Fall Biermann habe sich «der progressive, sozialistische Sinn der demokratischen Bedürfnisse artikuliert», in ihm habe sich «erstmalig die Spannweite» und das eigene «gesellschaftliche Gewicht» auch für die Existenz der eigenen Gruppe erwiesen.²¹

Die Erklärung «Brief oppositioneller SED-Mitglieder» wurde von einer oppositionellen Gruppe im Umfeld der Gruppe «Kreis» verfasst. Sie wurde vom MfS als OV «Opposition» und OV «Opposition-Dirigent» erfasst. Es war Mitgliedern von «Kreis» gelungen, einen konspirativen Kontakt zu ihr herzustellen. Verzahnt mit weiteren illegalen Gruppen, darunter OV «Geige», waren diese drei Gruppen Teil eines Netzwerks linker Untergrundgruppen in der DDR der 1970er Jahre. So gelang es beispielsweise der im OV «Opposition-Dirigent» ebenfalls bearbeiteten Gruppe um Jutta und Gunter Begenau sowie Burkhard Kleinert, eine Untergrundbibliothek mit linker Literatur aufzubauen, deren Bücher anderen Oppositionellen zugänglich gemacht wurden. Sie bestand bis zum Ende der DDR. Hunderte Exemplare von Rudolf Bahros Buch «Die Alternative» hatte die Gruppe in die DDR geschmuggelt und an Oppositionelle verteilt.²²

Auch die Gruppe «Kreis» hatte ihre Westverbindung zu einer linken Gruppierung, der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), die sich zur IV. Internationale zählte. Als sie sich im Mai 1977 bei einem illegalen Büchertrans-

«Operativ bedeutsame Personen aus den Zielgruppen des Feindes sind Besitzer, Verbreiter und Diskutanten pseudomarxistischer, revisionistischer, trotzkistischer und maoistischer Literatur sowie wiederholte kritische Analytiker der Parteibeschlüsse und der Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft.»

port via Transitstrecke zwischen Westberlin und BRD mit trotzistischen Schriften eindecken wollte, setzte die Stasi ihrer Existenz ein Ende. Mit dem Schmuggel von Literatur hatte die Stasi strafrechtlich relevantes Material für eine Verurteilung, ohne dass die eigentlichen politischen Hintergründe thematisiert werden mussten. Alle, auch Schölzel, wurden verhaftet – bis auf Jan Lautenbach, auf den der Spitzelverdacht gelenkt worden war, um den echten IM zu decken. Als Kinder von Widerstandskämpfer*innen und SED-Funktionär*innen kamen die sechs Aktivisten mit Parteiausschlüssen und Berufsverboten halbwegs glimpflich davon. Anders als erwartet, musste keiner von ihnen in den Knast. Ähnlich erging es den beiden anderen erwähnten Oppositionsgruppen.

Die nach der Biermann-Ausbürgerung anhaltende Repression sollte auf ihre Weise für das allmähliche Ende der Bestrebungen für die Konstitution einer Neuen, marxistischen, Linken in der DDR sorgen. Dabei ist festzuhalten, dass es sich hier in erster Linie zunächst einmal zentral um eine Art Lektürebewegung gehandelt hatte. Vom MfS wurde das auch so gesehen. In einer zeitgenössisch verfassten Stasi-Abhandlung wurde ein derartiges Literaturwissen im Horizont staatlicher Repression wie folgt qualifiziert: «Operativ bedeutsame Personen aus den Zielgruppen des Feindes sind Besitzer, Verbreiter und Diskutanten pseudomarxistischer, revisionistischer, trotzkistischer und maoistischer Literatur sowie wiederholte kritische Analytiker der Parteibeschlüsse und der Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft.» Typisch sei eine «Zirkeltätigkeit mit Analyse und Kritik der Wirklichkeit und der Prüfung der Passfähigkeit der Realität mit den Klassikeraussagen, ein zielgerichtetes Studium der Geschichte der kommunistischen Parteien und der Arbeiterbewegung, der Gedankenaustausch und Niederschriften zu konspirativen Vorstellungen der Veränderung des real existierenden Sozialismus».²³

Es kennzeichnet den Wirklichkeitsverlust der Staatssicherheit, den Protagonist*innen einer solchen Lektürebewegung mit ihren enormen Anstrengungen, gesellschaftstheoretische Reflexionen zu betreiben, die Markierung eines «hohen Grades von Gesellschaftsgefährlichkeit» (MfS-Oberleutnant Bachmann) unterzuschieben. Nein, die am Exempel Biermann repressiv eingeforderte «Treuepflicht gegenüber dem Staat» war für viele Aktivist*innen aus der Intelligenz – bis auf Arnold Schölzel – nicht mehr zu ertragen.

1 Wolfram, Inga: Verraten. Sechs Freunde, ein Spitzel, mein Land und ein Traum, Düsseldorf 2009, S. 10. **2** Operativer Vorgang (OV) ist die Bezeichnung für den administrativen Vorgang bzw. den Maßnahmenkatalog des MfS zur Überwachung und Verfolgung oppositioneller Gruppen. **3** Wolfram: Verraten, S. 82. **4** Ebd., S. 55. **5** Ebd., S. 101 f. **6** Havemann, Florian: 68er Ost, in: UTOPIE kreativ 164, Juni 2004, S. 544–556. **7** Gehrke, Bernd: Nix los im Staate DDR? Proteste der DDR-Bevölkerung 1968, in: Seck, Anne (Hrsg.): Das Begehren, anders zu sein. Politische Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster 2012, S. 342–377, hier S. 54. **8** Gehrke, Bernd: Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er und 1970er Jahre, in: Ansorg, Leonore/Gehrke, Bernd/Klein, Thomas/Kneip, Danuta (Hrsg.): «Das Land ist still – noch!» Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989), Köln/Weimar/Wien 2009, S. 204. **9** Wolfram, Klaus: Geschichte des guten Willens. Skizzen aus der Opposition, Folge 1–11, in: Sklaven (Zeitschrift) 1/1994 bis 25/1996. **10** Flaskamp, Henning: Die Plattform der kommunistischen Gruppe «Kreis» (1975–1977) aus Ost-Berlin, (Magisterarbeit am Fachbereich Geschichte der HU Berlin) vom 25.10.2010, S. 2–8. **11** Wolfram: Verraten, S. 90. **12** Ebd., S. 99. **13** Vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung: Biographische Datenbanken, Kertzscher, Günter, unter: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363;-1424.html?ID=1678. **14** Vgl. DVD Wolf Biermann: Das Kölner Konzert am 13.11.1976. **15** Wolfram: Verraten, S. 138. **16** Erklärung Berliner Künstler vom 17.11.1976, (zur Ausbürgerung von Wolf Biermann), unter: www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_e&dokument=0213_bie&object=facsimile&le-de. Vgl. auch: Dietrich, Gerd: Kulturgeschichte der DDR, Bd. 2, Göttingen 2018, hier vor allem die Kapitel «Grenzen der Toleranz» und «Der Biermann-Eklat», S. 1562 ff. **17** Ministerium für Staatssicherheit: Zu einigen feindlich-negativen, provokatorisch-demonstrativen und anderen politisch-operativ bedeutsamen Handlungen, die von Bürgern der DDR im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR von Biermann begangen wurden, Berlin vom 15.12.1976, in: Pleitgen, Fritz: Die Ausbürgerung, München 2001, S. 366–371. **18** O. N.: Brief oppositioneller SED-Mitglieder an W. Biermann, in: Sozialistisches Osteuropakomitee Info (SOK Info) 20–21, Januar 1977, S. 37–40, hier S. 37. **19** Ebd. **20** Wolfram: Verraten, S. 155. **21** Ebd. **22** Gehrke: Die neue Opposition, S. 209 f. **23** Ministerium für Staatssicherheit: Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 2. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980, MfS, JHS 001 – 1/80/, zitiert nach: Klein, Thomas: «Frieden und Gerechtigkeit!» Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Zeithistorische Studien, hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 38, Köln 2007, S. 103 f.

Anne Seeck

«WAS HAT DAS MIT UNSERER SAUBEREN GESELLSCHAFT ZU TUN?»¹

ÜBER STAATLICHE REPRESSIONEN GEGEN PUNK UND ANDERE SUBKULTUREN IN DER DDR

Das Bild der DDR ist heiß umkämpft. Das gilt auch für die Darstellung der Subkultur in den 1980er Jahren. Es gibt mittlerweile zahlreiche Erlebnisberichte von ehemaligen Punker*innen und Beschreibungen der Subkulturen – interessanterweise für Ost und West.² Dabei fällt auf, dass in den Darstellungen so etwas wie Sehnsucht nach einer irgendwie auch schönen Zeit dominiert, in der man in relativer Freiheit ein unangepasstes Leben führen konnte. Es wird sogar von einer «glücklichen Zeit der Performance»³ gesprochen, die Hippies und Punker*innen in Ostberlin ab Mitte der 1980er Jahre erlebt hätten. Es scheint also dringend notwendig, an die Erfahrungen der staatlichen Repression, der diese zumeist jugendlichen Menschen ausgesetzt waren, zu erinnern.

Die Kriminalisierung von Unangepassten

Nehmen wir das «Recht auf Arbeit» in der DDR. Es war einfach, in der DDR einen Job zu bekommen. Man musste nicht regelrecht um Lohnarbeit betteln wie im kapitalistischen Bewerbungsmarathon. Aber die Kehrseite war die «Pflicht zur Arbeit», flankiert von einem «Asozialengesetz», Paragraph 249 des Strafgesetzbuches der DDR.⁴ Wer «arbeits-scheues Verhalten» zeigte, konnte bis zu zwei Jahre inhaftiert werden. So wurden Beatfans zur Arbeitserziehung eingesperrt. Ihnen wurden gewaltsam die Haare geschnitten und sie mussten im Tagebau Zwangsarbeit leisten. Punker*innen kriminalisierte der Staat

zum Teil noch bis Ende der 1980er Jahre wegen «Asozialität». Das hieß auch, dass es kein Arbeitslosengeld für Arbeitsfähige gab, also nicht einmal eine Art «Hartz IV», sondern gegebenenfalls Knast, wie das Schicksal folgender Punks zeigt:

«Krug, Storch und Mucke kamen aus Neuenhagen am Rande von Berlin. Sie hatten keinen Bock mehr auf Arbeit und kamen auf die Idee,

«Anklagen wegen Selbstverstümmelung und asozialen Verhaltens brachten acht bis zwölf Monate Knast.»

sich gegenseitig die Finger mittels einer Eisenstange zu brechen. Finger auf Tischkante, Schluck Blauen Würger, Augen zu. Die Stange traf mit voller Wucht, der Staat ebenso. Anklagen wegen Selbstverstümmelung und asozialen Verhaltens brachten acht bis zwölf Monate Knast. Um die Verurteilten langfristig aus dem Verkehr ziehen zu können, gab's nach der Entlassung Berlinverbot, Meldepflicht und Arbeitsplatzbindung. Natürlich war vorauszusehen, dass die Auflagen nicht eingehalten werden würden, und erneute Inhaftierung war die Folge.»⁵

Für die Kriminalisierung von Unangepassten war eine Reihe neuer politischer Paragraphen geschaffen worden: Mithilfe des Paragraphen 106 des Strafgesetzbuches («Staatsfeindliche Hetze») wurden über Jahrzehnte hinweg die Weitergabe von linken Büchern oder die Herstellung und Verteilung von Flugblättern bestraft, die mit Bezug auf Marx die Bürokratie kritisierten. 1968 diente der

Paragraf dazu, Menschen zu verurteilen, die «Dubček» an eine Wand gepinselt hatten, um gegen den Einmarsch in die ČSSR zu protestieren. Paragraf 220 des Strafgesetzbuches («Öffentliche Herabwürdigung») in der Fassung vom 28. Juni 1979 sanktionierte, wer «in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt [...] mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel». Weitere Paragrafen betrafen zum Beispiel «staatsfeindliche Verbindungen» und «staatsfeindliche Gruppenbildung», «Rowdytum»,⁶ «Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit». Es gibt unterschiedliche Zahlen über die Anzahl der politischen Häftlinge in der DDR. Sie schwanken in der Regel zwischen 150.000 und 280.000. Herbert Kierstein und Gotthold Schramm, beide beim MfS der DDR, nannten in der *Jungen Welt* die Zahl von 50.000 politischen Häftlingen.⁷

Subkulturelles Leben in der Provinz

Jede Bewertung der Situation subkulturellen Lebens in der DDR – wie wahrscheinlich in anderen Ländern auch – muss zwischen der Provinz, kleinen Städten und Großstädten unterscheiden. Und wie überall war auch in der DDR-Provinz ein Leben als Aussteiger*in schwerer zu führen als in der Großstadt. Dennoch gab es genau das in vielen kleinen Orten. Zum Beispiel verbrachten die «Blueser» dort ihre Freizeit. Sie hörten Bluesmusik. Ihr DDR-spezifisches Outfit bestand aus Kutten, Jesuslatschen (Römersandalen), Hirschbeuteln, Jeans, Tramper (Wildlederschuhe) oder Fleischerhemden. «Hochburgen der Szene waren private Kneipen und Tanzsäle im dörflichen Süden der DDR und an der Peripherie größerer Städte. Dort führten geschäftstüchtige Betreiber ein anarchisches Regime,

das sich um Hygiene, Jugend- und Brandschutz ebenso wenig kümmerte wie um die Zulassung der Bands. Wer den Eingang passiert hatte, betrat quasi rechtsfreien Boden. [...] Neben den Nischen besetzten die Blueser auch offizielles Terrain. Sie okkupierten traditionelle Freiluftveranstaltungen wie Städtejubiläen, Volks-, Heimat- und Pressefeste. [...] Beliebte Wallfahrtsziele waren etwa das Schleizer Dreiecksrennen, der Weimarer Zwiebelmarkt, das Pfefferbergfest in Schmölln oder der legendäre Wasunger Karneval. Hier kam es regelmäßig zum Crash mit der Staatsmacht, Gummiknüppel, Hundestaffeln und Verhaftungen gehörten zur Standardbilanz.»⁸

Es gab auch jene, die in Kirchenräumen Schutz fanden. Andere wollten oder konnten das nicht, denn nicht immer stand der Kirchenraum für unangepasste Jugendliche bereit, wie ein Beispiel aus Halberstadt zeigt. In der Wohnung von Sabine Schneider, die einen Antrag auf Ausreise aus der DDR gestellt hatte, um zu ihrem Verlobten nach Westberlin zu kommen, trafen sich Mitte der 1980er Jahre junge Leute aus der kleinen Stadt im Harzer Vorland. Sie hörten Musik, tauschten Bücher aus, stylten ihre Punkfrisuren oder trafen sich zur Verabschiedung von Wehrpflichtigen aus ihren Reihen, um ihnen selber die Haare zu schneiden. Unter ihnen zwei Krankenschwestern, eine Studentin der Landwirtschaft, zwei Lehrlinge aus Halberstädter Betrieben und drei Schüler. Das MfS hatte – zunächst über eine Abhöreranlage, später mithilfe eines zweiten IMs – alle Personen erfassen können. Unter ihnen einige Antragsteller*innen auf Ausreise, was für den ansässigen Pfarrer der Grund gewesen war, dieser Gruppe einen Raum zu verweigern. Von der Staatssicherheit wurden die Personen dieser Gruppe nur als «asoziale Elemente» bezeichnet. Als die Stasi erfuhr, dass Sabine Schneider Kontakte zur Jenaer Friedensgruppe hatte, war sie alarmiert; es galt, «kein zweites Jena zuzulassen». Jetzt be-

gannen die «Zersetzungsmaßnahmen», Sabine Schneider verlor ihre Arbeit, es wurde an ihrer Isolierung in der kirchlichen Friedensbewegung gearbeitet, die Gruppe zerfiel. Sabine Schneider konnte zwei Jahre später ausreisen.⁹ Ein offenes Punkleben war im Kreis Halberstadt schwer möglich.

Subkulturelles Leben in der Großstadt

In Berlin und ansatzweise auch in anderen Städten wie etwa Leipzig¹⁰ wurde in den 1980er Jahren die Arbeitspflicht von immer mehr unangepassten Jugendlichen und ebenso von der künstlerischen Boheme im Prenzlauer Berg umgangen. Der Dichter Bert Papenfuß sagte dazu, dass sie die extreme Bedrohung wegen «Asozialität» nicht mehr gespürt hätten: «Wir haben uns schon manchmal unwohl gefühlt, aber bedroht, Angst vorm Gefängnis deswegen hatten wir nicht.»¹¹ Überhaupt wäre das eine gute Zeit für die Boheme gewesen, so wie sie in einigen Publikationen beschrieben wird.¹² Viele in der Subkultur hatten mit der DDR abgeschlossen und lebten alternative Lebensentwürfe fern jeglicher staatlicher Strukturen. Möglich wurde das, weil die Miet- und Lebenshaltungskosten gering waren. Mieten, Strom, Wasser, Gas, Verkehrsmittel und Grundnahrungsmittel (ebenso das Bier) waren billig. Die Szene fertigte Kleidung, Schuhe, Lederwaren, Töpferwaren und Spielzeug selbst an. Beliebt waren auch Ohringe und Lampenschirme, die reißenden Absatz fanden.

Ebenso offenbarten sich im Alltag der Subkultur die zunehmenden Freiräume. Viele «abweichende» Jugendliche zogen aus der Provinz in die Großstädte und besetzten dort leer stehenden Wohnraum, der sich allerdings meis-

tens als eine Bruchbude entpuppte. «Man stelle sich ein Land vor, in dem man einfach in eine leer stehende Wohnung einziehen kann, ohne Mietvertrag, ohne Wasser und Strom zu bezahlen. Das einzige, was man braucht, ist eine polizeiliche Anmeldung. Das ist oft reine Formsache, im Notfall helfen kleine Tricks», so beginnt das Buch «Schwarzwohnen».¹³ Der Staat verlor den Überblick, wer in den still und heimlich besetzten Wohnungen lebte.

Diese Erfahrungsberichte zeigen, dass eine linke Aufarbeitung, die vor allem die Freiräume, Nischen und Möglichkeiten der 1980er Jahre in der DDR namentlich in den Großstädten beschreibt, dies tut, indem sie die zeitgleich ablaufenden Repressionen aus der Erinnerung streicht.

Staatliche Repression ohne jede Öffentlichkeit

Nicht vergessen werden darf vor allem, dass, wer einmal in die Mühlen der Repression geraten war, kaum wieder daraus freikam. Dieter «Otze» Ehrlich, Punkmusiker in der DDR, erlebte das strafrechtliche Repressionssystem der DDR und anschließend das psychiatrische System der BRD. Als die Musik seiner Band «Schleimkeim» im Westen auf einer Platte veröffentlicht wird, beginnt der Ärger. Otze kommt dafür vier Wochen in Untersuchungshaft. Immer wieder gerät er bis Ende der DDR in den Knast. Eine Auswahl der Paragraphen, mithilfe derer er belangt wurde: Paragraph 100 («Staatsfeindliche Verbindungen»),¹⁴ die Paragraphen 158 und 177 («Diebstahl»), Paragraph 249 («Asozialität»), Paragraph 215 («Rowdytum»), Paragraph 219 («Ungesetzliche Verbindungsaufnahme»),¹⁵ Paragraph 220 («Staatsverleumdung»). 1995 begann der «Wahnsinn» von Otze. Dreimal war er in der

Nicht vergessen werden darf vor allem, dass, wer einmal in die Mühlen der Repression geraten war, kaum wieder daraus freikam.

geschlossenen Psychiatrie in Erfurt. 1998 räumte Otzes Vater sein Zimmer leer und warf alles weg. Der Vater wollte ihn entmündigen lassen. 1999 erschlug Otze seinen Vater mit der Axt. 2005 kam Dieter Ehrlich in der Forensik ums Leben.¹⁶

«Wir sind keine Rolling-Stones-Macht, sondern eine Arbeiter- und Bauern-Macht»

Für viele Linke ist es heute selbstverständlich zu studieren. Auch brauchen Männer keinen Wehrdienst zu leisten. In der DDR war das vollkommen anders. Im subkulturellen Milieu gab es kaum Student*innen, denn um für eines der begehrten Studienfächer zugelassen zu werden, waren in den 1980er Jahren Systemloyalität und die Herkunft aus einem Akademiker- und Funktionärselternhaus die richtigen Voraussetzungen. Dazu gehörte auch, dass, wer studieren wollte, ein «richtiges» Wahlverhalten haben musste und dass sich die männlichen Studienanwärter zu einer dreijährigen Ausbildung bei der Nationalen Volksarmee zum Unteroffizier verpflichten sollten. Wer schon in der Schule als abweichender Jugendlicher auffällig war, hatte kaum Chancen, studieren zu können. Wenn die jungen Männer Bausoldaten¹⁷ wurden, war höchstens noch ein Theologiestudium möglich. Für junge Menschen, die sich «abweichend» verhielten, aber ihre Chance zum Studium nicht verbauen wollten, gab es also einige Möglichkeiten, sie unter Druck zu setzen. Allerdings dachten wohl nur wenige aus der DDR-Subkultur daran, Karriere machen zu wollen. Wer so lebte, stand in Opposition zum Staat.

Schwerwiegender waren die Konsequenzen für junge Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft auffällig waren, die sich nicht an den zugewiesenen Arbeitsstellen einfügen konnten oder die zur falschen Zeit die falsche Musik hörten. Sie landeten in Heimen, Ju-

gendwerkhöfen¹⁸ und oftmals im Gefängnis. Die Staatsmacht in der DDR führte seit den 1950er Jahren einen Dauerstreit um die Freizeitgestaltung von abweichenden Jugendlichen. Es ging um ihre Moden und vor allem die Musik. Zuerst standen der Jazz¹⁹ und der Rock 'n' Roll,²⁰ in den 1960er Jahren die Beatmusik, in den 1970ern die Hippiekultur und die Welt der Blueser und in den 1980er Jahren die Punkszene im Fokus der Sicherheitsbehörden. Die *Junge Welt* titelte: «Wir sind keine Rolling-Stones-Macht, sondern eine Arbeiter- und Bauern-Macht.»²¹

«Politisiert wurden wir erst dadurch, dass wir kriminalisiert wurden»

Viele Jugendliche – ein typischer Vorgang nicht nur in der DDR – wurden erst aufgrund der Repression politisiert. So organisierten sich Punker*innen in Ostberlin in der Offenen Arbeit²² und der Kirche von Unten (KvU).²³ Hier diskutierten sie viel, auch über politische Themen, oder organisierten eigenständige Treffen. Henryk Gericke berichtete: «Politisiert wurden wir erst dadurch, dass wir kriminalisiert wurden. [...] Durch die Geschichte der DDR zieht sich die Drangsalierung von Jugendkulturen, doch keine wurde derart aggressiv von der Stasi betreut wie die Punkszene. [...] Es gab Auflagen. Das fing an beim Kettenkarussellverbot im Plänterwald.²⁴ Es gab Alexanderplatz-Verbot. Es gab Berlin-Verbot. [...] Gefürchtet war die sogenannte Arbeitsplatzbindung.»²⁵

Derselbe Vorgang einer Politisierung durch Kriminalisierung findet sich bei all jenen, die einen Ausreiseantrag stellten. Waren sie zu Beginn ihrer Antragstellung oftmals noch ganz «unbescholtene» Bürger*innen, im Laufe der Wartezeit auf die Ausreise wurden sie vielfach zu regelrechten «Staatsfeinden». Dass diese Entwicklung keine Ausnahme war, hat Renate Hürtgen in ihrer Mikrostudie über den Kreis Halberstadt beschrieben.²⁶

Repression hatte viele Gesichter

Ein Mittel der Repression war die Zersetzung oder die Erpressung durch die Stasi. Diese Methoden wurden in den 1980er Jahren bevorzugt angewandt. Sie lösten zum Teil die offene Repression ab und trugen erheblich dazu bei, dass sich in den Nischen eingerichtet werden konnte. Erst die Enthüllungen der Nachwendezeit brachten ans Licht, wie hoch der Anteil der Zuträger*innen der Stasi in diesen Kreisen gewesen war. Ihre Informationen dienten häufig dazu, die Gruppen zu zerstören oder zu melden, ob jemand beabsichtigte zu flüchten. Das MfS versuchte häufig, sozial deklassierte und «kriminell gefährdete» junge Menschen als IM zu gewinnen. Sie wurden erpresst und es wurde ihnen Straffreiheit oder Strafmilderung versprochen. Doch so leicht hatte es die Stasi nicht, Inoffizielle Mitarbeiter (IM) für Spitzeltätigkeiten in der subkulturellen Szene zu platzieren. Einige von ihnen offenbarten ihre Stasitätigkeit. Bei den Bausoldaten war es besonders schwierig, IM zu finden. Insgesamt lag der Anteil der IM im Alter zwischen 14 und 25 Jahren bei etwa 17.000, oftmals waren es Student*innen und Wehrpflichtige.²⁷

Repressionen gegen Ausreisewillige

Eine weitere Konfrontationslinie war die Ausreise. Viele in der Subkultur sahen nur noch in einem Ausreiseantrag eine Perspektive. Oder in der Flucht. Dabei war die Inhaftierungspraxis sehr willkürlich, oft war nicht nachvollziehbar, warum bestimmte Personen ins Netz gerieten. Genauso willkürlich ohne rechtlichen Schutz gestaltete sich das Antragsverfahren. Die Logik im Umgang mit den Ausreisewilligen war schwer durchschaubar. In den 1980er Jahren bildeten die Ausreisewilligen und die «Republikflüchtigen» die größte Gruppe unter den politischen Gefangenen in den DDR-Gefängnissen. 1977 waren ge-

zielt die Paragraphen 214 («Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit») sowie 220 («Öffentliche Herabwürdigung») novelliert worden. Sie dienten dazu, Ausreisewillige und alle, die sich dem staatlichen Gewaltmonopol nicht beugen wollten, zu kriminalisieren. Und sie waren gut geeignet, Inhaftierte, die nach diesen Paragraphen verurteilt worden waren, für den Freikauf in den Westen anzubieten.²⁸

Fazit

Während sich am Ende der 1980er Jahre vor allem in den Großstädten der DDR eine Jugend- und Kulturopposition gebildet hatte, die sich im halböffentlichen Raum unter dem Dach der Kirche Freiräume erobern konnte, richtete sich die ganze Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf die, die das Land verlassen wollten. Neben der gut kontrollierten literarischen und subkulturellen Szene in Kirchenräumen hatte sich in der DDR der 1980er Jahre ein jugendliches Protestpotenzial gebildet, das seine Gegnerschaft zum Staat dadurch zum Ausdruck brachte, dass es «nichts als raus» wollte. Diese Jugendlichen stießen an Grenzen und auch eine vermeintlich prosperierende Parallelgesellschaft der Subkultur, in der sich anscheinend gut – freilich nur innerhalb der Möglichkeiten, die der SED-Staat bot – leben ließ,²⁹ konnte sie nicht aufhalten. Die Flucht- und Ausreisewelle im Sommer 1989, getragen von vielen Jugendlichen, belegt, dass das Gros der Jugendlichen eben keine Nischen in der DDR gefunden hatte, in denen sie sich gut hätten einrichten können. Die Massenfluchten von Jugendlichen und deren offene Gegnerschaft zum Staat DDR machte der Staatssicherheit mehr Sorgen als illegale Lesungen in einer besetzten Wohnung. Wer aus seiner Nische herauskam, den halböffentlichen Raum der Kirche verließ oder sein Anderssein auf die Straße trug, hatte bis zum Ende der DDR mit staatlichen Repressionen zu rechnen.

1 Interview mit Herrn Schmidt (30 Jahre beim Ministerium für Staatssicherheit), zit. nach: Rauhut, Michael/Kochan, Thomas (Hrsg.): *Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin 2004, S. 126f. 2 Vgl. Willmann, Frank (Hrsg.): *Leck mich am Leben: Punk im Osten*, Berlin 2012; *Wesensbitter, Mikis: Wir hatten ja nüscht im Osten ... nich' ma Spaß!*: Die ganze Wahrheit über '89, Berlin 2015; *Westen: Sub Opus 36 e. V.* (Hrsg.): S036. 1978 bis heute, Berlin 2016; Engelmann, Jonas (Hrsg.): *Damaged Goods*, 150 Einträge in die Punk-Geschichte, Mainz 2016. 3 Moldt, Dirk: *Wahr ist das, was geglaubt wird*, in: Willmann: *Leck mich am Leben*, S. 159. 4 Korzilius, Sven: «Asoziale» und «Parasiten» im Recht der SBZ/DDR – Randgruppen im Sozialismus zwischen Ausgrenzung und Repression, Köln/Weimar/Wien 2005; Korzilius, Sven: «Asoziale» und das Ende der DDR, in: Seeck, Anne (Hrsg.): *Das Begehren, anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR*, Münster 2012. 5 Boehlke, Michael/Gericke, Henryk: *too much future – Punk in der DDR*, Berlin 2007, S. 40. 6 Paragraph 215 («Rowdytum») konnte auch für politische Urteile genutzt werden: «Wer sich an einer Gruppe beteiligt, die aus Missachtung der öffentlichen Ordnung oder der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens Gewalttätigkeiten, Drohungen oder grobe Belästigungen gegenüber Personen oder böswillige Beschädigungen von Sachen oder Einrichtungen begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Haftstrafe bestraft.» 7 «Vom Haß zur Lüge», in: *Junge Welt*, 15.1.2010. 8 Rauhut/Kochan: *Bye bye, Lübben City*, S. 60. Siehe auch: Rauhut, Michael: *Das Kunden-Buch: Blues in Thüringen*, Erfurt 2011; Mey, Günter (Hrsg.): *Jugendkultur in Stendal: 1950–1990: Szenen aus der DDR – Porträts und Reflexionen*, Berlin 2018. 9 MS «Hans Höllmann» BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP, Nr. 1391/84 (OV «Asyl»), zit. nach: Hürtgen, Renate: *Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz*, Göttingen 2014, S. 191–193. Der Name ist anonymisiert. 10 Remath, Connie/Schneider, Ray (Hrsg.): *Haare auf Krawall, Jugendsubkultur in Leipzig 1980–1991*, Leipzig 1999. 11 Bert Papenfuß im Interview, zit. nach: Seeck: *Das Begehren*, S. 184. 12 Trotz Kritik am System scheint immer wieder Nostalgie durch. Vgl. u. a. Kaiser, Paul/Petzold, Claudia: *Boheme und Diktator in der DDR*, Berlin 1997; Voigt, Jutta: *Stierblutjahre. Die Boheme des Ostens*, Berlin 2016. 13 Grashoff, Udo: *Schwarzwohnen*, Göttingen 2011, S. 9. Hier sei auch auf den aktuellen Artikel zu Schwarzwohnen und Hausbesetzungen in der DDR von Dietmar Wolf in dem Buch «Mieterkämpfe» verwiesen: Mattern, Philip (Hrsg.): *Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin*, Berlin 2018. 14 Kam zur Anwendung, wenn man Kontakte zu

linken Gruppen hatte. 15 Kam zur Anwendung, wenn ein*e Punker*in zu Punkgruppen im Westen Kontakt hatte. 16 Hahn, Anne/Willmann, Frank: *Satan, kannst du mir noch mal verzeihen. Otze Ehrlich, Schleimkeim und der ganze Rest*, Mainz 2008. 17 Es gab eine Wehrpflicht. Ein Zivildienst existierte in der DDR nicht. Bausoldaten (ohne Waffe) mussten militärische Anlagen bauen. Wer als Soldat auffällig wurde, konnte in Schwedten landen. Vgl. Wenzke, Rüdiger: *Ab nach Schwedt! Die Geschichte des DDR-Militärstrafvollzuges*, Berlin 2011. 18 Hier sollten die Jugendlichen umerzogen werden. Die Einweisung der 14- bis 18-Jährigen übernahm die Jugendhilfe (Jugendamt), die dafür kein Gerichtsurteil benötigte. Gegen die Entscheidung gab es keine Möglichkeit des Einspruchs. Gründe waren sozial auffälliges Verhalten, Schulverweigerung, aber auch eine abweichende politische Gesinnung sowie eine Vorliebe für die westliche Jugendmusikultur. blieb ein «Umerziehungserfolg» aus, wurden die Jugendlichen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau gebracht. 19 Blobel, Uli u. a. (Hrsg.): *Woodstock am Karpfenteich: Die Jazzwerkstatt Peitz*, Peitz 2011. 1982 wurde die Jazzwerkstatt in Peitz verboten. 20 Janssen, Wiebke: *Halbstarke in der DDR*, Berlin 2010. 21 Ohse, Marc-Dietrich: *Jugend nach dem Mauerbau*, Berlin 2003, S. 98. 22 Die Offene Arbeit (OA) verstand sich als nicht hierarchischer Raum für jene Menschen, die in den staatlichen Institutionen keine Heimat finden konnten. Eine konfessionelle Bindung an die Kirche wurde dabei nicht erwartet. Walter Schilling gilt als eigentlicher Vater der OA in der DDR. Vgl. Buchgruppe *Offene Arbeit* (Hrsg.): *Alles verändert sich, wenn wir es verändern. Die Offene Arbeit im Wandel der Zeiten (1979–2014)*, Heidelberg 2014. 23 Seit 1985 verhandelte die OA um Räume. Vom 24. Juni bis 26. Juni 1987 fand in Berlin-Friedrichshain der (systemkritische) Kirchentag von unten statt – mit ca. 6.000 Besucher*innen. Motiviert durch den großen Zuspruch beschlossen die Organisator*innen die Gründung der KvU. Nach einem Jahr bekamen sie Räume. Die KvU gibt es noch heute in der Storkower Straße in Berlin. 24 Dort trafen sich die Punks, weil sie Innenstadterbot hatten. 25 Henryk Gericke zit. nach: Seeck: *Das Begehren*, S. 169f. 26 Hürtgen, Renate: *Der Charakter der hartnäckigen Antragsteller: Immer radikaler und politischer*, in: *Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz*, Göttingen 2014, S. 155–194. 27 Mothes, Jörn/Fienbork, Gundula/Pahnke, Rudi u. a. (Hrsg.): *Beschädigte Seelen – DDR-Jugend und Staatsicherheit*, Rostock/Bremen 2006. 28 Raschka, Johannes: *Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers*, Köln 2000, S. 105–117. 29 Dirk Moldt, zit. nach: Seeck: *Das Begehren*, S. 223.

Renate Hürtgen

DER ANTEIL STAATLICHER REPRESSION AM NIEDERGANG EINER AUTONOMEN ARBEITERBEWEGUNG IN DER DDR

Die Arbeiterbewegung der DDR wies in den 1950er Jahren noch deutliche Bezüge zur kämpferischen Tradition der 1920er Jahre auf, sollte jedoch zunehmend einen individualisierten und privatisierten Charakter annehmen. Der in Gewerkschaften oder Parteien organisierte Arbeiterwiderstand war in Deutschland bereits 1933 durch das NS-Regime gewaltsam beendet worden und konnte, von einer kurzen Nachkriegszeit abgesehen, in der DDR nicht wieder aufleben. Das diktatorische System hatte die Eigenständigkeit von Arbeiterorganisationen, darunter die der Gewerkschaften, bald unterbunden und sie zum Bestandteil seines Herrschaftsapparats gemacht. Die organisierte Arbeiterbewegung war in der DDR eine «verstaatlichte», sie hatte damit ihren Charakter als autonome Bewegung der abhängig Beschäftigten verloren. Der Anteil staatlicher Repression an diesem Niedergang der Arbeiterbewegung in der DDR war erheblich.

Das Trauma des 17. Juni 1953

Alle Welt redet von dem Trauma, das Partei und Regierung der DDR im Juni 1953 angesichts eines Massenstreiks erlitten hätten, aber nicht von der ebenso traumatisierenden Erfahrung der blutigen Niederschlagung des Aufstands und der folgenden Repressionen für die Arbeiter*innen. Für die streikenden Arbeiter*innen war die Niederschlagung ihrer Streiks und Proteste bereits nach wenigen Stunden vor allem darum ein Schock, weil sie sich mit ihrem Anliegen, mittels Streiks und Protesten die eigenen, aus ihrer Sicht berechtigten Interessen durchsetzen zu wollen, vollauf in der Tradition der Arbeiterbewegung

währten. Als sich in der DDR acht Jahre nach dem Kriegsende Arbeiter*innen gegen die Zumutungen des Regimes wehrten und am 17. Juni 1953 für ihre Rechte streikten, war diese Tradition noch erstaunlich lebendig.¹ Die Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee – und kurze Zeit später Arbeiter*innen und Angestellte in der ganzen Republik – versammelten sich in ihren Betrieben, stellten Forderungen auf, wählten Streikführer, solidarisierten sich mit den bereits im Streik stehenden Kolleg*innen und griffen wie selbstverständlich auf das ihnen bekannte Kampfmittel zurück.

Obwohl die Rolle des FDGB als «Transmissionsriemen der Partei» und Teil der staatlichen Wirtschaftsführung bereits in seiner Satzung 1949 festgelegt worden war, sahen sich vielerorts die betrieblichen Funktionär*innen den Erwartungen ausgesetzt, sie müssten sich als Vertreter*innen ihrer Kolleg*innen nun an die Spitze der Bewegung stellen. Das bekannteste Beispiel ist Max Fetting, der BGL-Vorsitzende von der Baustelle in der Ostberliner Stalinallee. Er konnte «seine» Arbeiter nicht davon abhalten zu streiken und ließ sich dazu überreden, einen Forderungskatalog der Streikenden zum Sitz des Ministerrates zu bringen. Sein Handeln entsprach seinem Selbstverständnis als gewählter Funktionär der Gewerkschaft. Im Vernehmungsprotokoll der Staatssicherheit können wir heute in den Akten nachlesen, wie er sich verzweifelt gegen die Anklage verteidigt und immer wieder betont, dass doch ein Streik kein Verbrechen sei. Max Fetting wurde am 19. Juni 1953 wegen seiner Beteiligung am Streik und seiner Rädelsführerschaft zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.²

Der Arbeiteraufstand von 1953 wurde bekanntlich mithilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen. 13.000 bis 15.000 Personen wurden im Zuge der Ereignissen verhaftet, zwischen dem 18. Juni und dem 22. Juni wurden vom sowjetischen Militärtribunal 18 standrechtliche Erschießungen vorgenommen, zwei Todesstrafen wurden in lebenslängliche Haft umgewandelt, bis Anfang 1954 wurden 1.526 Angeklagte verurteilt. 88 Prozent aller Verurteilten waren Arbeiter*innen. Obwohl die Staatssicherheit noch jahrelang kleine illegale «Jahrestagsfeiern» Beteiligter am Juni-Aufstand registrierte, verschwand langsam die Erinnerung an die ereignisreichen Tage aus dem kollektiven Gedächtnis der DDR-Bevölkerung. Die als Niederlage empfundenen Aktionen waren

in den meisten Familien kein Thema, zumal es entsprechende Verbote gab, den 17. Juni 1953 überhaupt zur Sprache zu bringen: Viele am Aufstand Beteiligte flohen in den Westen. In den Betrieben wurden Tribunale durchgeführt und die Beschäftigten dazu aufgefordert, sich gegen die Beteiligten am 17. Juni auszusprechen. Wer die demütigenden Rituale der Unterwerfung nicht mitmachte, lief Gefahr, als Unterstützer*in eines «faschistischen Putsches» selbst angeklagt zu werden.³ Personen, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni auffällig geworden waren, standen noch Jahrzehnte nach dem Ereignis unter Personenkontrolle des MfS.⁴ In den Folgejahren fand im Vorfeld eines 17. Juni stets die Aktion «Bollwerk» mit zahlreichen Sondermaßnahmen zur rechtzeitigen «Zerschlagung» von Demonstrationen und «Unschädlichmachung» von Provokateur*innen statt. Die Verhaftungen und jahrelangen Verfolgungen von Anführer*innen der Streiks und einfachen Beteiligten waren ein klares Signal für jede*n DDR-Arbeiter*in, sich nicht an autonomen kollektiven Aktionen zu beteiligen. Der 17. Juni 1953 und

die Reaktionen der Staatsmacht auf diesen Aufstand wurden zur historischen Zäsur für das Konfliktverhalten der Arbeiter*innen in der DDR.

In den Reihen des FDGB begann nach dem 17. Juni 1953 eine «Säuberungsaktion», die sich gegen solche Funktionär*innen richtete, welche eine «versöhnlerische, kapitulantenhafte Haltung» gegenüber den «faschistischen Provokateuren» gezeigt hätten. In Halle wurden gegen 30 Funktionäre der Gewerkschaft Parteistrafen verhängt, auch gegen den

Der 17. Juni 1953 und die Reaktionen der Staatsmacht auf diesen Aufstand wurden zur historischen Zäsur für das Konfliktverhalten der Arbeiter*innen in der DDR.

Bezirksvorsitzenden des FDGB. «Wir werden euch schon lernen (sic.!), wie man Gewerkschaftsarbeit durchführt!», drohte Walter Ulbricht auf der FDGB-Bundesvorstandssitzung im August 1953.⁵ Bis weit in das Jahr 1954 dauerte diese Kampagne, die am Ende jeden «Sozialdemokratismus» und jedes «Versöhnlerium» in den Reihen des FDGB ausgeschaltet haben sollte.⁶ Auf diese repressive Weise wurde nicht nur die sozialdemokratische Tradition der Arbeiterbewegung, sondern auch die kämpferische kommunistische und die anarchosyndikalistische Tradition endgültig getilgt. Der FDGB blieb bis zu seinem Ende der führenden Rolle der SED verpflichtet und agierte als Teil der Betriebsleitung auch dort im Sinne der Partei.

Die Arbeiterklasse als Sicherheitsrisiko

Der 17. Juni 1953 hatte die Aufmerksamkeit der Partei und Staatsmacht auf den Betrieb gelenkt. «Informationsgruppen» der Staatssicherheit berichteten täglich aus den Betrieben; um sechs Uhr früh hatten diese Infor-

mationen in Berlin vorzuliegen. Der Betrieb wurde zu einem besonderen sicherheitsrelevanten Raum. Nach 1953 wurde eine paramilitärische Parteimiliz in den Betrieben eingerichtet, die Betriebskampfgruppen. Auch wenn diese selten zum Einsatz kamen, wusste jede*r, dass die Betriebskampfgruppen gegen die Arbeiter*innen gerichtet waren. Die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Ju-

resse des MfS an den Funktionsträgern in der Wirtschaft darin seinen Ausdruck, dass diese nicht nur die Objekte der Kontrolle waren, sondern dass auch die meisten «Informanten» aus eben dieser Gruppe der Beschäftigten kamen. Der bzw. die «typische» IM im Betrieb kam von «oben», aus den Leitungsetagen der Kombinate und Betriebe oder der künstlerischen und wissenschaftlichen Einrichtungen.⁹

«Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit» klafften in der DDR in einem unerträglichen Maß auseinander und bestimmten bis 1989 das Verhältnis der Mehrheit der Bevölkerung zur Führung.

ni, die Verfolgung der Anführer*innen und die verstärkte Präsenz bewaffneter Truppen in den Betrieben machten die parteioffizielle Losung vom «Arbeiterstaat» endgültig zur Phrase. «Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit»⁷ klafften in der DDR in einem unerträglichen Maß auseinander und bestimmten bis 1989 das Verhältnis der Mehrheit der Bevölkerung zur Führung.

Das «System der staatlichen Sicherheit» im Betrieb

Die «Arbeit» mit den Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des MfS bekam nach dem 17. Juni 1953 eine neue Dimension. Im Zuge einer Neuorientierung seiner Organisationsstruktur vom sogenannten Territorial- auf das Produktionsprinzip Anfang der 1960er Jahre wurde «die Sicherung der Volkswirtschaft» zu einer Schwerpunktaufgabe des MfS und damit der Betrieb zu einem wichtigen Raum für die «operative Arbeit» des Staatssicherheitsapparats.⁸ Innerhalb der Kombinate und Betriebe interessierte sich das MfS vor allem für die Schaltstellen der Macht. So ist bei den leitenden Angestellten und Mitgliedern der SED der berechnete Eindruck entstanden, sie seien ein bevorzugtes Objekt der Kontrolle und Überwachung gewesen. Umgekehrt fand das Inte-

Ein System des «Politisch-operativen Zusammenwirkens» (POZW) des MfS mit der staatlichen respektive betrieblichen Leitung entstand. In den 1960er Jahren wurde der Sicherheitsbeauftragte im Betrieb als OibE direkt dem MfS zugeordnet, und ein ausuferndes Berichtswesen aller «gesellschaftlichen Kräfte», einschließlich der Gewerkschaften, über «besondere Vorkommnisse» sorgte für eine lückenlose Kontrolle. Die Ausführenden einer disziplinarischen Maßnahme wurden in der Regel der oder die Kaderleiter*in bzw. der Parteisekretär, weswegen folgerichtig die Staatssicherheit, die staatliche Leitung und die Betriebsparteileitung auch personell für die Beschäftigten in der DDR ein einheitliches Machtgefüge darstellten.

Mit dem Ausbau seiner konspirativen Basis verschwand die Staatssicherheit allmählich aus der Betriebsöffentlichkeit; sie trat nicht mehr im bekannten Ledermanteloutfit auf, und an ihren Büros, die sie in allen größeren Betrieben besetzten, waren keine Schilder angebracht, die auf die direkte Anwesenheit des MfS hätten deuten können. Wann und wie sie reagieren würde, blieb jedoch immer unberechenbar.¹⁰ Im Arbeitsbereich und im betrieblichen Raum war auf diese Weise eines der bestausgebauten Informations- und Kontroll-

netze des Staates entstanden und damit ein wesentlicher Grund dafür geschaffen worden, dass in der DDR nach 1953 keine Arbeiterunruhen mehr ausbrachen.

Das Konfliktverhalten der Arbeiter*innen in der DDR

Wie entwickelte sich unter diesen Bedingungen das Protest- und Streikverhalten der DDR-Arbeiter*innen? Das Arbeitsrecht in der DDR kannte kein Recht auf Arbeitskampf, aber auch kein Streikverbot. In der Verfassung der DDR von 1949 war das Streikrecht zunächst sogar noch festgeschrieben, bis es 1968 in eine neue Verfassung nicht mehr aufgenommen wurde. Es war in der DDR nicht juristisch, sondern politisch unerlaubt zu streiken; insofern blieb der Streik vor wie nach 1968 immer eine illegale und damit risikofolle Angelegenheit. Der Staat legte die «Spielregeln» fest, behielt sich vor, streng oder eher milde zu strafen, eine Streikforderung als «berechtigt» oder «unberechtigt» einzustufen. Bereits Ende der 1950er Jahre war eine Art Regelwerk entstanden, woran sich hielt, wer nicht als «Provokateur» oder «Agent» verurteilt werden wollte. Die Erfahrung hatte gelehrt, dass ein Streik in der DDR erstens einen unpolitischen Charakter haben musste, dass er zweitens spontan, also nicht vorbereitet und geplant sein durfte und dass er drittens intern bleiben musste und keine Öffentlichkeit erreichen durfte, vor allem keine über westliche Medien vermittelte. Wäre ein Streik oder ein kollektiver Protest von Beschäftigten gemeinsam geplant gewesen, wären die Beteiligten als «Saboteure und Provokateure» eingestuft worden, was eine Inhaftierung nach sich ziehen konnte. Auf diese Gefährdung hatten sich die Belegschaften schnell eingestellt.

Der politische Streik, obwohl streng verboten, verschwand dennoch nicht sofort von der Bildfläche. So gab es nach dem Juni 1953 Solidaritätsstreiks für die Inhaftierten. Solche offenen Aktionen der Unzufriedenheit mit dem System

gab es einige Jahre später aus gutem Grund nicht mehr. Die Grenzschießung am 13. August 1961 erwies sich nach der Zerschlagung des Aufstands 1953 als weitere Zäsur für das Verhalten nicht nur der Arbeiter*innen. Nachdem der Fluchtweg in den Westen endgültig abgeschnitten war, begann jene Haltung des Sich-Einrichtens in und Arrangierens mit den Verhältnissen zu dominieren, wie sie als typisch für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung beschrieben werden muss. Die Tradition des kollektiven Aufbegehrens verschwand endgültig in der Arbeiterschaft.¹¹ Eine offene, nicht anonymisierte Aktion, die die Politik der Partei- und Staatsführung kritisierte, war angesichts der geschlossenen Grenzen zu riskant geworden.¹² Darüber jedoch, dass die geschlossene Grenze ein Akt der staatlichen Repression gegenüber einer autonomen kämpferischen Arbeiterbewegung war, schweigt eine linke Zeitgeschichte bislang.

Vom kollektiven Protest zur individuellen Beschwerde

Für Versuche, dem Streik- und Protestgeschehen etwa über Medien oder Demonstrationen vor dem Werktor zu einer Öffentlichkeit zu verhelfen, gab es nach dem Juni-Aufstand keine Möglichkeiten mehr. Bald waren die innerbetrieblichen Kommunikationswege – wie Betriebszeitungen oder Betriebsfunk – fest in der Hand der SED, und das Risiko, nach dem 13. August 1961 einen Protest im Betrieb öffentlich zu machen, war zu groß. Für die Staats- und Parteiführung der DDR hatte das Verschweigen eines betrieblichen Konflikts allerhöchste Priorität. In der Hauptabteilung XVIII des MfS war eigens für die «Abwendung des Bekanntwerdens feindlicher Handlungen», wozu auch Streiks und Proteste zählten, eine Dienstanweisung herausgegeben worden. Diese fehlende Öffentlichkeit führte im Ergebnis dazu, dass der Streik, obwohl hier und da noch praktiziert, für die Beschäftigten in der DDR nicht mehr existent war.

Exkurs: Die «Arbeitsniederlegung» in den Akten des FDGB und der Staatssicherheit¹³

Während Ende der 1950er Jahre pro Jahr noch bis zu 100 «Arbeitsniederlegungen» – wie Streiks in den Akten genannt werden – registriert wurden, sind es in den 1980er Jahren nur noch einige wenige im Jahresdurchschnitt. Die Zahlen der 1980er Jahre lassen den Schluss zu, dass der Streik in den DDR-Betrieben jede Bedeutung verloren hatte.

Nicht nur die Anzahl der Streiks, auch die Größe der Streikgruppe reduzierte sich rasch. In den Streikberichten der 1950er Jahre ist von 250 Arbeiter*innen aus verschiedenen Abteilungen, etwa im Finsterwalder Maschinenbau, die Rede oder von 300 aus der Schuhfabrik Meißen. In den 1960er Jahren wurde von Teilen der Parteiführung gemeinsam mit Betriebs- und Wirtschaftsfunktionären ein Wirtschaftskonzept (NÖSPL) entwickelt, das im Kern darauf gerichtet war, die Macht der Zentrale zugunsten von mehr Eigenständigkeit der Betriebsleitungen einzuschränken.¹⁴ An eine «Modernisierung» der Interessenvertretung, an ein Streikrecht und an tatsächliche Mitbestimmungsstrukturen hatten ihre Erfinder*innen im Zuge dieser Kampagne allerdings nicht gedacht. Interessanterweise ist trotz Mauerbau in dieser Zeit eine erstaunlich hohe Anzahl von «Arbeitsniederlegungen» in Brigadegröße registriert; die Brigaden hatten Ende der 1950er Jahre einen offiziellen Bedeutungsaufschwung erhalten, den ihre Mitglieder für sich zu nutzen wussten, indem sie ihre Interessen durchaus erfolgreich durchsetzten.¹⁵ In den 1970er Jahren beteiligten sich allerdings immer weniger Beschäftigte an den ohnehin abnehmenden Streikaktivitäten. In diesen Jahren begann, was zum grundlegenden Problem von Arbeiter*innen, Angestellten und Ingenieur*innen bis zum Ende der DDR werden sollte. Sie waren für eine Arbeit qualifiziert und hatten einen Anspruch an ihre Tätigkeit entwickelt, der nicht befriedigt wurde.

In den 1980er Jahren lag die Durchschnittsbeteiligung bei drei bis vier Arbeiter*innen: So streikten zum Beispiel drei Fahrer der dritten Schicht eines Baukombinates, die auf diese Weise eine Waschgelegenheit für sich einklagten, oder zwei «Kollegen der Nachtschicht», die wegen schlechter Essensversorgung die Arbeit verließen. Es stellt sich die berechnete Frage, ob diese individuellen Verweigerungen von manchmal nur einer Person noch «Streik» genannt werden können. Ihren kollektiven und damit solidarischen Charakter hatten solche Aktionen längst verloren.¹⁶ Gestreikt wurde in der DDR, um alte Standards wiederherzustellen bzw. um keine Verschlechterung in Kauf nehmen zu müssen oder auch, um Leitungen zu zwingen, Versprechungen einzuhalten. Folglich hatten Streiks somit einen defensiven Charakter, denn die Arbeiter*innen forderten lediglich ein, was ihnen durch schlechte Organisation oder Willkür der staatlichen Leitung verlustig gegangen war.¹⁷

Vom Wiederbeginn einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR

Wie wirkungsmächtig die gewaltsame Unterdrückung einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR war, lässt sich indirekt daran erkennen, dass sich mit dem Ende des staatlichen Gewaltmonopols der kollektive Widerstand von DDR-Arbeiter*innen spontan und massiv Bahn brach. Unter dem Schutz der Massendemonstrationen, der neu entstandenen Parteien und Oppositionsgruppen begannen erste unabhängige Gruppen in den Betrieben bereits im Oktober 1989 darauf zu drängen, die betrieblichen Machtverhältnisse zu stürzen. Sie bestanden in der Regel aus drei oder vier Personen, die den unerhörten Versuch unternahmen, ihre Anliegen öffentlich zu machen. Die einzige Möglichkeit, die sich ihnen bot, war die Wandzeitung, das «rote Brett», das in allen Abteilungen zugänglich

war und an das sie ihre Bekanntmachungen oder Aufrufe pinnten. Ewald S., ein Kollege aus einem Jenaer Betrieb, erzählte: «Wir haben einen Zettel ran gemacht. Eine halbe Stunde später war der natürlich wieder weg.»¹⁸ Der Parteisekretär hatte ihn abgemacht, aber Ewald S. brachte ihn sofort wieder an. «So war das bei uns. Wir hatten keine Zettel, wir hatten nicht genug Papier. Wir durften ja nicht, es war verboten, in einem Betrieb die zu bestellen. Es gab auch keine Druckmöglichkeiten und dafür auch kein Papier. Und dann musste man einen finden – ich selbst konnte keine Schreibmaschine schreiben – der ein paar Durchschläge machte. So etwa waren damals die Anfänge.»¹⁹ So wie in diesem Betrieb bestanden die ersten Schritte einer autonomen Bewegung darin, eine Betriebsöffentlichkeit herzustellen und sich mittels Unterschriften des Vertrauens der Belegschaften zu versichern.

In dieser Zeit gehörte noch eine Portion Mut dazu, solche Forderungen wie «SED – raus aus den Betrieben!» oder die nach der Auflösung der Kampfgruppen öffentlich zu stellen; denn anders als auf den Demonstrationen schützte die Akteur*innen der betrieblichen Wende keine Anonymität. Nach dem 9. November 1989 erhöhte sich die Anzahl der autonomen gewerkschaftlichen und betrieblichen Gruppen sprunghaft; das Risiko, das mit einer betrieblichen Organisierung einherging, war mit der offenen Grenze und angesichts der Rücktritte von Harry Tisch²⁰ und des gesamten Politbüros viel geringer geworden. Jetzt begann die Zeit zahlreicher Belegschaftsaktivitäten und gewerkschaftlicher Basisaktivitäten, häufig auch von gewerkschaftlichen Basisvertreter*innen im Betrieb angeregt. Sie reichten von Forderungen nach Neuwahlen der BGL, Absetzung der Betriebsleitung bis zur Gründung unabhängiger Gewerkschaftsgruppen und Forderungen nach

Wahlen eines Betriebsrates. In einigen Betrieben – wie dem Stahlwerk Hennigsdorf – kam es tatsächlich zu solchen neuen Belegschaftsvertretungen. Diese spannende Zeit der Anfänge einer betrieblichen Selbstorganisation war sehr kurz und wurde spätestens nach den Volkskammerwahlen im März 1990 durch die Einführung des westdeutschen Modells der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung abgelöst.²¹

In dieser Zeit gehörte noch eine Portion Mut dazu, solche Forderungen wie «SED - raus aus den Betrieben!» oder die nach der Auflösung der Kampfgruppen öffentlich zu stellen.

Am eindrucksvollsten aber lässt sich der Wiederbeginn einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR am Streik- und Protestgeschehen schildern. Mit einer Selbstverständlichkeit, als hätten sie erst gestern ihren letzten Streik organisiert, griffen die Belegschaften nach Jahrzehnten der Unterdrückung zum traditionellen Kampfmittel. Seit November 1989 gab es Streiks im ganzen Land, die mit politischen Forderungen die demokratische Revolution unterstützten oder sich gegen Willkürakte der Kombinatdirektion richteten. Sie wuchsen 1990 zu einer Streik- und Protestwelle gegen die Politik der Treuhand in einem noch nie dagewesenen Ausmaß an. Bis zu 200 Protestaktionen jährlich fanden bis 1994 auf dem Gebiet der neuen Bundesländer statt, darunter zahlreiche von Belegschaften autonom organisierte Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen.²² Der genaue Anteil der Repression am Untergang einer autonomen kollektiven Bewegung der Arbeiter*innen in der DDR lässt sich schwerlich messen; dass er erheblich gewesen sein muss, beweist die rege Selbstorganisation der Arbeiterschaft nach deren Verschwinden.

1 Hürtgen, Renate: Die Rolle des FDGB während der Ereignisse um den 17. Juni 1953. Erwartung der Mitglieder und Verhalten der betrieblichen Funktionäre, in: dies.: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 51–65. **2** Vernehmungsprotokoll, 19.6.1953, BStU MfS AU Zentralarchiv Nr. 542/53, Bd. 2, Bl. 27–33; BStU MfS AU Zentralarchiv Nr. 538/53, Bd. 2, Bl. 21–25, 39–40. **3** Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999. **4** So wurde Bruno Sch., der als Lehrling 1953 am Streik beteiligt gewesen war, 1970, bei seiner Einreise in die DDR, mit Bezug auf diese Ereignisse unter operative Kontrolle gestellt, BStU MfS AS 99/61, Bl. 133–138. **5** Online-Portal der Bundeszentrale für politische Bildung, unter: www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/154325/der-weg-in-die-krise. **6** Simsch, Sebastian: Blinde Ohnmacht. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zwischen Diktatur und Gesellschaft in der DDR, 1945 bis 1963, Aachen 2002, S. 246 ff. **7** So der Untertitel eines Buches von Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2005. **8** Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, MfS-Handbuch, Teil III/10, Berlin 1997, S. 36; Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001, S. 82 f. Dennoch war das MfS auch in der Volkswirtschaft kein «Staat im Staate». **9** Hürtgen, Renate: «... wir wussten schon, dass die im Betrieb waren, nur nicht, wer wirklich dabei war». Operative Personenkontrollen im DDR-Betrieb, in: Deutschland Archiv 1/2003, S. 34–44. **10** Vgl. Protokoll der Tagung mit Ak-

tivist*innen der Betriebswende, in: Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001, S. 32–159. **11** Vgl. den Beitrag von Bernd Gehrke in dieser Broschüre. **12** Vgl. Hürtgen, Renate: «Vorkommnisse» im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen 1980/82: der Betrieb kein Ort des Protestes, in: dies.: Zwischen Disziplinierung und Partizipation, S. 271–279. **13** Vgl. ausführlich dazu: Hürtgen, Renate: Vom Streik zur individuellen Arbeitsverweigerung, in: dies.: Zwischen Disziplinierung und Partizipation, S. 255–271. **14** Vgl. Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre: Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, Berlin 1999. **15** Information Nr. 48/1961, BV des FDGB, Abt. Org., Vertraulich! Analyse der klassenfeindlichen Tätigkeit im III. Quartal 1961, SAPMO-BArch, DY 34/20553. **16** Die Informationsberichte des MfS weisen auch aus, welche Gruppen von Beschäftigten streikten, aus welcher Branche sie kamen und in welchen Bezirken der DDR gestreikt wurde. **17** Eingaben, die von einer Gruppe unterzeichnet waren, wurden von der Staatssicherheit wie Streiks behandelt. «Kollektiveingaben» nahmen am Ende der 1980er Jahre zu und können rückblickend als erste Vorboten einer revolutionären Situation gesehen werden. **18** Ewald S. zit. nach: Gehrke/Hürtgen: Der betriebliche Aufbruch, S. 34. **19** Ebd. **20** Harry Tisch war der Vorsitzende des FDGB. **21** Gehrke/Hürtgen: Der betriebliche Aufbruch. **22** Siehe die dokumentierte Zeitungsrecherche im Archiv sozialer Bewegungen des AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost West, unter: https://geschichtevonuntenostwest.files.wordpress.com/2019/02/dathe_streik-und-protest-ostdeutschland_final_1_17-mb.pdf.

Thomas Klein

ÜBER DIE RATIONALITÄT DES TERRORS UND ZUR SOZIOLOGIE DES VERRATS AM BEISPIEL DER SED-PARTEIKONTROLLE

Die *Zugangsfrage* dieser Untersuchung lautet: Welche Möglichkeiten eröffnen sich Historiker*innen, die Herrschaftstechniken diktatorischer Regime zu entschlüsseln? In erster Konkretisierung: Gibt es eine rationale Erklärung für die Anwendung irrational erscheinender terroristischer Exzesse in solchen Gesellschaften?

Vorbemerkung

Konkurrierende Erklärungsversuche zur Rationalität terroristischer Gesellschaftsformierungen in vergangenen und zeitgenössischen Diktaturen sind nach wie vor Gegenstand hochpolitisierter Kontroversen. Dies betrifft in Sonderheit die Diskurse über die *terroristischen Phasen politbürokratischer Herrschaft sowjetischen Typs*. Hinsichtlich des heutigen Stands der Debatten über den historischen Stalinismus zeigt sich, dass Spielarten einer Verharmlosung dieser terroristischen Formation geradezu gegensätzliche Erklärungsmuster aufweisen können.

Zwei Beispiele:

Erstens: Philostalinistische Rechtfertigungs-ideologen sehen im Terror des Hochstalinismus in der Sowjetunion eine alternativlose Logik damals notwendiger innerer politischer Festigung der neuen Ordnung im Namen ihrer Verteidigung gegen deren übermächtige Feinde von außen. Selbst die Opfer des Terrors im Zwangsarbeitssystem der Gulags hätten dazu beigetragen, die dafür notwendige Industrialisierung dieses unterentwickelten Landes schnellstmöglich nachzuholen. In dieser Argumentation dient die Antwort auf die eigentlich sinnvolle Frage nach der Rationalität des Terrors zu seiner Rechtfertigung – Terror wird

zur unhintergehbaren Folge von äußerer Bedrohung, ökonomischer Unterentwicklung und politischem Behauptungswillen. Hier wird weder die Frage nach der Natur und den Bedingungen des Entstehens eines dazu erforderlichen Herrschaftssystems gestellt noch werden die von ihm geschaffene neue soziale Ordnung und ihre Widersprüche charakterisiert. Deshalb erübrigt sich innerhalb solcher Deutungen auch die Frage nach Alternativen. Dabei brauchte die neue herrschende politbürokratische Oberschicht, um eine ganze Gesellschaft zu terrorisieren, in einer ganz neu zu organisierenden sozialen Ordnung schließlich hunderttausendfach Kompliz*innen, die nicht «von Anfang an» existierten, sondern die erst an dieses System gebunden werden mussten. Zweitens: Eine andere, gerade «moderne» und vollkommen gegensätzliche Spielart der Charakterisierung des großen Terrors in der Sowjetunion ist seine Reduzierung auf die psychopathologische Charakterstruktur Stalins: Stalin habe die sogenannten «Ermöglichungsräume» vormoderner Gesellschaftsverfasstheit für seine Entäußerung krankhaften Vernichtungswahns zu nutzen verstanden (Baberowski).¹ Die Rückkehr zu solchen alten Denkfiguren (abgewandelt früher vielfach auch auf Hitler und den Nationalsozialismus angewandt) entwertet zugunsten dieser Deutung nicht nur die nähere Betrachtung und Differenzierung der (zuvor) durchaus wahrgenommenen «Ermöglichungsräume». Dieser Ansatz verzichtet überdies auch auf die Problematisierung der herrschaftsgeleiteten Dienstbarmachung kommunistischen Ideenguts. Solcherart Ausblendung war auch Chruschtschows Diktum, als er 1956 mit seiner

verharmlosenden Formel vom «Personenkult» das installierte System (als Diktatur ohne Massenterror) retten und die ideologische Fassade erhalten wollte. Aus heutiger Sicht «originell» im Kontext antikommunistischer Stalinismuskritik ist Baberowskis Ansatz insofern, als sich seine Deutung schlecht für die heute gängige Identifizierung der «kommunistischen Idee» mit dem Stalinismus eignet.

Ergo: Die Verharmlosung des stalinistischen Terrorsystems sowohl in Gestalt seiner pseudorationalisierenden Rechtfertigung als auch seiner Banalisierung und Dämonisierung als psychopathologische Disposition des Führungspersonals sind antiaufklärerische Rückfälle in ganz alte Denkmuster. Dies ist angesichts der inzwischen verfügbaren Fülle historischen Materials auf den ersten Blick äußerst erstaunlich – auf den zweiten Blick jedoch keineswegs, wenn die Verhaftung der Interpret*innen in ihren jeweiligen Weltbildern im zeitgenössischen Deutungskampf mitgedacht wird. Grundsätzlich geht es darum, zur Entschlüsselung der Natur des etablierten Herrschaftssystems (insbesondere der Rationalität seiner terroristischen Merkmale) beizutragen, ohne die Frage der subjektiven Verantwortlichkeit von Angehörigen der den Herrschenden dienstbaren Schichten zu umgehen.

Über die Rationalität des Terrors

Gesucht werden *adäquate Begriffe* für die intentionale Logik der Anwendung terroristischer Herrschaftstechniken in Gesellschaften sowjetischen Typs.

Orientierend können folgende *Ausgangsbefunde* sein:

- das enorme Missverhältnis zwischen tatsächlichen oppositionellen und widerständigen Bestrebungen und ihrem seitens der Herrschenden zur Rechtfertigung von Terror illusorischerweise behaupteten Umfang,

- die martialischen Strafdimensionen anlässlich konstruierter Verratsanklagen und die kontraintendierten enormen Verluste an menschlichen und ökonomischen Ressourcen im Vollzug diverser Vernichtungsauslesen.

Angesichts dieser Befunde muss die Antwort auf die Frage nach der Rationalität solchen Herrschaftshandelns ganz offensichtlich jenseits ihrer Legitimationspropaganda gesucht werden.

Weil die herrschende Partei (als Mitglieder- und Funktionärskörper) selbst periodisch zentrales Ziel von durch die Bürokratie veranlasseten «Säuberungen» war, ist die Frage nach der tatsächlichen Funktion von Parteisäuberungen auch in der postterroristischen Periode staatssozialistischer Regime eine Schlüsselfrage, um die Logik solcher Herrschaftstechniken zu begreifen.

Zur Analyse der Voraussetzungen

Die osteuropäischen Nachkriegsregime standen wie ehemals die junge Sowjetmacht vor der Aufgabe, die sozialen und ökonomischen Grundverhältnisse vollständig neu bzw. umzugestalten. Eine enthusiastische Minorität disziplinierter Parteiarbeiter*innen hatte es in der Realität jedoch mit einem empfindlichen gesamtgesellschaftlichen Defizit an aktiver überzeugter Gestaltungsbereitschaft zu tun, deren es bedurfte, um die politbürokratischen Transformationsziele erreichen zu können. Es fehlte an freiwilliger und in diesem Sinne konsensualer aktiver Massenloyalität gegenüber der Kommandoebene. Dies gilt, obwohl ein wirkungsrelevanter Umfang an inner- oder außerparteilicher Widerstandsbereitschaft ebenfalls fehlte.

Diese Interpretation der Ausgangssituation führt zu der These, dass die Anwendung der Herrschaftstechnik «Terror» auf die schnellstmögliche Herstellung massenhafter Gefolgschaftstreue zielte und der Beschleunigung

einer von der Politbürokratie betriebenen Transformation aller sozialen Strukturen und gesellschaftlichen Verkehrsformen dienen sollte.

Infolge des enormen Repressionsdrucks und seines Einschüchterungspotenzials nahm dieser Transformationsprozess den Charakter einer *Zwangsvergesellschaftung* an. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass Terror als erstes Mittel solcher transformatorischen Zwangsvergesellschaftung eine herrschaftsgeleitete Reaktion auf die Wahrnehmung massiver Defizite von Loyalitätsressourcen war. Zudem erwies sich dieses Mittel in Gestalt von «Säuberungen» als Instrument zur Lösung innerbürokratischer Rationalitäts-

Techniken terroristischer Zwangsvergesellschaftung

Im Folgenden wird von einer besonderen Institution des SED-Parteiapparats die Rede sein, nämlich von seinen *innerparteilichen Kontrollorganen*. So wie der Erfolg einer Formierung politbürokratisch zu organisierender Gesellschaftlichkeit wesentlich von der Effizienz staatlicher Sicherheitsorgane abhing, war die Effizienz der innerparteilichen Kontrollorgane entscheidend für den Erfolg einer Transformation der SED in eine *disziplinierte Kader- und Massenpartei*. Nur mit deren Hilfe konnten ausgearbeitete politbürokratische Zwecksetzungen überhaupt erst in Gang gesetzt werden.

Die Produktion von Stagnation und Agonie waren systemimmanente Merkmale politbürokratischer Herrschaft.

konflikte in einer autoritär-hierarchisch strukturierten Funktionärspartei. Im gesellschaftlichen Maßstab konnte der auf diese Weise erzeugbare Loyalitätstyp bestenfalls eine *passive Loyalität* sein, die auf Zwang basiert. Für eine autoritäre Parteielite waren Ziel und Mittel rational verbunden: transformatorische Zwangsvergesellschaftung durch Terror als naheliegendes erstes Mittel der Wahl.

Das der Gesellschaft so aufgeherrschte Ordnungssystem war antiemanzipatorisch, dirigistisch, antilibertär, repressiv – letztlich *antikommunistisch*. Die *Produktion von Stagnation und Agonie* waren systemimmanente Merkmale politbürokratischer Herrschaft.

Es erübrigt sich der Hinweis, dass eine solche terroristische Zwangsvergesellschaftung keineswegs alternativlos war, wie es moderne philostalinistische Rechtfertigungsideologen behaupten. Eine ganz andere Frage ist es, wie es um die Chancen einer alternativen kommunistischen Rationalität gesellschaftlicher Synthesis in den verschiedenen Dekaden neuzeitlicher Geschichte bestellt war.

Erste Relativierung: Doch ebenso wie der bürokratische Gestaltungswille selbst Teil des damit entstehenden Widerspruchsgefüges wurde, so war die SED Teil der Gesellschaft und stand ihr nicht einfach (als «Herrscher» den «Beherrschten») gegenüber.

Zweite Relativierung: Um eine Gesellschaft wie jene in der DDR, die so stark «durchherrscht» war, in ihrer Entwicklung begreifen zu können, ist man rasch geneigt, sie vornehmlich über eine Analyse der Tätigkeit ihrer Repressions- und Kontrollorgane zu entschlüsseln. Ich belasse es an dieser Stelle bei dem Hinweis, dass das Herrschaftssystem jedoch durch eine Fülle miteinander korrespondierender gesellschaftlicher Institutionen (Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen, Verbände, Kaderleitungen etc.) funktionierte. Deren Beitrag zu sozialer Kontrolle, Prävention, Repression oder Abwehr von Opposition und Gegenöffentlichkeiten ist kaum aus der Betrachtung ihrer jeweiligen nominellen Funktion zu erschließen. Selbst die Parteikontrollorgane dürfen nicht auf ihre

Funktion als «innerparteiliche politische Polizei» reduziert werden. Gerade in Phasen, in denen kurzzeitig eine realistischere, selbstkritischere und moderatere SED-«Innenpolitik» verabredet wurde, kam den Parteikontrollorganen eine wichtige Funktion bei der Regulierung vergangener «Überspitzungen» auch der eigenen Tätigkeit zu – dies allerdings, ohne die Frage nach der politischen Verantwortung für frühere Exzesse je ernsthaft gestellt zu haben.

Die Verratsanklage als zentraler Topos der innerparteilichen Säuberungsfunktion

Die periodische «Jagd nach Verrätern» in den ost- und südosteuropäischen Ländern des sowjetischen Herrschaftsbereichs hatte insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Rang eines politischen Paradigmas erlangt. Dass sich speziell in der DDR die Rolle der SED-Parteikontrollkommissionen von denen der Schiedskommissionen in «gewöhnlichen» Parteien so gravierend unterschied, geht auf die *Machtarchitektur politbürokratischer Regime «sowjetischen Typs»* zurück, von der gleich die Rede sein wird.

Doch zunächst einmal operiert man überall und systemübergreifend (also nicht nur in politischen Parteien sowjetischen Typs) mit dem Vorwurf des «Verrats» (in der Regel schwerster Verstoß gegen die im politischen Programm der Partei axiomatisch definierten Ziele der Parteitätigkeit). Hier droht gemeinhin die «Höchststrafe» (der Parteiausschluss). Solcherart Umgang mit «Verrätern» ist keine besondere Gepflogenheit stalinistisch oder politbürokratisch verfasster Parteien. Er ist in den meisten Parteien aller politischen Systeme in ähnlicher Weise geregelt. Auch die Tatsache, dass sich Parteiführungen – gerade in hierarchisch strukturierten Parteien – die Unschärfe dieses Vorwurfs für herrschaftsgeleitete Normensetzung und für die Etablierung eines autoritätsgestützten Treuezwangs zunutze ma-

chen, ist beileibe kein Alleinstellungsmerkmal staatssozialistischer Regime.

Je unmittelbarer nun aber die Affinität von Staatsmacht und Parteitätigkeit ist, je reibungsloser der Zugriff regierender Parteien auf das staatliche Gewaltmonopol funktioniert – wenn etwa das Machtmonopol einer Partei sich als Staatsmacht repräsentiert (Staatsmacht als Parteidiktatur) –, desto ungebremster kann sich die herrschaftsgeleitete Indienstellung staatlichen Gewalthandelns zugunsten parteipolitischer Zwecksetzungen verwirklichen. Auch dies gilt gemeinhin und abgestuft für alle autoritären und diktatorischen Regime, also nicht nur für jene sowjetischen Typs. Die Folgen sind gravierend: Die Konsequenzen tatsächlichen oder vermeintlichen politischen «Verrats» an den Essentials statuarisch-programmatischer Selbstbindungen einer Partei, denen sich deren Mitglieder mit ihrem Beitritt ja freiwillig zu unterwerfen bereitfanden, konnten dann bei Bedarf leicht über den Bereich parteidisziplinarischer Sanktionen hinausgetrieben werden.

Zur moralisch diskreditierenden Folgewirkung dort inszenierter öffentlicher «Entlarvungen» von «Verrätern» am politbürokratischen Gestaltungswillen trat häufig die *strafrechtliche Sanktion* solchen Handelns: Weil die Parteiführung ihre Macht «im Namen des Volkes» mittels der von ihr beherrschten Partei und in eins gesetzt mit der von ihr instrumentalisierten Staatsmacht ausübte, war der «Parteifeind» zugleich «Staatsfeind» oder sogar «Volksfeind». Es verstand sich ebenso, dass eine als «Klassenherrschaft» verbrämte Parteidiktatur die Qualifizierung «Klassenfeind» für den «Verräter» nahelegte, wie dies in den Systemen sowjetischen Typs üblich war.

Zur politisch-moralischen Disqualifizierung und zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit kamen auch noch verschiedenartige *soziale Diskriminierungen* (etwa Berufsverbote und -behinderungen) hinzu. Die Jagd auf «Partei-

feinde» blieb ebenso wie die politische Wachsamkeit beim Entdecken von politischen Abweichungen, aus denen Verrat erwachsen könnte, nicht allein eine Partei-, sondern wurde gleichermaßen wie von selbst eine Staatsangelegenheit. Auf diese Weise bekamen die *Sicherheitsapparate* und unter ihnen der *Geheimdienst* mit seinem spezifischen Arsenal konspirativer Methoden ein immer größeres Gewicht im Umgang mit solchen zumeist selbst inszenierten Herausforderungen.

Dem entsprach, dass staatlicherseits der vernichtenden Anklage des Verrats eine vermeintlich «ehrenwerte» Variante diesen Typs entgegengesetzt wurde: In der politischen Herrschaftslogik staatsbürokratischer Regime waren die Denunziation von «Abweichtlern» im Allgemeinen und die konspirative Tätigkeit der vom Geheimdienst geführten Spitzel zur Aufklärung «politisch negativer» Personenzusammenschlüsse im Besonderen hochgeschätzte Betätigungen im Sinne von Staatsschutz und Wahrung der «Einheit und Reinheit der Partei». Der Missbrauch des Vertrauens verdächtiger «Zielpersonen» durch Spitzel und Denunziant*innen galt darüber hinaus nicht nur als ehrenwert, sondern vielfach sogar als staatsbürgerlich geboten: Die Missachtung solcher staatsbürgerlichen Gebote war teilweise strafbewehrt und erzeugte so einen zusätzlichen Druck in Richtung des «ehrenwerten Verrats». Man musste nicht einmal Parteimitglied sein, um dem Zwang zur Linientreue und der Anforderung zum «ehrenwerten Verrat» unterworfen zu werden: In staatlichen Organen oder staatsnahen sensiblen Einrichtungen war die revolutionäre Wachsamkeit obligatorisch und als *Treuepflicht* häufig Bestand-

teil des Arbeitsvertrags. Der Beitritt zur herrschenden Partei nahm deren Mitglieder nur noch zusätzlich in verschärfte politische Geiselhaft.

Die so wirkende *Verquickung politischer Ächtung und strafrechtlicher Sanktionierung* von Verstößen gegen die Treuepflicht erzeugte langfristig eine *wirksame subalterne Prädisposition* in gesellschaftlicher Dimension: Gefolgschaftseifer, Konformitätsbereitschaft und ängstliche Konfliktvermeidung entfalteten sich vor dem Hintergrund vielfältiger Sanktionsdrohungen. Weil der Durchgriff jeweils herrschender Parteiführungen auf den Sicherheitsapparat und hier insbesondere auf das MfS derart unvermittelt möglich war, ließ sich der «politische Verrat» unverzüglich auch als «Staatsverrat» ahnden. Im Bereich staatlicher Machtausübung hantiert man allgemein mit dem strafbewehrten Delikt des Verrats von Staatsgeheimnissen. Hier geht es um den Verrat oder die öffentliche Enthüllung geheimer bzw. die staatliche Sicherheit in irgendeiner Weise tangierender Sachverhalte («Staatsverrat/Geheimnisverrat»). Als besonders verwerflich erscheint dann der Verrat solcher Geheimnisse an fremde oder feindliche Mächte («Agententätigkeit»), womöglich noch in deren Auftrag («Spionage») und gegen Entgelt. Die allgemeine Bevorzugung der Verratslegende im Dienste fremder Mächte sollte in erster Linie davon ablenken, dass es in Wahrheit um die Abwehr von Gefährdungen der inneren Sicherheit durch sich auflehrende «eigene» Bürger*innen bzw. der Niederhaltung gesellschaftlichen Widerstands oder hausgemachten Widerspruchs gegen die gerade gültige politische Linie ging.

Die allgemeine Bevorzugung der Verratslegende im Dienste fremder Mächte sollte in erster Linie davon ablenken, dass es in Wahrheit um die Abwehr von Gefährdungen der inneren Sicherheit durch sich auflehrende eigene Bürger*innen ging.

Ergo: Erst aus der erwähnten Verschmelzung von Parteidiktatur und «Sicherheitsstaat» (etwa: Das MfS als «Schild und Schwert der Partei») ergibt sich die besondere Militanz dieser Machtarchitektur. In die Architektur der Repressionsapparate solcher Systeme passt es auch, dass ausgerechnet ein Geheimdienst zugleich als Untersuchungsorgan im Falle besonderer (etwa politischer) Straftaten zum «Organ der Rechtspflege» ermächtigt wurde.

Die Herausbildung der innerparteilichen Formierungstechniken (der Fall SED)

Für die Umsetzung dieser Herrschaftspraxis war die erfolgreiche Zurichtung der SED als zuverlässiger «Motor» politbürokratischen Gestaltungswillens entscheidend. Innerparteiliche Schaltstelle im Umgang mit «Verrätern» war die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK). Für die Konstitutionsphase der SED ist der «Repressionsbedarf» nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion klar benennbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste und letztlich entscheidende Instrument der Stalinist*innen zur Partei- und dann auch zur Gesellschaftsformierung.

Bis 1948 erfolgte der zunächst verdeckte Terror gegen Sozialdemokrat*innen und Mitglieder linker Splittergruppen. Zentrales Instrumentarium waren damals noch die Organe der Besatzungsmacht. Doch erfolgte bereits 1946 unter Franz Dahlems und Bruno Haid's Regie² die Schaffung eines informellen Abwehrapparats zur

Beobachtung und Beschaffung von Informationsmaterialien innerhalb der Personalpolitischen Abteilung (PPA) des SED-Parteiapparats. Im Juni 1947 wurde die *informelle* Abwehrarbeit innerhalb der PPA zu einer *systematischen* Kontrolltätigkeit im Rahmen des neu geschaffenen Referats Abwehr in der PPA. Hier wurde mit zum Teil geheimdienstlichen Methoden Material über oppositionelle Gruppen in der SED (und mittels der Kontakte zur KPD übrigens auch in den anderen Besatzungszonen) gesammelt. In jener Zeit vor der ersten großen Überprüfungs- und Säuberungswelle 1949 bis 1951 wurden derartige Informationen, sofern nicht verwertbar für sofortige Maßnahmen, zur späteren Verwendung angehäuft.

Was dann ab Oktober 1949, dem Monat der Gründung der DDR, im großen Stil seitens der ZPKK zunächst gegen Westemigrant*innen sowie ehemalige Kriegsgefangene der Westalliierten oder Jugoslawiens in den Apparaten und dann ab August 1950 im Kontext der Mitgliederüberprüfung wieder verstärkt gegen die ehemaligen Mitglieder von Splittergruppen in der Partei eingeleitet wurde, hatte schon nichts mehr mit nennenswerten innerparteilichen Widerstands- oder Oppositionsaktivitäten zu tun. Die offen betriebene Stalinisierung der Partei sollte mit dem Instrument der ZPKK sowohl die Verwandlung des

Die SED sollte zur «Partei neuen Typus» nicht dadurch werden, dass angekündigte Säuberungen von «Erfolg» gekrönt wurden, sondern dadurch, dass sich möglichst alle Parteimitglieder an dieser Jagd beteiligten.

SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliederkörpers in den einer disziplinierten Massenpartei bewirken. Nach der abgeschlossenen «Sozialdemokratismus-Kampagne» 1948/49 umfasste der

Komplex der inzwischen gut erforschten Parteisäuberung 1949 bis 1952 die Apparatsäuberung 1949/50, die Mitgliederüberprüfung 1950/51 und die Kampagnen im Kontext des Rajk-/Field-Komplexes 1949/50 sowie der «Slánský-Sache» 1952/53.³

Die SED sollte zur «Partei neuen Typus» nicht dadurch werden, dass angekündigte Säuberungen von «Erfolg» gekrönt wurden, sondern dadurch, dass sich möglichst alle Parteimitglieder an dieser Jagd beteiligten. *Dieser* Vorgang und nicht die Ergebnisse der Jagd auf «Verräter» machten den Sinn der Kampagnen aus. Wen man nun bei dieser Jagd erwischte und ob zu «Recht» oder «Unrecht», war durchaus unerheblich. Die billigend in Kauf genommenen politischen «Unkosten» eines so rabiatierten «Durchrüttelns» der Partei bestanden allerdings auch in der «Liquidierung» durchaus treu ergebener stalinistischer Parteikader und -mitglieder.

Der wirkliche Sinn damaliger Säuberungen war die *nachhaltige Immunisierung der Kader- und Massenpartei gegen jede Form der Dissidenz* im Prozess ihrer Verwandlung in ein Instrument der Bürokratie. Unter der Oberfläche des gestrafften Parteikörpers hatte sich die Kluft zwischen aktiven, loyalen Parteisol-

dat*innen, die ganz nach den Vorstellungen der Parteiführung bewusst als disziplinierte Elite agieren wollten, und zum Schweigen gebrachter unzufriedener Parteimitglieder, deren kritische Distanz zur Parteiführung wuchs, mehr und mehr vergrößert. Dies ging auf Kosten eines von dieser Parteiführung eigentlich angepeilten, auf aktiver Massenloyalität beruhenden, innerparteilichen Konsenses. Nebenbei ist die Differenz zwischen einem «subjektiven» und einem «objektiven» «Feind» beinahe zum Verschwinden gebracht worden. Letztlich nahm auch bei Kontroversen zwischen konkurrierenden Anwärt*innen auf Richtlinienkompetenz in der Parteiführung die Entscheidung über Sieg oder Niederlage immer die Gestalt der Klarstellung an, wer die Macht hatte, diese Feindzuweisung vorzunehmen.

1 Baberowski, Jörg: *Verbrannte Erde, Stalins Herrschaft der Gewalt*, München 2012. **2** Franz Dahlem war 1945 für die KPD Leiter der Abteilung Kader und Organisation und ab 1946 für die SED Leiter der Personalpolitischen Abteilung, der Westabteilung und des Büros für «Parteiaufklärung». Bruno Haid, 1945 Mitarbeiter der Kaderabteilung beim ZK der KPD, 1946/47 in der Personalabteilung (Referat Schiedsgerichte bzw. «Abwehr») beim Parteivorstand der SED; ab 1947 zusammen mit Paul Laufer in der PPA Leiter des Referats Abwehr, 1948–1952 Leiter des geheimen Abwehrapparats der SED mit der Aufgabe, das «Eindringen feindl. Elemente» in die Partei zu verhindern. **3** Klein, Thomas: «Für die Einheit und Reinheit der Partei». Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln/Weimar 2002, S. 134 ff. u. 160 ff.

Interview mit Christoph Jünke

IDENTITÄTSPOLITIK UND KRAFT DER NEGATION ZUGLEICH

ÜBER DEN STALINISMUS ALS HISTORISCHES UND POLITISCHES PROBLEM

In deinem 2007 veröffentlichten Buch sowie in mehreren Beiträgen danach hast du von einem «langen Schatten des Stalinismus» gesprochen, in dem die deutsche Linke noch heute stehe.¹ Was verstehst du darunter?

Für mich ist der sogenannte lange Schatten des Stalinismus ein doppelter. Zum einen wirft der historische Stalinismus, also die Zeit unter Stalin und die stalinistische Phase der kommunistischen Weltbewegung, auch heute noch einen nachhaltigen Schatten auf linke Politik – ganz unabhängig davon, ob man selbst mit dieser Tradition verbunden war oder nicht. Noch immer berufen sich manche Regime und politischen Bewegungen positiv auf diese Zeit und stehen mit ihren Herrschaftsformen in dieser Tradition. Auch einen Großteil der sozialdemokratischen oder neu-linken oder grün-alternativen Bewegungen der letzten Jahrzehnte kann man kaum verstehen, wenn man nicht deren Haltung zur stalinistisch-kommunistischen Tradition berücksichtigt. Der ganze linke Postmodernismus der 1980er und 1990er Jahre, den wir als Ideenströmung noch nicht überwunden haben, lebt zutiefst von seiner Abkehr von dem, was man die kommunistisch-stalinistische Tradition nennen kann und muss. Auch der Neoliberalismus, der ja seine ideengeschichtlichen Ursprünge in den 1930er und 1940er Jahre hatte, bevor er dann in den 1970er und 1980er Jahren seinen politisch-intellektuellen Siegeszug antrat, ist vollkommen unverständlich, wenn man nicht den Stalinismus miteinbezieht. Und wie wollen wir verstehen, was beispiels-

weise heute in Deutschland passiert, wenn wir nicht die ostdeutsche Tradition und ihre kalte Übernahme durch den Westen bedenken. Beides ist nicht wirklich lange her und prägt noch immer viele Erfahrungen und Mentalitäten.

Dies ist die eine Seite, der sozusagen historische Schatten, der Schatten der Vergangenheit, den man nicht einfach so abschütteln kann – auch wenn man das gern möchte. «History matters», sagen die Brit*innen, Geschichte wirkt – nachhaltiger als die meisten denken.

Zum Zweiten denke ich, und dies ist mir eigentlich noch wichtiger, dass wir es bei diesem Schatten nicht nur mit einem Schatten der Vergangenheit zu tun haben. Der Schatten des Stalinismus wird auch, um im Bild zu bleiben, aus der Zukunft auf uns geworfen. Das hängt für mich damit zusammen, dass der Stalinismus eben nicht nur ein historisches Phänomen war, sondern auch ein politisches Phänomen ist. Stalinismus bezeichnet immer auch eine bestimmte Form des politischen Denkens und Handelns, eine spezifische Ideenströmung, eine bestimmte politische Ideologie.

Gemeint ist hier natürlich das, was Anhänger*innen wie Kritiker*innen in der Regel «Marxismus-Leninismus» nennen, also eine bestimmte Vorstellung von Sozialismus, Marxismus und Emanzipation, eine bestimmte Theorie der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Partei, eine bestimmte Vorstellung von administrativer Planwirtschaft und politischer Freiheit oder Nichtfreiheit. Dieser Marxismus-Leninis-

mus – ich spreche hier lieber vom Stalinismus, weil Marx und Lenin sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie damit konfrontiert werden würden – konstituiert eine bestimmte Theorie und Praxis, die durchaus unabhängig vom historischen Stalinismus auch in anderen politischen Bewegungen eine zentrale Rolle gespielt hat und auch weiterhin spielt. Selbst bei uns in Deutschland: Schaut euch die Diskussionen in der zwar nur noch kleinen, aber immer noch existierenden DKP, in der maoistischen MLPD oder in bestimmten Zeitungsprojekten der Linken an – dann ist diese marxistisch-leninistische Ideologie nicht nur noch immer präsent, sondern feiert sogar fröhliche Urstände.

Die «marxistisch-leninistische» Ideologie wird also sozusagen immer wieder neu geboren, denn wir haben es bei ihr mit einer besonderen, mit einer immer wieder ins Despotische umkippenden, autoritär-elitären Form des antikapitalistischen Emanzipationskampfes zu tun, mit einer gleichermaßen vulgären wie elitären linken Form dessen, was Jaques Rancière die «Abscheu vor der Demokratie» nannte.

Das ist ein ausgesprochen weiter Stalinismusbegriff, den die meisten so wohl nicht teilen würden.

Im Gegensatz zum engen, auf den reinen historischen Stalinismus zielenden Stalinismusbegriff, kann man dies in der Tat einen weiten Stalinismusbegriff nennen. Nichtsdestotrotz ist er trennscharf und praktisch handhabbar. Und man versteht mit ihm nicht nur die Geschichte besser, sondern man vermeidet mit ihm auch die Fallstricke eines allzu verkürzten Antistalinismus, der nur von irgendwelchen historischen Überbleibseln redet.

Es ist im Übrigen ein Stalinismusbegriff, der in Übereinstimmung mit der umfangreichen Tradition marxistischer Ideologiekritik steht, wie sie nicht nur von dissidenten Kommunist*innen und Trotzki*innen, von linken

Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen und von den meisten unabhängigen Linksintellektuellen erarbeitet wurde. Die meisten Autor*innen dieser marxistischen Tradition der Stalinismuskritik sind davon ausgegangen, dass der Stalinismus mehr ist als die Person Stalins und der Kult um ihn.² Stalinismus ist ihnen eine bestimmte Theorie und Praxis linker politischer Bewegungen, der historische Stalinismus sozusagen nur die zugespitzte Ausdrucksform einer auch in anderer Form mal mehr, mal weniger, aber immer wieder aufkommenden politischen Theorie und Praxis.

Wenn du die DKP, die MLPD und andere anführst, übertreibst du dann nicht die Bedeutung von Ewiggestrigen? Meinst du wirklich, dass wir es mit einer Aktualität des politischen Stalinismus zu tun haben?

Nein, das meine ich nicht. Auch ich halte die organisationspolitische Gefahr des Stalinismus für nicht sehr groß – die gesellschaftlichen Verhältnisse sind doch gänzlich anders. Aber ich widerspreche heftig, wenn ihr sagt, dass es sich hierbei um vermeintlich Ewiggestrige handelt. Solche politisch-ideologischen Kämpfe werden seit einiger Zeit wieder vor allem von den jüngeren Aktivist*innen, von den noch vergleichsweise frisch Politisierten ausgefochten. Betrachtet man die scharfen Debatten in der DKP der letzten Jahre, dann fällt die Selbstverständlichkeit auf, mit der gerade auch die Jüngeren sich wieder auf zentrale Elemente der marxistisch-leninistischen Dogmatik berufen und innerparteiliche Gegner*innen, jahrzehntelange Kommunist*innen als vermeintliche liberale Opportunist*innen und bürgerliche Antikommunist*innen – um nur die milderen Begriffe zu nehmen – geradezu verteufelt werden. Das war schon einmal anders, auch in der DKP. Das ist für mich eine eindeutige Veränderung, eine wirkliche Regression.

Überschätzt du da nicht die allzu kleine DKP?

Die DKP ist klein und ohnmächtig, das mag sein – doch welche explizit sozialistische Gruppe ist dies nicht? Aber zum einen steht sie hier nur für ein allgemeineres Phänomen. Und zum anderen hat sich selbst in ihr die Situation deutlich verschlimmert. Es ist ja kein Zufall, dass ihre neue Führung nun auch wieder ganz öffentlich und unverhohlen selbst gegen sanfte DDR-Kritik meint vorgehen zu können – wie das im Falle der Rote-Hilfe-Zeitung in diesem Frühjahr passiert ist.

Im Rückblick auf die letzten ein bis anderthalb Jahrzehnte scheint mir der Befund jedenfalls deutlich: Das, was damals mit den Büchern und Artikeln von Domenico Losurdo und Luciano Canfora oder in den Debatten der *Jungen Welt* begonnen hat, ist stärker und nicht schwächer geworden. Schaut euch die Wandlung der *Jungen Welt* in den letzten anderthalb Jahrzehnten an, schaut euch die Diskussionen in anderen linken Zeitschriftenprojekten, in der *Z.* oder dem *Argument* und anderen an – von den offen stalinistischen Kampfblättern wie *rotfuchs* oder Ähnlichem mal ganz abgesehen. Schaut euch vor allem die linken Diskurse in den sozialen Medien an: Was man dort auf Facebook alltäglich zu lesen bekommt, hinterlässt bei mir mehr als einen bitteren Nachgeschmack. Gerade in dieser halböffentlichen Sphäre haben die Akzeptanz und auch die offensive Verteidigung stalinistischer und philostalinistischer Diskurse in meinen Augen deutlich zugenommen. Der linke Antistalinismus dagegen hat es schwerer denn je und ist permanent, selbst bei Wohlwollenden, mit dem Vorwurf des vermeintlich bürgerlichen Antikommunismus oder des «Trotzkismus» konfrontiert. Antistalinismus wurde bei uns, das heißt in Westdeutschland und Ostdeutschland gleichermaßen, immer nur als

Antikommunismus toleriert und als solcher entweder gepflegt oder bekämpft. Entsprechend befeuert die innerlinke Tabuisierung des Stalinismusthemas gerade auch und vor allem die Ausgrenzung jener linken Stalinismuskritik, die eben nicht antikommunistisch ist, sondern die auf eine umfassendere Selbstreform linker Theorie und Praxis zielt.

Der sich auch aus dieser Quelle speisende Antitrotzkismus der deutschen Linken scheint mir jedenfalls tiefer zu sitzen als der Antistalinismus. Als ich selbst, wegen meiner antistalinistischen Positionen, vor über zehn Jahren ins linke Kreuzfeuer geriet, wurde ich wie selbstverständlich zum Trotzlisten gestempelt und ebenso öffentlich wie wahrheitswidrig zum Mitglied der trotzkistischen IV. Internationale erklärt. Und ich bin immer wieder verblüfft, wie sich dieses auf Ausgrenzung und Tabuisierung abzielende Vorurteil selbst bei Leuten hält, die es besser wissen müssten. Das ideologische Kräfteverhältnis innerhalb der Linken hat sich verändert im letzten Jahrzehnt.

Und wie erklärst du dir das?

Zum einen führen ideologische Spinnereien wie das stalinistische Denken ein eigenartiges Eigenleben, wenn man sie toleriert, hofiert und hegt, anstatt sie permanent intellektuell zu bekämpfen. Während eine Minderheit der Linken den Aufstieg neo-stalinistischer und philostalinistischer Diskurse hofiert und gehegt hat, hat ihn die Mehrheit entweder ignoriert oder belächelt – weil sie den Stalinismus für ein rein historisches Phänomen gehalten oder sich kaum mit ihm auseinandergesetzt hat. Die politische Linke als Ganze – ich meine jetzt nicht die kleine Handvoll linker Ost-Historiker*innen – hat das Thema nach 1990 einfach beerdigt, um nicht mehr an diese lan-

gen schmerzhaften Auseinandersetzungen erinnert zu werden.

Zum anderen jedoch muss man betonen, dass sich die neue Empfänglichkeit für neostalinistisches Denken auch und vor allem aus der allgemeinen gesellschaftlichen Situation speist. Seit zwei Jahrzehnten nimmt die Abscheu vor einer neoliberal gewendeten, geradezu asozialen und immer stärker nach rechts sich entpolitizierenden Demokratie zu. Nicht ganz zu Unrecht, wie mir scheint, doch diese innere und äußere Aushöhlung bürgerlich-repräsentativer Demokratie befördert auch stalinistische Reflexe aufseiten der Linken, weil der Stalinismus ja eine der verschiedenen Formen eines linken antidemokratischen Denkens und Handelns gewesen ist. Und da die linke Ohnmacht heute eher stärker ist als noch vor zwei Jahrzehnten, bietet sich der stalinistische Kurzschluss vielen frustrierten und ohnmächtigen Linken, vor allem den sich besonders radikal fühlenden Linken, geradezu an. Das scheint mir heute der wichtigste Humus für die Renitenz stalinistischer Ideologie zu sein.

Stalinistisches Denken ist heute nicht nur eine Form der Identitätspolitik, bei der sich Ältere ihrer Jugendansichten versichern wollen – wobei sie ihre politische mit einer persönlichen Identität verwechseln. Bei vielen anderen, vor allem Jüngeren, wird stalinistisches Denken auch zu dem, was in den 1990er Jahren beispielsweise die antideutsche Ideologie war. Man stilisierte sich damals zur reinen «Kraft der Negation». Und aus diesem an sich eher linksradikalen Impuls heraus ist man heute philostalinistisch, weil doch die stalinistisch-kommunistische Bewegung eine vermeintlich machtvolle Gegnerin der verabscheuten bürgerlichen Gesellschaft gewesen ist, und weil man denkt, dass die anderen Linken noch weniger hinbekommen haben.

Aber dieser Philostalinismus ist ja noch kein wirklicher Stalinismus, oder denkst du das?

Nein. Ein*e Stalinist*in rechtfertigt offen den historischen Stalinismus und verteidigt die marxistisch-leninistische Ideologie – deswegen sind für mich Leute wie Losurdo oder Hans Heinz Holz eindeutig als Stalinisten zu bezeichnen. Ein*e Philostalinist*in dagegen ist sozusagen hin- und hergerissen: Er bzw. sie hat natürlich was gegen den historischen und offenen Stalinismus, aber meint immer wieder – nicht selten aus geschichtsphilosophischen Gründen –, denselben gegen vermeintlich bürgerliche Kritik in Schutz nehmen zu müssen. Nicht selten übernehmen Philostalinist*innen dabei auch zentrale Theoreme und Geschichtslügen des an sich abgelehnten Stalinismus.

Da schwingt auch ganz mächtig dieser unausrottbare Kult vermeintlicher Konsequenz mit, den so viele ohnmächtige und frustrierte Linke seit Jahrzehnten gern pflegen. Diese Faszination einer so radikalen wie abstrakten Konsequenz führt mal zur kritiklosen Sympathie mit dem linken Terrorismus, mal zur blinden Solidarität mit bestimmten antiimperialistischen Bewegungen in anderen Teilen der Welt und mal zur Apologie stalinistischer Theorie und Praxis.

Im Ergebnis haben wir es dann immer wieder mit dieser notorischen linken Hilflosigkeit zu tun, dem bürgerlichen Antikommunismus und Antisozialismus etwas Qualifiziertes und Überzeugendes entgegenzusetzen. Man wird strukturell unfähig, die Verleumdungen und Mythen des herrschenden Denkens sachlich und vor allem glaubwürdig auseinanderzunehmen. Und man wird politisch und intellektuell unfähig, stalinistische Geschichtsbücher oder stalinistisches Denken überhaupt zu erkennen, wenn es mal wieder publizitätsträchtig durch die linke Szene geistert.

Nun ist aber auch festzuhalten, dass es im letzten Jahrzehnt zu einigen Neubeschäftigungen aus antistalinistischer Sicht gekommen ist. Ich denke da an die Arbeiten von Bini Adamczak, an die Gruppe Ei des Kommunismus und einige andere mehr.

Ohne Zweifel hat es in einigen Kreisen auch eine Renaissance der Beschäftigung gegeben. Und Stück für Stück kann man dort nachlesen, wie stark und gewichtig die durchaus heterogene Tradition linker Kritik des einstmaligen «real existierenden Sozialismus» früher war. Aber das ist doch noch eine kleine, in sich auch wenig homogene Gemeinde, die diese Fragen heute diskutiert. Vor allem jedoch werden die wenigsten dieser Arbeiten in linken Gruppen oder im linken Blätterwald diskutiert. Es überwiegt doch noch immer, und in meinen Augen mehr denn je, das Relativieren, das Beschönigen und Lobpreisen sowie die Denunziation antistalinistischer Kritik. Betrachtet nur die linken Veröffentlichungen zum 100. Jahrestag der Russischen Revolution 2017: Traurig, wie dort um die Frage des Stalinismus zumeist herumgeeiert wurde.

Kein Zufall ist für mich deswegen, dass meine damals, zu Beginn des Jubiläumsjahres veröffentlichte Anthologie zur Stalinismuskritik im linken Blätterwald fast vollständig ignoriert worden ist – obwohl sie sich gut verkauft hat. Auch die Einladungen zu Vorträgen konnte ich damals an einer Hand abzählen. Stattdessen habe ich zahllose Veranstaltungen zur Russischen Revolution selbst absolviert. Kurios, aber nicht untypisch war der Fall, in dem mir die ostdeutschen Veranstalter*innen im Vorfeld verschämt mitteilten, dass sie von meiner Stalinismuskritik wüssten und explizit darum baten, das Thema nicht im Vortrag zu behandeln, da dies, wie sie wörtlich schrieben, nicht in ihrem Sinne sei ...

Und was hast du getan?

Ich hab natürlich ernsthaft überlegt abzusagen, denn wie kann man die Russische Revolution diskutieren, ohne auch auf den Stalinismus einzugehen? Ich bin aber trotzdem hingefahren und habe wie geplant über die Revolution an sich geredet, bin am Ende auch sehr kurz auf den Stalinismus eingegangen. Die anschließende Diskussion war jedenfalls ausgesprochen gut und anregend. Das verdeutlicht einfach, wie die meisten Linken vor diesem Thema zurückschrecken. Und interessanterweise war und ist dies ganz anders in Österreich und der Schweiz. Die hatten kein Problem mit dem Thema und dort haben wir ganz anders diskutiert als bei uns in Deutschland – das war schon mehr als auffällig.

Du hast von der linken Ohnmacht und Frustration über die eigene Marginalität gesprochen, die manche mit stalinistischem Denken und Handeln sympathisieren lässt. Nun haben wir doch aber eine große und einflussreiche Linkspartei. Ist das kein Indiz gegen deine These zunehmender Ohnmacht?

Das wäre die Hoffnung. Aber weder ist die Linkspartei besonders einheitlich noch macht sie einen dynamischen und expansiven Eindruck – zumindest nicht auf Außenstehende wie mich. In Bezug auf den Antistalinismus jedenfalls ist die Partei in meinen Augen nicht sehr hilfreich. Dort, wo man sich in ihr mit dem Thema auseinandersetzt, scheint mir die Haltung zu überwiegen, dass man sich mit der Bekräftigung der alten Parole begnügt, dass man mit dem Stalinismus unwiderruflich gebrochen habe. Doch in meinen Augen ist das gar nicht möglich. Wer wie ich – und ich sehe mich da, wie gesagt, im Einklang mit der überwiegenden Tradition marxistischer Stalinismuskritik – die Meinung vertritt, dass stalinistisches Denken

und Handeln auch jenseits des historischen Stalin und des einstmaligen Realsozialismus denkbar und real ist, der findet die Moral des unwiderruflichen Bruchs mit dem Stalinismus zwar politisch-moralisch richtig, aber historisch und politisch-analytisch falsch.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung – die ich persönlich deutlich besser kenne und die ja wirklich keine Parteistiftung ist, wenn auch die problematischen Tendenzen zu einer stärkeren Anbindung an die Partei zweifelsohne vorhanden sind – scheint mir da um einiges wichtiger zu sein. Dort wird viel intensiver und um einiges offener und pluraler diskutiert. Und ohne sie würde auf diesem Gebiet auch manches nicht laufen können – auch meine Anthologie wurde ja von ihnen dankenswerterweise finanziell unterstützt. Oder denken wir an die viel gelobte Konferenz zu Willi Münzenberg vor einigen Jahren. Aber auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ja alles andere als einheitlich. Auch dort sind die Tendenzen sehr deutlich, diesem heißen Eisen auszuweichen – oder es auf einen sehr kleinen Kreis von vermeintlichen Expert*innen, am besten auf die wenigen Fachhistoriker*innen, zu begrenzen. Wenn es um die allgemeine Politik oder die Theoriearbeit geht, will man über den historischen und politischen Stalinismus nicht reden.

Im Mai 2018 hat die Stiftung einen riesigen Kongress in Berlin veranstaltet, mit über tausend Besucher*innen, auf dem sie Marx' 200. Geburtstag angemessen begehen wollte. Man sprach dort buchstäblich über Gott und die Welt und ließ kaum ein noch so kurioses Zeitgeistthema aus. Doch obwohl man im vorangegangenen Call for Papers explizit darauf hingewiesen hatte, dass die von Marx und Engels inspirierte sozialistisch-kommunistische Bewegung nachhaltig für den Realsozialismus und seine Gräueltaten verantwortlich gemacht werden müsse und es auch hierzu einer kritischen

Selbstreflexion bedürfe, konnte man sich die Augen darüber reiben, dass in den Hunderten Veranstaltungen das Thema der Stalinismuskritik oder das Verhältnis von Marxismus und Stalinismus nicht aufgegriffen wurde. Und dies lag nachweislich nicht daran, dass es nicht entsprechende Angebote an die Veranstalter*innen gegeben hätte. Das ist für mich nicht nur unverzeihlich, sondern mehr noch ein deutliches Zeichen für die innerlinken Kräfteverhältnisse und die strukturelle Unfähigkeit und Unwilligkeit im linken Milieu, sich dieses zentralen Themas angemessen anzunehmen.

Was sind also für dich, abschließend, die Herausforderungen eines linken Antistalinismus? Was wäre zu tun?

Zum einen haben wir die politisch-moralische Pflicht zur Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und zur Erinnerung und Ehrung der Opfer. Das ist ja noch immer alles andere als selbstverständlich. Wer im Sinne eines Neosozialismus neu beginnen möchte, muss immer auch und nicht zuletzt über jene Herrschafts-, Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen nachdenken, die im sozialistischen Namen die Welt veranstaltet haben. Gerade die Erinnerung an die durchaus vorhandene antistalinistische Tradition der Linken, der Linken in Ostdeutschland wie in Westdeutschland, kann hier wichtige Impulse geben.

Zum anderen, auch das ist schon häufig betont worden, gibt es die Pflicht, in der eigenen politischen Theorie und Praxis glaubhaft zu machen, dass so etwas niemals wieder geschehen darf. Ganz zu Recht fragt die Mehrheitsbevölkerung die Linken, wie sie es mit den undemokratischen und despotischen Formen sozialistischer Politik hält. Dies weiterhin als bürgerliche Propaganda oder als bürgerlichen Antikommunismus hinzustellen, um sich vor dieser Aufgabe zu

drücken, ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.

Die erste Aufgabe ist also die weitere Aufarbeitung des historischen Stalinismus und seiner Folgen – da gibt es noch viel zu erinnern und zu entdecken. Die zweite Aufgabe ist die konsequenter Überwindung der stalinistischen Ideologie, die Überwindung des Stalinismus als eines Systems bestimmter praktischer und theoretischer Haltungen und falscher Ideen, die auch unabhängig von der historischen Person Stalins und auch unabhängig von den historisch-gesellschaftlichen Bedingungen Russlands oder Sowjetruslands eine historische und politische Rolle spielen.

Und dies erfordert eine neue Diskussions- und Streitkultur unter Linken – eine Kulturkunst, die nie gut ausgeprägt war aufseiten der deutschen Linken, aber sicherlich schon

mal besser war als heute. Die weitgehende Nichtdiskussion des letzten Jahrzehnts jedenfalls hat in meinen Augen vor allem den Apologet*innen des Stalinismus und den vermeintlich Ewiggestrigen geholfen, nicht dem Aufbruch der Linken.

Das Interview führten die Herausgeber*innen.

1 Jünke, Christoph: Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus und Demokratie gestern und heute, Köln 2007, unter: www.neuerisipverlag.de/download.php?titel=idnr17.pdf; ders.: «Sechs Thesen zum langen Schatten des Stalinismus», in: Utopie kreativ 117, November 2008, S. 989–996 (auch in: Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus: Was tun mit Kommunismus?!, Münster 2013, S. 73–83); ders.: «Zurück zu Stalin!? Domenico Losurdos Feldzug gegen die Entstalinisierung», in: Emanzipation 2/2014, S. 57–73. Ders.: Vergangenheit, die nicht vergeht. Die deutsche Linke und der lange Schatten des Stalinismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 16/2015; sowie einige andere Texte. 2 Jünke, Christoph (Hrsg.): Marxistische Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert. Eine Anthologie, Köln 2017. Darin finden sich klassische Texte u. a. von Victor Serge, Leo Trotzki und Leo Kofler über E. P. Thompson, Kuron/Modzelewski und Isaac Deutscher bis zu Ernest Mandel, Oskar Negt und Rudolf Bahro.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union	MfS	Ministerium für Staatssicherheit
AAUE	Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation	ML	Marxismus-Leninismus
AdW	Akademie der Wissenschaften	MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
APO	Außerparlamentarische Opposition	NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (Geheimpolizei in der Sowjetunion von 1934–1946)
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung	NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	OA	Offene Arbeit
DDR	Deutsche Demokratische Republik	OV	Operativer Vorgang (MfS-Bezeichnung)
DEFA	Deutsche Film AG	OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS-Bezeichnung)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	PID	Politisch-ideologische Diversion (MfS-Bezeichnung)
FAUD	Freie Arbeiter-Union Deutschlands	POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken (MfS-Bezeichnung)
FDJ	Freie Deutsche Jugend	PPA	Personalpolitische Abteilung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	PUT	Politische Untergrundtätigkeit (MfS-Bezeichnung)
GIM	Gruppe Internationaler Marxisten	SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
GIS	Gruppe Internationaler Sozialisten	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
GPU	Staatliche Geheimpolizei (in der Sowjetunion von 1922–1934)	SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
IM	Inoffizielle Mitarbeiter (MfS-Bezeichnung)	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft	VEB	Volkseigener Betrieb
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands	ZK	Zentralkomitee
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei		
KPO	Kommunistische Partei (Opposition)		
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion		
KvU	Kirche von Unten		
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft		

DIE AUTOR*INNEN

Konstantin Behrends, Jahrgang 1992, lebt in Jena, studiert den M.A. Translatologie an der Universität Leipzig, engagiert sich in der FAU und für die Gefangenen-Gewerkschaft und beschäftigt sich mit antiautoritärer Bewegungsgeschichte in den verschiedenen Regimen.

Kontakt: konstantin.behrends@posteo.net

Bernd Gehrke, Jahrgang 1950, lebt als Publizist in Berlin, engagierte sich in der linken Opposition der DDR; publizierte über die DDR-Opposition, über 1968, die demokratische Revolution 1989 oder Widerstand gegen die Treuhand; ist aktiv im AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West und diskutiert in der Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus mit libertären Menschen verschiedener emanzipatorischer Strömungen.

Kontakt: AKGesch.OstWest@mailbox.org

Renate Hürtgen, Jahrgang 1947, Ostberlin, Philosophin, Historikerin, publizierte unter anderem zur DDR-Arbeitergeschichte, Betriebsalltag, MfS im Betrieb, Wende, Frauen und Ausreiser*innen; in zahlreichen betrieblichen, gewerkschaftlichen und anderen Basisgruppen sowie im AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West aktiv; gehörte vor 1989 zur DDR-Opposition.

Kontakt: info@dr-huertgen.de

Christoph Jünke, Jahrgang 1964, lebt und arbeitet als Historiker in Bochum. Er ist Vorsitzender der Leo Kofler-Gesellschaft (www.

leo-kofler.de), Mitarbeiter im Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und Buchautor (u. a. «Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert», Hamburg 2014, «Leo Koflers Philosophie der Praxis. Eine Einführung», Hamburg 2015).

Kontakt: Christoph.Juenke@ruhr-unibochum.de

Thomas Klein, Jahrgang 1948, Ostberlin, Mathematiker und Zeithistoriker, Linksoppositioneller in der DDR und in der Bundesrepublik.

Kontakt: samohtnielk@gmx.de

Markus Mohr, Jahrgang 1962 in Süderdithmarschen an einem Tag, an dem im Berliner Ensemble «Furcht und Elend des Dritten Reiches» aufgeführt wurde. Profitierte bis 1989 in Westdeutschland von der Existenz der DDR. Er bringt heute dem MfS deshalb mehr Sympathie entgegen als den Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz, weil dieser Geheimdienst schon das hinter sich hat, was die anderen noch vor sich haben: endgültig von der Erdkugel zu verschwinden.

Anne Seeck, Jahrgang 1962, subkulturell in Dresden und Ostberlin unterwegs, 1988 Ausreiseantrag, 1990–1996 Studium, Diplompädagogin, in der politischen Bildung aktiv, ebenso in sozialen Bewegungen, Herausgeberin von «Das Begehren, anders zu sein», publiziert in linken Zeitschriften wie *Contraste*.

Kontakt: annesnk44@riseup.net

Impressum

MATERIALIEN Nr. 29, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Oktober 2019

Redaktion: Uwe Sonnenberg

Titelbild: Collage aus historischen Ermittlungsakten und Zeitungsmeldungen

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

**Die Folgen der Unterdrückung
aller von der «Partei- und
Staatsführung» abweichenden
Meinungen, außerhalb und
innerhalb der Partei, waren
für die DDR-Gesellschaft
unermesslich. Eine linke
Opposition konnte auf diese
Weise lange Zeit keinen Ort
der Gegenöffentlichkeit finden
und keinen oppositionellen
Diskurs verstetigen.**